

**Broschüre zur Kritik der
»Alternative für Deutschland«**

**Mut zur
Wahrheit.**

Die Griechen leiden.
Die Deutschen zahlen.
Die Banken kassieren.

Am 22. September
AfD wählt



Alternative
für Deutschland

**Mut zur
Wahrheit.**

Die Griechen leiden.
Die Deutschen zahlen.
Die Banken kassieren.

**Rechts-
populismus
ist keine
Alternative!**



Inhalt

<i>Vorwort</i>	4
<i>Rechtsruck in Europa</i> Von Andreas Speit	6
<i>Aus dem Schill-Desaster gelernt?</i> Aufstieg und Niedergang der Partei Rechtsstaatlicher Offensive Von Frank Behrmann	8
<i>Die wichtigsten FunktionärInnen der Bundes-AfD</i> Von Thomas Willms	10
<i>Die Finanzierung der AfD</i> Von Thomas Willms	11
<i>„Relativ viele“ rechtsextreme Einzelfälle</i> (Bernd Lucke) Über den braunen Rand der AfD in Hamburg und seine Duldung Von Felix Krebs	12
<i>Die neoliberale Politik der AfD</i> Über rechte Professoren, den „Hamburger Appell“ und die Position des AStAs der Uni Hamburg Von Artur Brückmann	16
<i>Rückwärtsgewandt und stramm rechts</i> Die Junge Alternative Hamburg Von Felix Krebs	18
<i>Die AfD in den Hamburger Bezirksversammlungen</i> Von Christiane Schneider und Rachid Messaoudi	20
<i>Von „Kreuzzügen“, Liebe und der Angst vor Homosexualität...</i> Gender- und familienpolitische Positionen der AfD Von Carina Book	21
<i>Elitär und anti-demokratisch: Die AfD propagiert eine marktradikale Wirtschaftspolitik</i> Von Gabriel Riesner	24
<i>Antimuslimischer Rassismus und Migrationspolitik der AfD</i> Von Julian Schulz	27
<i>Von guten deutschen Steuerzahlern und bösen Zombie-Staaten</i> Die AfD setzt europapolitisch auf eine marktbasierte Verschärfung sozialer Ungleichheit Von Nikolai Huke	31
<i>Die Mitglieder- und WählerInnen-Milieus der AfD</i> Von Alexander Häusler	34
<i>Diskursverschiebung nach rechts</i> Von Alexander Häusler	36
<i>Was tun gegen die Alternative für Deutschland?</i> Vom Hamburger Bündnis gegen Rechts	38
<i>Weiterführende Literatur</i>	40
<i>AutorInnen</i>	42
<i>Impressum</i>	43

Vorwort

Mit der *Alternative für Deutschland* (AfD) konstituiert sich seit Februar 2013 eine rechtspopulistische Partei in Deutschland, bei der „Nationalismus nicht der Anstrich [...] sondern Kern“¹ der Politik ist. Nach den nicht erfolgreichen Anläufen zur Bundestagswahl sowie zur Landtagswahl in Hessen wurde spätestens mit dem Einzug der Partei in die Landtage in Thüringen (10,6%), Sachsen (9,7%) und Brandenburg (12,2%) im Jahr 2014 deutlich, dass es sich bei der AfD leider nicht um eine jener rechten Splitterparteien handelt, deren politische Bedeutung unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde verbleibt.

Im Gegenteil: Die AfD ist eine problematische Erscheinung in der bundesdeutschen Parteienlandschaft. Sie versucht die rechtspopulistische Lücke in Deutschland zu füllen, die in vielen europäischen Staaten rechten Parteien beträchtliche Erfolge bereitet hat und die politische Landschaft in diesen Ländern erschüttert hat.² Das Beispiel der englischen *United Kingdom Independence Party* (UKIP), die mittlerweile die Regierungspartei um Premierminister David Cameron vor sich hertreibt, kann als beispielhaft für den gesteigerten gesellschaftlichen Einfluss rechtspopulistischer Parteien in Europa gelten.

Nachdem in Deutschland bisherige Versuche rechtspopulistischer Parteien, in die Parlamente einzuziehen, nicht (oder zumindest nicht auf Dauer) erfolgreich waren, ist mit der AfD nun eine rechtspopulistische Partei auf die politische Bühne getreten, deren Chancen auf eine längerfristige Etablierung deutlich besser stehen. Ist diese Partei bei Wahlen dauerhaft erfolgreich, so ist auch ein Rechtsruck der so genannten politischen Mitte, wie in anderen Ländern Europas, nicht auszuschließen. Darüber hinaus dürfte ein flächendeckender Einzug der rechtspopulistischen Partei in die Parlamente wohl auch zu einer deutlichen Verschärfung der Zuwanderungsdebatte und zur politischen Aufwertung von rassistischen Bewegungen führen. Auch steht zu befürchten, dass sich in gender- und familienpolitischen Fragestellungen ein zunehmend konservativer und restriktiver Kurs entwickeln könnte, der zu Rückschritten für Frauen, sexuelle Minderheiten und Menschen in nicht traditionellen Partnerschaftsformen nach sich ziehen dürfte.

Mit der anstehenden Bürgerschaftswahl in Hamburg möchte die AfD nun erstmals erfolgreich in ein westdeutsches Länderparlament einziehen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird auch in Hamburg unverkennbar die rechte Karte ausgespielt: Bernd Lucke, AfD-Bundesprecher, mediales Aushängeschild der Partei und Professor an der Hamburger Universität sympathisierte beispielsweise

Mitte Dezember 2014 unverhohlen mit der rassistischen Bewegung *Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* (PEGIDA). Der Hamburger Landesvorstand zeigte zudem die Intendantin des Hamburger Kulturzentrums Kampnagel, Amelie Deußhard, wegen eines Kunstprojektes mit Flüchtlingen an. Gleichzeitig weigert sich die Partei standhaft, rechte Hooligans und deren SympathisantInnen aus der Partei auszuschließen, sondern belässt es bei windelweichen Erklärungen. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die AfD in Hamburg ihren Wahlkampf für Law-and-Order Politik und die Hetze gegen Flüchtlinge und MigrantInnen nutzen wird. Der beabsichtigte Einzug in die Hamburger Bürgerschaft ist für die AfD wichtig: Gelingt es der Partei nicht, in die Hamburger Bürgerschaft einzuziehen, befürchten die RechtspopulistInnen, dass ihre Partei auch bei den Wahlen zu anderen westdeutschen Landtagen scheitern könnte. Aus diesem Grunde kommt der Bürgerschaftswahl im Februar 2015 gerade auch aus linker, antifaschistischer Perspektive eine verstärkte Bedeutung zu.

Als *Hamburger Bündnis gegen Rechts* (HBgR) war es uns daher ein besonderes Anliegen, bereits im Vorfeld der Wahl verschiedene Politikbereiche und Strukturen der rechtspopulistischen Partei unter die Lupe zu nehmen.

Mit der Erstellung dieser Broschüre verfolgen wir im Wesentlichen zwei Ziele:

- Zum einen wollen wir hilfreiche Informationen zu politischen Positionen und FunktionärInnen der AfD liefern.
- Zum anderen wollen wir unseren Teil dazu beitragen, dass es der rechtspopulistischen Partei nicht gelingt, in die Hamburger Bürgerschaft einzuziehen.

Wenn darüber hinaus die in dieser Publikation zusammengetragenen Informationen auch andernorts von Nutzen sind, um den Einfluss der RechtspopulistInnen zurückzudrängen, haben wir viel erreicht.

Daher freuen wir uns besonders, dass wir viele renommierte AutorInnen für die Erstellung dieser Broschüre gewinnen konnten, die unterschiedliche Facetten der AfD-Politik beleuchten und diskutieren. Den AutorInnen, aber auch den MitherausgeberInnen sei an dieser Stelle herzlich für ihr Engagement gedankt!

Euer Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR)

¹ Korsch, Felix (2013): *National-Konservativ und marktradikal. Eine politische Einordnung der „Alternative für Deutschland“*, Reihe Analysen, Rosa Luxemburg Stiftung. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_National-konservativ.pdf

² Forschungsgruppe Europäische Integration (2012): *Rechtspopulismus in der Europäischen Union*, VSA-Verlag, Hamburg.

Über das HBgR: Das Hamburger Bündnis gegen Rechts besteht seit 2002. Es besteht aus unabhängigen antifaschistischen Zusammenhängen, Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen. Bei uns ist Platz für alle, die fremdenfeindliche, rechtsextreme, antisemitische und rassistische Äußerungen, Gewalttaten und Anschläge sowie menschenverachtende Hetze, Terror und Mordtaten von FaschistInnen nicht länger dulden wollen.



Seit mehreren Jahren findet in Hamburg ein Marathon zu Gunsten des Hamburger Bündnis gegen Rechts statt

Rechtsruck in Europa

Von Andreas Speit

Im neuen Europäischen Parlament hat die „rohe Bürgerlichkeit“ großen Wahlzuspruch erhalten. Die rechten EU-KritikerInnen, RechtspopulistInnen und Rechtsextremen nutzen bereits das Parlament als Bühne für ihre Politik. Hell ist der Saal gehalten, weiße Wände, indirektes Licht. Hinter den Sesseln des Präsidiums ist die blaue Europafahne mit den zwölf goldenen Sternen befestigt. Rund um den Plenarraum können BesucherInnen die Debatten der 751 ParlamentarierInnen aus 28 Ländern von oben verfolgen. Am 27. November 2014 musste sich hier in Straßburg im Europäischen Parlament Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, einem Misstrauensantrag stellen.

Ein Erfolg für die Antragsteller um Nigel Farage von der britischen Anti-EU-Partei *UK Independence Party* (UKIP) und Marine Le Pen vom rechtsextremen französischen *Front National* (FN): Erstmals gelang es diesem Spektrum in der neuen Legislaturperiode einen gemeinsamen Antrag zu stellen.

Den Antrag hatten Farage und Le Pen wegen den Enthüllungen eines internationalen ReporterInnenteams über möglicherweise gegen EU-Recht verstoßende Steuervorteile für über 300 internationale Großkonzerne in Luxemburg gestellt. Juncker war in dem Großherzogtum fast 19 Jahre lang Regierungschef. Luxemburg wurde zum Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen der EU - zulasten der Partnerländer. Das Steuersystem soll er jedoch nicht verantwortet haben.

Keiner der AntragsstellerInnen erwartete, dass das Misstrauensvotum Erfolg haben würde. Erwartungsgemäß folgten dem Antrag gegen den Kommissionspräsidenten der *Europäischen Union* (EU) auch nur 101 ParlamentarierInnen, 461 MandatsträgerInnen stimmten dagegen und weitere 88 enthielten sich. Eine vermeintliche parlamentarische Niederlage, die jedoch vielmehr ein Erfolg für die RechtspopulistInnen ist, da sie so Handlungsfähigkeit demonstrieren konnten. Nichts anders wollten Farage und Le Pen erreichen: Das Parlament als Bühne der Provokation für die Selbstinszenierung.

Die Chance, das brisante Thema Steuern populistisch aufzugreifen zu können, wollte auch die „*Alternative für Deutschland*“ (AfD) nicht ungenutzt lassen. Schließlich nutzt gerade die AfD die Europapolitik als zentralen Kanal für ihre rechtspopulistische Weltsicht: „Die da oben, wir hier unter“, „die in Straßburg und Brüssel machen Politik gegen die Menschen“ und „Brüssel diktiert, Berlin pariert“ ist ihr Credo.

Die Abgeordneten um Bernd Lucke stimmten dem Misstrauensantrag gegen Juncker so auch prompt zu. „Wir vertrauen Herrn Juncker nicht“, sagte Lucke. Es ginge um die Frage, „ob man Vertrauen haben kann in einen Kommissionspräsidenten, der europäische Solidarität verlangt, während er als Ministerpräsident Luxemburgs Steuereinnahmen zu Lasten seiner Nachbarn“ erhöhte. Ähnlich argumentiert auch die NPD mit ihrem einzigen Mandatsträger Udo Voigt, der Juncker ebenfalls „untragbar“ findet.

Die parlamentarische Intervention offenbart: In der be-

gonnenen Legislaturperiode dürften RechtspopulistInnen, Rechtsextreme und rechte EU-KritikerInnen versuchen, im Europäischen Parlament ihre Positionen sichtbar werden zu lassen. Seit der Europawahl im Februar 2014 konnte dieses Spektrum seine Mandate um 50 Prozent steigern. Sie sind die eigentlichen Sieger der Wahl. Europa ist nach rechts gerutscht.

2009 saßen noch 85 Abgeordnete aus diesem Spektrum im Europäischen Parlament. 2014 waren es bereits 123 Abgeordnete. Die großen Wahlsieger waren in Ungarn die *Fidez – Magyar Polgari Szövetség* (Fidez) mit 51,5 Prozent, in Polen die *Prawo i Sprawiedliwość* (PiS), in Dänemark die *Danks Folksparti* (DF) mit 26,6 Prozent, in Großbritannien die UKIP mit gleichfalls 26,6 Prozent und in Frankreich der *Front National* mit 24,9 Prozent. Diese fünf Parteien stellen alleine schon 83 der 123 Mandate im Europaparlament. Trotz vieler Differenzen untereinander teilen sie zahlreiche Gemeinsamkeiten. So sind es vor allem vier „Neins“, die für diese Parteien charakteristisch sind: Sie lehnen die EU ab, wehren sich gegen eine multikulturelle und plurale Gesellschaft, befürchten eine „Einwanderung in die Sozialsysteme“ und warnen vor einer „Islamisierung Europas“.

Im Jahr 2010 legte der langjährige Europaabgeordnete der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ), Andreas Mölzer, auf dem Jahreskongress der extrem rechten Gesellschaft für freie Publizistik e.V. seine Thesen zur EU dar, die als beispielhaft für die Geisteshaltung dieses Spektrums angesehen werden können. Mölzer warnte davor, dass die EU zu einem „zentralistischen Bundesstaat“ werde, zur „politisch-korrekten Gesinnungs-Despotie“, mit einer „Regelungswut“. Diese „Europäisierung“ gefährde die „nationalen Identitäten“ der „einzelnen europäischen Nationen und Völker“. Die „Massenzuwanderung“, insbesondere aus der „islamischen Welt“, so Mölzer, sei zudem äußerst gefährlich für die europäischen Staaten, da durch sie die Sozialsysteme zusammenbrechen und Parallelgesellschaften entstehen würden. Dieses Gedankengut kennzeichnet die inhaltliche Ausrichtung der Wahlkämpfe vieler extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien in Europa, die sich allesamt in der Braunzone zwischen rechter EU-Kritik und Rechtsextremismus bewegen.

Die Ursachen für die Wahlerfolge dieses Spektrums sind jedoch unterschiedlich. Sie liegen in den Ländern, ihrer Geschichte, ihrer Gegenwart und den Parteien selbst begründet. Die Wahlergebnisse spiegeln aber auch Einstellungen der Menschen in diesen Staaten wieder. Solche Einstellungen ermittelte beispielsweise eine Forschungsgruppe des Projektes „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) an der Universität Bielefeld. Sie erhob in acht europäischen Ländern repräsentative Daten. Jeweils 1000 Personen wurden in den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Portugal, Polen und Ungarn per Telefon befragt. Die Ergebnisse der 2011 veröffentlichten Studie „Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteile und Diskriminierung“ von Andreas Zick, Beate Küpper und Andreas Hövermann sind beunruhigend: Rund

die Hälfte der Befragten ist sich einig, dass es in ihren Ländern zu viele ZuwandererInnen gebe. Ebenfalls die Hälfte verurteile, so die AutorInnen, den Islam „pauschal als Religion der Intoleranz“. Die Mehrheit der Befragten setze zudem auf eine „traditionelle Rollenverteilung“ und sei der Ansicht, dass „Frauen ihre Rolle als Ehefrau und Mutter ernster nehmen sollten“. Rund ein Drittel der Angerufenen glaube an eine natürliche Hierarchie zwischen Menschen verschiedener Ethnien. Die Ablehnung gleicher Rechte für Homosexuelle variiert hingegen stark: In den Niederlanden lehnen 17 Prozent, in Polen ganze 88 Prozent der Befragten eine Gleichstellung ab.

Auch bei der Anfeindung von Juden und Jüdinnen stellten die WissenschaftlerInnen eine große Spanne fest. Die Aussage „Juden versuchen heute, Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind“, stieß in Großbritannien bei 21,8 Prozent der Befragten auf Zustimmung, in Polen bei 72,2 Prozent. Zick, Küpper und Hövermann resümieren: „Hinsichtlich der Fremdenfeindlichkeit, der Islamfeindlichkeit und des Rassismus existieren nur geringfügige Unterschiede zwischen den Ländern, im Ausmaß an Antisemitismus, Sexismus und Homophobie unterscheiden sich die Länder dagegen deutlich“.

Die Untersuchungen der Forschungsgruppe des Projektes „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ hatten vor den

Wahlen offenbart, dass bereits die Sorgen und Ängste in der sich wandelnden globalisierten Marktgesellschaft ausreichen, um rechte Ressentiments und rechten Wahlzuspruch zu befeuern. In Ländern, die von der Krise schwer getroffen wurden, gilt es zum Teil ebenfalls: Alleine in Griechenland stieg die Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) mit der Wirtschaftskrise und der staatlichen Sparpolitik zu einer parlamentarischen Macht auf. Bei der Europawahl erreichte die Partei von Nikolas Michaloiakos 9,4 Prozent – und wurde damit zur drittstärksten Kraft. Ein erstaunliches Ergebnis für eine Partei,

von der Teile der Parteiführung wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung in Haft sitzen. Der Wahlerfolg der AfD, die immerhin sieben Mandate im EU-Parlament besetzt, sowie der NPD, die ein Mandat erringen konnte, bestärkt indes die Annahme, dass nicht erst eine Krise mit schwerwiegenden Folgen und Maßnahmen für die betroffenen Bevölkerungen, sondern bereits die Sorge vor Belastungen und Einschnitten rechte Wählergunst begünstigt. „Wenn die Zeiten insgesamt härter werden“, erklären Küpper und Zick, scheint die „Kapazität der Toleranz zu schrumpfen (...) sodass bisher verdeckte und versteckte Feindseligkeiten offen zutage treten können“. Nicht zuletzt würden „Sündenböcke“ gesucht. Eine „rohe Bürgerlichkeit“ nennt Wilhelm Heitmeyer diese Tendenz in wirtschaftlich stabilen Gesellschaften.

In Europäischen Parlament kam am 1. Juli 2014 bei einigen Abgeordneten Erleichterung auf. Am Tag der Konstituierung des Parlaments stand fest, dass Wilders und Le Pen nicht eine neue Fraktion mit den Namen Europäische

Allianz für *die Freiheit* bilden können. 25 Abgeordnete aus sieben Ländern sind für diesen Parlamentsstatus nötig, der den als Fraktion organisierten Abgeordneten mehr Rechte und Finanzmittel ermöglicht. Die Zahl der MandatsträgerInnen hätte bei weitem ausgereicht, jedoch fehlte den Rechten ein weiteres Land für die Konstituierung einer solchen Fraktion. Die Fidez ist nun erneut der Europäischen Volkspartei angegliedert, der auch CDU und CSU angehören. Der national-konservativen Fraktion Europäische Konservative und Reformisten haben sich DF und AfD angeschlossen. Die UKIP führt die Fraktion *Europa der Freiheit und der Demokratie* an. Aber ist der gescheiterte Aufbau einer Fraktion ein Grund zur Entwarnung?

In der vergangenen Legislaturperiode wies Jan Phillip Albrecht, Europaabgeordneter der *Grünen*, darauf hin, dass es nicht der Gründung einer Fraktion bedürfe, um Diskussionen und Atmosphäre zu verändern. Er hob hervor, dass die weit rechts stehenden Abgeordneten fast jede Debatte nutzten, um gegen Flüchtlinge, Muslime und Muslima, Homosexuelle und Sinti und Roma zu hetzen. Im Parlament wettete Morten Messerschmidt von der DF regelmäßig gegen die vermeintlich schädliche Immigration von Muslimen und Muslima: „Europa wird in 20, aber spätestens 30, 40 Jahren eine muslimische Bevölkerungsmehrheit haben, wenn nichts unternommen wird. Das bedeutet das Ende unsere Kultur und das Ende der europäischen Zivilisation“. Erneut ist er im Parlament vertreten und tritt mit Äußerungen hervor wie: „Wir haben die Nase voll davon, das morgens polnische, litauische und rumänische Laster leer über die Grenze fahren und abends voll mit geklauten Fernsehern und Stereoanlage aus dänischen Ferienhäusern zurück“. Beatrix von Storch (AfD) beklagte sich nach der Wahl über ein Konzert der Travestiekünstlerin Conchita Wurst, das am 8. Oktober auf der Esplanade Solidarnosc vor dem Europäischen Parlament stattfand. „Bestenfalls überflüssig“ erklärte die AfD-Europaabgeordnete, die vehement für die Mutterrolle von Frauen eintritt. Derartige Positionen, so befürchtet der Grünen-Abgeordnete Albrecht, könnten nun durch die personell gestärkt auftretenden rechten EU-KritikerInnen, RechtspopulistInnen und Rechtsextremen in den Parlamentsdebatten verschärft artikuliert werden. Von einer Doppelstrategie spricht der Politikwissenschaftler Pascal Delwit von der Freien Universität in Brüssel. Das rechte Spektrum versuche nicht nur den eigenen Einfluss im Parlament zu erhöhen, sondern auch die eigene Wirkungsmacht in den Heimatländern auszubauen. „Sie bringen überall die gleichen Themen auf die politische Agenda: Einwanderung, Wahlrecht für Migranten, Anspruch von Zuwanderern auf Sozialleistungen und das beeinflusst dann die Politik - auch in Europa.“ Seine Sorge: „Diese Themen werden dann von anderen Parteien aufgegriffen, weil sie sich unter Druck fühlen. Das ist die eigentliche Gefahr.“

Dabei handelt es sich nicht bloß um Spekulationen. In Frankreich hat die Regierung Präsident François Hollandes (Sozialistische Partei) nach dem Wahlerfolg des FN die Erweiterung des Kommunalwahlrechts für Nicht-EU-AusländerInnen auf Eis gelegt. In Deutschland hetzte die AfD in allen Wahlkämpfen gegen die vermeintlich große „Einwanderung in die Sozialsysteme“. „Die Romas“ aus Osteuropa werden als „die Missbraucher“ dargestellt. Die Wahlerfolge der AfD dürften mit dazu geführt haben, dass die CSU das Thema des vermeintlichen „Missbrauchs der Sozialsysteme“ durch EinwandererInnen auf die Agenda gebracht hat. Längst hat die Regierungskoalition von CDU/CSU und SPD ein Gesetz verabschiedet, dass Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sogenannte sichere Herkunftsstaaten bewertet. Die Asylchancen für verfolgte Roma sind damit massiv gesunken. Die „rohe Bürgerlichkeit“ setzt sich durch und grenzt aus.



Nationaler Chauvinismus statt Solidarität

Aus dem Schill-Desaster gelernt?

Aufstieg und Niedergang der Partei Rechtsstaatlicher Offensive

Von Frank Behrmann

Mit einem Paukenschlag wurde uns HamburgerInnen am 21. September 2001 deutlich, dass wir nicht auf der Insel der Glückseligen leben, deren Bevölkerung so tolerant und aufgeklärt ist, dass hier rechtspopulistische Parteien keine Chance hätten. 19,4 Prozent erreichte die *Partei Rechtsstaatlicher Offensive* (PRO), bekannt als *Schill-Partei*, aus dem Stand nach einem überaus gruseligen Wahlkampf, der sich fast nur um eine herbeiphantasierte ausufernde Kriminalität und speziell um eine angeblich besonders hohe Ausländerkriminalität drehte.

wurde das Ganze durch das Schüren der Angst vor Kriminalität. So gelang es, dass sich hinter der Schill-Partei ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung sammelte.

Law and order und Rassismus

Wie die „ausufernde Kriminalität“ die mantraartig beschworene Hauptsorge der Partei war, so galt ihr die Parole „Null-Toleranz für alle Gesetzesbrecher und Gewalttäter“ als Allheilmittel. Schill schürte die Angst vor Kriminalität mit irrealen Vergleichen, wenn er beispielsweise äußerte: „Wir leben, und das meine ich nicht polemisch, in Hamburg heute wie in Palermo oder im Chicago der 20er Jahre.“ Auch vor absurden Heilsversprechungen machte der Strafrichter nicht halt: Schon ein einziges geschlossenes Jugendheim würde die Verbrechensrate Jugendlicher „sofort auf einen Bruchteil sinken lassen“, „unwirtliche Einzelzellen“ täten ein Übriges. Bereits nach 100 Tagen als Innensenator werde er die Kriminalitätsrate halbiert haben, so Schill.

Die Schill-Partei machte in erster Linie MigrantInnen und ganz besonders AsylbewerberInnen für Kriminalität verantwortlich. Schill behauptete, Kriminalität liege in der Mentalität von MigrantInnen begründet, Kosovo-Albaner zum Beispiel seien schießwütig. Die Partei sprach sich gegen das Asylrecht in seiner damaligen (und heute noch gültigen) Form aus. Kritik an nachgewiesener Polizeigewalt gegen und polizeilicher Diskriminierung von Nichtdeutschen erklärte man zur „verantwortungslosen Kampagne“. Sozialhilfebezug sollte ein Ausweisungsgrund werden. Schill bemühte sich, den staatlichen Rassismus noch zu verschärfen, und trug mit seiner Politik und seinen Hetztiraden dazu bei, das Klima in der Stadt zu vergiften.

Neoliberalismus

In den wirtschaftspolitischen Passagen ihres Programms machte die Partei deutlich, dass sie sich als Interessenvertreterin der Besitzenden sah. Der Spitzensteuersatz sollte auf 35 Prozent abgesenkt werden, im ursprünglichen Programmtext war sogar von „20 bis 25 Prozent“ die Rede. Bezüglich der wirtschaftlich schlechter Gestellten forderte man im Programmtext noch, die „Wiedereingliederung und soziale Motivation von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern durch Koppelung von Leistungsansprüchen an Arbeitsbereitschaft“ zu erzwingen – was ins endgültige Programm aber nicht mehr aufgenommen wurde.

Weitere programmatische Äußerungen wiesen die Schill-Partei als ausgesprochen unternehmerfreundlich

aus: So sollte etwa die Gewerbesteuer erlassen und Handwerksbetrieben die Mehrwertsteuer auf sieben Prozent abgesenkt werden. Unternehmen sollten aber auch von einer „drastische(n) Senkung der Lohnnebenkosten“ profitieren. ArbeitnehmerInnen hätten dann für ihre soziale Absicherung verstärkt allein aufkommen müssen. Einkaufsstrassen und der Vorplatz des Hauptbahnhofs sollten den dortigen Gewerbetreibenden und ihren Verbänden übergeben werden, damit diese Sicherheitsdienste zur Entfernung von BettlerInnen und Junkies einsetzen könnten.



Ronald Schill, ehemaliger Innensenator, Führer der Partei Rechtsstaatliche Offensive und Idol der Hamburger Rechten, heute Big-Brother-Star

Die „Anti-68er“

Es gab eine Klammer, die die Einzelaspekte der Programmatik und der Äußerungen Schills zu einem rückwärts-gewandten Gesellschaftsmodell verband: Den „guten alten Werten“ sollte wieder Gültigkeit verschafft werden – GegnerInnen waren dabei die „68er“, die den Verfall dieses Normenkanons bewirkt hätten.

„Die Polizei ist Hauptfeindbild“ der „68er“, hieß es im Programm, und „Inbegriff des von dieser Generation gehassten ‚Obrigkeitsstaates‘“. In der Schulpolitik sah Schill sich den gleichen GegnerInnen gegenüber und hielt ihnen – unter der antiegalitären Prämisse, dass nichts „so ungerecht ist wie die gleiche Behandlung Ungleicher“ – ein Programm von Zucht und Unterordnung, Leistung und Elitförderung entgegen.

Die Partei warb für ein „Leistungsprinzip“ mit „vielfältige(r) Leistungsmessung“ und strengen Regeln. Dafür sollten „Kopfnoten“ für Arbeits- und Sozialverhalten in den Zeugnissen eingeführt und dem Lehrpersonal nicht näher benannte „umfangreichere Maßnahmen als bisher zur Disziplinierung an die Hand gegeben“ werden. Außerdem sollte es in jeder Schule einen „Ansprechpartner von Seiten der Polizei“ geben.

Auf jeder seiner Veranstaltungen riss Schill das Thema der normenersetzenden „68er“ an. Angesprochen wurden damit Gefühle und Ängste der Anwesenden vor Veränderungen, die ihnen ihre Zukunft ungesichert erscheinen ließen. Der Verlust der traditionellen Bahnen, in denen das Leben verlief, die es prägte, wurde als beunruhigend empfunden. Dieser aufgerufenen Angst setzte Schill den Sicherheit versprechenden Obrigkeitsstaat entgegen.

Partei des Ressentiments

Die Schill-Partei – und hier schließt sich der Kreis zur *Alternative für Deutschland* (AfD) – war eine Partei, die von den

Ressentiments der BürgerInnen lebte. Deren Unzufriedenheit und Ängste vor dem Verlust des erworbenen Wohlstands brechen sich Bahn in der Ablehnung all dessen, was anders ist, was die eingeschlifften Wege verlässt, was unter ihnen in der sozialen Hierarchie steht oder was von außen kommt. Die Vergangenheit wird idealisiert, um in der als schwierig empfundenen Gegenwart als Kompass dienen zu können. Daher der ständige Rückgriff auf althergebrachte Umgangsformen und Normen – und die schroffe Ablehnung jener, die diese Werte nivellieren oder gar abschaffen wollen.

Die Schill-Partei ist, nachdem es mit ihrer Hilfe der CDU erstmals seit Jahrzehnten gelungen war, die SPD aus dem Senat zu verdrängen, gescheitert. Im August 2003 wurde Ronald Schill von Bürgermeister Ole von Beust als Innensenator entlassen. Die Koalition zwischen CDU, FDP und PRO wurde im März 2004 beendet. Versuche einer bundesweiten Ausdehnung der PRO scheiterten. Schill verließ Ende 2003 seine Partei. 2007 löste sie sich auf. Letztendlich ist dieser Versuch, eine rechtspopulistische Partei in Deutschland zu etablieren, lediglich an Wichtigkeit und Unbeherrschtheit ihres anchorman gescheitert. Nicht aber daran, dass seine AnhängerInnen erkannt hätten, dass diese Art Politik schlecht für das Zusammenleben der Menschen wäre und dass ein solidarisches Miteinander Schills Ellenbogengesellschaft vorzuziehen wäre.

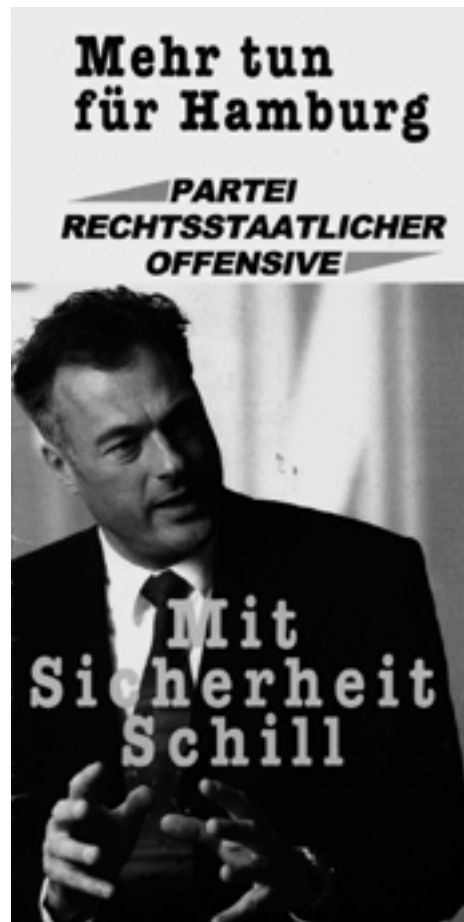
Hochburgen der Rechten und Hamburger Aussichten

Bei ihren bisherigen Wahlbeteiligungen zeichnet sich ab, dass die AfD besonders dort stark ist, wo rechtsextreme Parteien auch schon sehr gut abgeschnitten hatten. Im Westen ist das Baden-Württemberg, wo die AfD bei der Europawahl 7,9 Prozent der Stimmen erzielen konnte. Dort stützte sich der Zuspruch „auf Wählermilieus (...), von denen vor zwei Jahrzehnten auch die Republikaner profitierten“. 1989 erzielten die REPs in Baden-Württemberg bei der Europawahl 8,7 Prozent und 1992 bei den Landtagswahlen sogar 10,9 Prozent.

In Sachsen, einer weiteren Hochburg der AfD, sieht es ähnlich aus. Hier erzielte die AfD bei der Landtagswahl am 31. August 2014 9,7 Prozent, die NPD scheiterte mit 4,95 Prozent der Stimmen denkbar knapp am Wiedereinzug in den Landtag. Schon bei der Bundestagswahl (mit 6,8%) und bei der Europawahl (mit 10,1%) schnitt die AfD in diesem Bundesland überdurchschnittlich gut ab. Die AfD war „insbesondere dort stark, wo auch die NPD ihre Hochburgen hatte. Auch bei dieser Landtagswahl ist dies ersichtlich: Die Hochburgen der NPD und der AfD sind zum Teil deckungsgleich oder räumlich nah.“

Nun war Hamburg auch einmal die Hochburg einer rechtspopulistischen Partei. Das weiß auch die AfD, und ihr Vorstand wird sich die Erfolge der Schill-Partei genau angesehen haben. Dabei ist er offenbar zu dem Schluss gekommen, deren Erfolgsrezept zu kopieren. Der AfD-Wahlkampf wird auf restriktive Einwanderungspolitik und Kriminalitätsbekämpfung im Zeichen von law and order setzen. Für diese Politik steht nicht zuletzt der stellvertretende Sprecher der AfD Hamburg Dirk Nockemann, der auch schon im Vorstand der Schill-Partei saß und zeitweilig sogar Innensenator unter von Beust war.

Die Milieus, die damals Schill und seine Gefolgsleute ins Rathaus brachten, sind immer noch vorhanden. Deswegen ist zu befürchten, dass die AfD, wenn es ihr gelänge, die Stimmung anzuheizen, auch in Hamburg mehr als fünf Prozent der WählerInnen für sich gewinnen kann. Oder aber die HamburgerInnen haben aus dem Schill-Debakel gelernt, und wir sehen Bernd Lucke in ein oder zwei Jahren im Big Brother-Container wieder.



Flyer der Schill-Partei von 2003, Quelle Apabiz

Die Programmatik der Schill-Partei war so gestrickt, dass der Begriff Rechtspopulismus geradezu für sie erfunden sein könnte: Es richtete sich durchgängig gegen alle, die „ganz unten“ in der Gesellschaft stehen. Positiv bezog sich die PRO auf den einstigen Obrigkeitsstaat und gab sich als Sprachrohr der „anständigen Bürger“ aus. Verklammert

Die wichtigsten FunktionärInnen der Bundes-AfD

Von Thomas Willms

Die AfD ist in besonderem Maße ein künstliches Projekt, eine Gründung „von oben“. Von Anfang an – und bis heute – hat eine kleine Gruppe von ParteigründerInnen wesentlich über die Organisation bestimmt. Von einer verschworenen Gemeinschaft dieser Personen kann allerdings keine Rede sein. Im Gegenteil, es scheint hier bestenfalls der Ton bürgerlicher Geschäftsmäßigkeit zu herrschen. Im Europäischen Parlament, in das die Führungsriege fast geschlossen eingezogen ist, fällt die AfD dadurch auf, dass die Abgeordneten tun und lassen, was sie jeweils für richtig halten. Dabei widersprechen sie sich sogar in wichtigen Fragen. Beispielsweise stimmten vier von ihnen im Zuge der Ukraine-Krise für Sanktionen gegen Russland und drei dagegen. Die Pro-Gruppe unter Lucke hält damit die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der CDU/CSU offen, die Contra-Gruppe stimmt in die Pro-Putin-Propaganda der extremen Rechten Deutschlands ein.



Konrad Adam, Frauke Petry und Bernd Lucke beim Bundesparteitag 2013, Foto 1: Mathesar (Own work) CC-BY-SA-3.0 (siehe Bildverzeichnis, S.43)

Formal hat die AfD drei Bundesvorsitzende: Prof. Bernd Lucke, Dr. Frauke Petry und Dr. Konrad Adam. Unbestrittene Führungsfigur der AfD ist jedoch Bernd Lucke, Professor für Volkswirtschaft an der Universität Hamburg, mittlerweile wegen seines Mandats beurlaubt. Gegen seinen Willen geschieht in der AfD bislang nichts Wesentliches. Als honorierte Persönlichkeit und wirtschaftswissenschaftliche Koryphäe tingelte er durch die Talk-Shows, um gegen die Euro-Rettung und für die neue Partei zu trommeln. Stärker noch als durch 33jährige Mitgliedschaft in der CDU scheint er durch seinen Beruf und seine „Stellung“ geprägt zu sein. Charakteristisch für seine Haltung ist das 2010 von ihm ins Leben gerufene „Plenum der Ökonomen“. In dieser Online-Plattform kann nur Mitglied werden, wer an einer deutschen Universität Volkswirtschaft lehrt bzw. wer als Deutscher an einer ausländischen Universität lehrt. Herauskommen sollen „Stellungnahmen“ zu Fragen herausra-

gender nationaler Bedeutung. Dass eine Gesellschaft Entscheidungen anhand anderer Kriterien als denen des wirtschaftspolitischen Liberalismus fällen könnte, wird dabei von vornherein ausgeschlossen. Stillschweigend wird erwartet, dass vor dieser „Ständerversammlung“ alle kuschen, auch Regierung und Parlament. Anders als Lucke (Jahrgang 1962) könnten sich die Führungspersonen Konrad Adam (Jahrgang 1942, Bundesvorsitzender), Hans-Olaf Henkel (Jahrgang 1940, MdEP) und Alexander Gauland (Jahrgang 1941, Fraktionsvorsitzender in Brandenburg) eigentlich nach einem erfüllten Berufsleben bequem zurücklehnen. Adam war von 1979 bis 2009 Feuilletonredakteur der FAZ und Kolumnist der „Welt“. Henkel brachte es bis zum Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), und Gauland war Leiter der Hessischen Staatskanzlei, Herausgeber der Märkischen Allgemeinen Zeitung sowie 40 Jahre Mitglied der CDU. Allesamt haben sie also wichtige Positionen in Wirtschaft, Publizistik und Politik eingenommen. Was treibt sie dazu, sich dem Stress einer Parteigründung auszusetzen? Allgemeine Enttäuschung über den Kurs der CDU/CSU unter Angela Merkel, Panikgefühle angesichts der ökonomischen Entwicklung, gepaart mit dem Gefühl der Überlegenheit und vielleicht auch Angst vor persönlichem Bedeutungsverlust scheinen die Haupttriebkkräfte zu sein. Die Jüngsten in der AfD-Führungsriege sind die Politaktivistin Beatrix von Storch (Jahrgang 1971, MdEP), die Unternehmerin Frauke Petry (Jahrgang 1975, Fraktionsvorsitzende in Sachsen) und der Lehrer Björn Höcke (Jahrgang 1972, Fraktionsvorsitzender in Thüringen). Auch diese drei sind nur bedingt kompatibel. Von Storch steht für einen quasi vormodernen Adelsdünkel, gepaart mit evangelikalem Furor. Diese Rückwärtsgewandtheit hinderte sie aber nicht, über Jahre hinweg ein Netzwerk von Online-Kampagnen aufzubauen, was insbesondere in der Gründungsphase von großer Bedeutung gewesen ist. Die als Chemikerin bedeutende, aber als Unternehmerin gescheiterte Petry teilt mit von Storch ein evangelikales Familienbild, um es gleichzeitig durch extrem wirtschaftsliberale Positionen ad absurdum zu führen. So warb sie mit dem Slogan „Kinder sind unser Kapital“. Am stärksten in die Diskurse der extremen Rechten eingebunden ist Höcke, der beispielsweise Visitenkarten ausgibt mit dem Slogan: „Die politische Korrektheit liegt wie Mehltau über unserem Land. Ich bin angetreten, um diese politische Korrektheit wegzuräumen.“ Zu erwarten ist, dass die Widersprüche zwischen diesen AktivistInnen in der nächsten Zeit auf die eine oder andere Weise ausgetragen werden. Einen Vorgeschmack boten Gauland (Pro-Russland) und Henkel (Pro-Ukraine), als sie sich in der Russland-Frage öffentlich auf wenig kollegiale Weise angriffen.

Die Finanzierung der AfD

Von Thomas Willms

Jede Parteigründung steht zu Anfang vor einem existenziellen Problem: Woher das Geld nehmen? Einmal ins Rollen gekommen, finanziert sich politischer Erfolg durch staatliche Gelder quasi von selbst. Doch bis dahin braucht es entweder einen langen Atem oder eine gute Anschubfinanzierung.

Aus dem massiven Werbeauftritt, den die AfD von Anfang an vorgelegt hat, lässt sich folgern, dass sie über letztere verfügte. Beweise gibt es zur Zeit noch nicht, da offizielle Informationen über die Finanzen der Partei der Öffentlichkeit erst 2015 zugänglich gemacht werden. Dies geschieht in Form von „Bekanntmachungen“ des Bundestages, dem politische Parteien laut Gesetz rechenschaftspflichtig sind. Detailliert lässt sich hier ersehen, über wie viel Geld aus Spenden, Unternehmenstätigkeit und staatlichen Mitteln die Parteien verfügen und wofür sie es ausgeben. In den ersten anderthalb Jahren ihrer Existenz sammelte die AfD nach eigenen Angaben unter ihren Mitgliedern und AnhängerInnen bedeutende Beträge speziell für Wahlkämpfe ein. Da es sich bei ihnen in der Mehrzahl um eher solvente Personen handelt, wundert das nicht. Die zweite wesentliche Anschubfinanzierung erfolgte durch Großkredite von UnternehmerInnen. Bekannt ist, dass der Hamburger Reeder Folkard Edler eine Million Euro vorschoss. Die gleiche Summe überwies der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Hans-Olaf Henkel. Ein „Geschmäcke“ bekam dieser Akt dadurch, dass Henkel zeitnah zum AfD-Kandidaten für die Wahl zum Europa-Parlament nominiert wurde. In diesem residiert er nun seit Mai 2014, so dass sich zumindest für ihn das „Risiko-Investment“ durchaus gelohnt hat.



eine Fraktionsgeschäftsstelle einstellen und Sachmittel einplanen. Formal ist die Finanzierung von Abgeordneten und Fraktionen streng getrennt von der Finanzierung der

Partei als solcher. Die Abgeordneten zweigen jedoch von ihren Diäten Spenden an ihre Partei ab. Die Wahlkampfkostenerstattung ist für Parteien die zweite staatliche Einnahmequelle, die zuverlässig zum Quartal überwiesen wird und weit verlässlicher ist als z.B. Spendeneinnahmen. Sie beträgt 0,85 Euro pro Wählerstimme (bei Wahlen in Europa, Bund oder Ländern) pro Jahr und sinkt ab 4 Millionen Stimmen auf 0,70 Euro. Laut Schätzungen wird die AfD für das Jahr 2014 durch Fraktionsfinanzierung und Wahlkampfkostenerstattung vier Millionen Euro einnehmen. Sobald sie das zweite Mal in Folge in einen Landtag eingezogen sein wird, hat die AfD außerdem die Möglichkeit, eine Parteistiftung zu gründen. Die staatliche Parteienfinanzierung soll laut Gesetz allerdings höchstens 50 Prozent der Gesamteinnahmen ausmachen. Die AfD muss befürchten, dass sie die ihr zustehenden Gelder vielleicht gar nicht realisieren kann, weil es an einer entsprechenden Gegenfinanzierung fehlt, die sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Unternehmensgewinnen zusammensetzen kann. Infolgedessen entwickelte die AfD, die als Anti-Projekt gegenüber den von ihr als „Altparteien“ diffamierten etablierten Parteien angetreten ist, eine besondere Findigkeit, um diese Staatsgelder für sich zu retten: Die Partei stieg in den Goldhandel ein. Presseberichten zufolge machte die AfD bis zum November 2014 auf diesem Wege 2,1 Millionen Euro Umsatz mit einem Gewinn von nur 1 Prozent. Auf diesen kommt es allerdings im Sinne des Parteiengesetzes nicht an, sondern nur auf die Höhe der Einnahmen. Attraktiv sind die Gold-Medaillen vermutlich besonders deshalb, weil sie noch in DM-Anmutung daherkommen und damit an die „guten alten Zeiten“ erinnern. Langfristig entscheidend für die Finanzen der Partei werden jedoch ihre Beziehungen zur UnternehmerInnenschaft sein. In den Geschäftsstellen der AfD wird systematisch an dieser Frage gearbeitet, z.B. mittels der Organisation von Fundraising-Dinners. Dadurch begibt sie sich in direkte Konkurrenz zur CDU/CSU. Immer wieder wird in diesem Zusammenhang auch der Verband der Familienunternehmer als AfD-affin genannt, auf deren Verbandstag Bernd Lucke 2014 als erster Redner sprechen durfte. Bei dessen Mitgliedsunternehmen handelt es sich nicht nur um kleine Betriebe, sondern teils um milliardenschwere Firmen, die aber im Gegensatz zu Aktiengesellschaften unternehmergeführt sind. Einen Durchbruch erzielte die AfD dem Manager-Magazin zufolge nach den Landtagswahlen von 2014. Ein weiterer früherer BDI-Präsident, nämlich Heinrich Weiss, Aufsichtsratschef der SMS-Group, wolle sich nun für die AfD engagieren und auch helfen, sie zu finanzieren. Dies ist besonders schmerzhaft für die CDU, der Weiss bis dahin angehörte. Zum AfD-Mitglied und -Spender ist dem Magazin zufolge auch Hans Wall geworden, Gründer der Wall AG, die in Berlin das Außenwerbebusiness dominiert. Systematisieren will die AfD diese Beziehungen durch die für 2015 anvisierte Gründung eines Mittelstandsforums.

"Relativ viele" rechtsextreme Einzelfälle ^(Bernd Lucke)

Über den braunen Rand der AfD in Hamburg und seine Duldung

Von Felix Krebs

Die sozialwissenschaftliche Forschung zur AfD unterscheidet meist drei Flügel innerhalb der Partei: einen wirtschaftsliberalen, einen national-konservativen und einen rechtspopulistischen. Die Grenzen zwischen ihnen sind jedoch fließend, mal wird mehr der eine, mal mehr der andere Flügel bedient. Eine schematische Einordnung macht jedoch die Verortung in der politischen Auseinandersetzung einfacher.

Der wirtschaftsliberale Flügel hat mit dem AfD-Bundessprecher Bernd Lucke, einem Professor für Makroökonomie an der Hamburger Universität, in der Hansestadt einen besonders prägnanten Kopf. Zu diesem Flügel, der insbesondere durch marktradikale Forderungen, dem Ruf nach mehr Deregulierung und Stärkung der Interessen des deutschen Kapitals auftritt, kann auch der Spitzenkandidat der Hamburger AfD zur Bürgerschaftswahl und Landessprecher Prof. Jörn Kruse gerechnet werden. Doch auch der rechtspopulistische Flügel, welcher seinen historischen Ursprung in dem ehemaligen Hamburger Landesverband der antimuslimischen Partei *Die Freiheit* (DF) sowie bei ehemaligen FunktionärInnen der Schill-Partei und extrem rechten Einzelpersonen hat, spielt in Hamburg eine nicht zu unterschätzende Rolle. National-konservative Positionen der AfD werden vor allem dann stark gemacht, wenn es gilt die Partei in Hamburg nach außen zu vertreten. Wird in der Bundespolitik die angebliche Kompetenz der „ProfessorInnenpartei“ in Fragen der Ökonomie betont, so wird vor Ort gerne das konservativ-hanseatische Element der Partei hervorgekehrt. Seit der Gründung streiten extreme und konservative Rechte auch in der Hamburger AfD. Nachdem dieser Streit anfangs noch sehr offen vor allem in sozialen Netzwerken ausgetragen wurde, sind Differenzen seit Ende 2013 zunehmend gedeckelt worden. Die Kontroverse um den Umgang mit Hooligan-SympathisantInnen im Landesverband, welche im Herbst 2014 öffentlich ausgetragen wurde, zeigt jedoch, dass der rechtspopulistische Flügel immer noch bedeutsam ist.

Die Freiheit (DF), eine Keimzelle der Hamburger AfD

Der Gründungsparteitag der Hamburger AfD fand am 6./7. April 2013 statt, gut 100 Personen hatten schon ihre Mitgliedschaft beantragt, inzwischen (Stand Oktober 2014)

soll der Landesverband ca. 470 Mitglieder haben. Eingelesen zur Gründung hatte Jens Eckleben, als „Landeskoordinator“ eines Kreises, welcher im März 2013 zwei Dutzend Personen umfasste und schon Kompetenzteams gegründet hatte, um die anstehende Arbeit im AfD-Landesverband zu koordinieren. Das Handbuch der Hamburger AfD von 2013 gibt Auskunft über die Gründungsmitglieder und die Zusammensetzung der zehn Teams. Dem 28-köpfigen Gründungsteam gehörten mit Eckleben und Claus Döring zwei Ex-Funktionäre der Partei DF an. Hinzu kommen Dirk Nockemann, Ex-Senator der *Partei Rechtsstaatliche Offensive* (PRO) von Ronald Schill, sowie die spätere Hooligan-Sympathisantin Tatjana Festerling. Neben dem ehemaligen DF-Vorsitzenden Eckleben und dem Ex-Schriftführer Döring fanden u.a. auch der frühere Vize Jan Luchterhand und der Schatzmeister Arno Willemer aus der DF bereits früh ihren Platz in der Hamburger AfD.

Der Hamburger Landesverband von DF wurde 2011 gegründet und legte seinen inhaltlichen Schwerpunkt auf anti-islamische Agitation. Jedoch stieß die DF schnell auf deutliche Ablehnung. Gegen Treffen im Stavenhagenhaus in Groß-Borstel protestierten im Sommer 2011 AnwohnerInnen, Grüne und SPD, und das Bezirksamt Nord untersagte den RechtspopulistInnen schließlich im September desselben Jahres die Nutzung der Räume: DF sei „als neue Partei nicht im Stadtteil verankert“ und fände „in Groß-Borstel keine Akzeptanz. Sie wird als rufschädigende Provokation empfunden.“ Das Projekt war damit in Hamburg gescheitert, Eckleben und Willemer traten Ende 2011 aus. In Bayern wird DF seit dem Frühjahr 2013 vom Verfassungsschutz beobachtet.

Der Einfluss der ehemaligen DF-Mitglieder in der Hamburger AfD führte schon kurz nach der Gründung zum Austritt des als Bundestagskandidaten nominierten Sigurd Greinert. Hamburger AfD-Mitglieder wie Jens Eckleben würden „von der Parteiführung ungehindert islamkritische oder andere meines Erachtens am rechten Rand fischende Blog-Einträge verfassen“, erklärte Ex-FDPlar Greinert gegenüber dem *Hamburger Abendblatt*. Er hatte zuvor angeregt, Mitglieder und Förderer der AfD im Hinblick auf ihre Einstellung zu „Grundgesetz, Weltoffenheit und Ausländerfreundlichkeit“ zu überprüfen. Der damalige Landesvorstand lehnte dies jedoch ab. Während Greinert austrat,

konnte Eckleben im Jahr 2013 so richtig aufdrehen: Er wurde zum gut vernetzten Organisator, der überall präsent war, den Wahlkampf managte, mehrere Posten in den AfD-Teams gleichzeitig besetzte und vor allem auf Facebook zahlreiche politische eindeutige Statements veröffentlichte. Größter Erfolg für Eckleben dürfte eine Demonstration von ca. 600 AfD-AnhängerInnen während des Bundestagswahlkampfes im August 2013 durch die Hamburger City gewesen sein.

Soziale Netzwerke wie Facebook haben bei der jungen Partei eine zentrale Bedeutung für die Außendarstellung und die innerparteiliche Diskussion. Auf der Facebook-Seite warnte Eckleben immer wieder vor einer angeblichen Islamisierung Europas, auch mit provozierenden Videos oder Bildern, und ließ nationalistische oder antimuslimische Kommentare ungehindert zu. Als er jedoch nach der Bundestagswahl 2013 in einer internen Rundmail den Hamburger Landesvorstand um Jörn Kruse offen kritisierte, wurde er gemäßregelt. Eckleben musste das Management des Facebook-Accounts abgeben, und beim Landesschiedsgericht wurde beantragt, Eckleben „gemäß der Satzung des Landesverbandes Hamburg der AfD für die Dauer von zwei Jahren die Fähigkeit abzuerkennen, ein Parteiamt zu bekleiden“.



Antimuslimischer Protest in Hamburg bei Kundgebung der Partei "Die Freiheit"

Der Entzug des Accounts verdeutlichte noch mal den großen Einfluss, den der ehemalige DF-Vorsitzende in der Hamburger AfD hatte. Viele Dankesbekundungen von AfDlerInnen gingen bei ihm ebenso ein wie Bepöbelungen des Landesvorstandes. Tatjana Festerling etwa schrieb: „Heißt das, dass wir auf der Facebook-Seite Hamburg zukünftig die gleiche, psychopathische Hetz-Propaganda des LaVo gegen Rechts bzw. gegen dich persönlich, Jens Eckleben lesen, die uns schon im Rundbrief zugemutet wurde?“ Auch bundesweit sah sich die AfD inzwischen genötigt, auf Kritik einzugehen. Die Kleinstpartei DF blieb auch in anderen Bundesländern erfolglos, man erklärte auf weitere Kandidaturen zu verzichten und rief indirekt zu einem Masseneintritt in die AfD auf. Bei DF-Mitgliedern „muss man viele eingefleischte Islamfeinde vermuten“, äußerte Bernd Lucke gegenüber der WELT Anfang Oktober 2013 und verfügte einen Aufnahmestopp für diese. Wieder kam

es zu einem innerparteilichen Sturm der Entrüstung, und so wurden schließlich bundesweit nach Einzelfallprüfungen weiterhin ehemalige Mitglieder von DF und auch den Republikanern aufgenommen. *Die Freiheit* habe zwei Lager; die ÜberläuferInnen zur AfD stammten aus dem gemäßigten Teil, begründete Lucke den Richtungsschwenk. Für Hamburg hatte dies sowieso keine Bedeutung, da der DF-Landesverband schon in der Versenkung verschwunden war und viele längst bei der AfD aktiv waren. Claus Döring durfte im Bezirk Nord und Arno Willemer in Altona zu den Bezirksversammlungen im Mai 2014 kandidieren, der ehemalige *Freiheit*-Chef Jens Eckleben wurde aktuell sogar mit einem Platz auf der Liste zur kommenden Bürgerschaftswahl belohnt. Der Hamburger Parteichef Jörn Kruse hatte seine Warnung aus dem Herbst 2013, es ließe „sich leider nicht leugnen, dass sich in mehreren Ländern systematisch rechte Gruppen formieren, die auf Inhalte und Image unserer Partei Einfluss nehmen wollen“, schon längst vergessen.

Auch inhaltlich hat die AfD politische Forderungen ihrer Vorgängerpartei übernommen. In deren Europawahl-Programm heißt es, man müsse Einwanderung „nach kanadischem Vorbild“ steuern. Fast deckungsgleich nannte dies bereits DF in ihren programmatischen Forderungen „Einwanderungspolitik nach kanadischem Vorbild“. Und auch die beliebte Forderung nach direkter Demokratie nach Schweizer Vorbild, fand sich schon dort, bevor sie die AfD formulierte.

Auf Stimmenfang im braunen Sumpf

Im Zuge des anschwellenden antimuslimischen Rassismus in Deutschland gründete sich neben Parteien auch ein regelrechtes Netzwerk von islamfeindlichen Blogs, wie *PI-News*, eine nationalistisch geprägte, jugendliche Szene namens *Identitäre Bewegung* sowie neue Diskussionszirkel. Manche waren nur kurzlebig, andere engagieren sich heute zum Teil bei den Aufmärschen der *Hooligans gegen Salafisten* (HogeSa). Auch in Hamburg gab es 2013 den Versuch einen neuen rechten Debattierklub namens *Konservativ-Freiheitlicher-Kreis* (KFK) zu etablieren. Beim KFK machten laut Selbstdarstellung „Leute der Identitären Bewegung, des Blogs PI-News und des in Hamburg ansässigen Vereins der ‚Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft‘“ mit. PI-News diente gar als inhaltliche Steilvorlage für die Gründung des KFK: „Inspiriert wurde die Gründung auch durch den im April auf PI-News erschienenen Artikel ‚Fünf Schritte zum Machterfolg‘“, schrieb der KFK. Es sei ein „unverhohlen rassistischer Mob, der sich im Kommentarbereich von Politically Incorrect täglich versammelt“, urteilte Stefan Niggemeier in der FAZ, der Zentralrat der Juden in Deutschland bezeichnet PI-News als rechtsextrem. Der KFK behauptete in seinem Selbstverständnis allerdings, mit Antisemitismus, der „Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen“ und der „Leugnung oder Relativierung des Holocausts“ nichts zu tun zu haben.

Dem zum Trotz lud man allerdings Oberst a. D. Manfred Backerra ein, der schon 2004 wegen rechter Aktivitäten Hausverbot von seinem ehemaligen Arbeitgeber, der Führungsakademie der Bundeswehr, bekam. Backerra glänzte durch historische Erkenntnisse wie: Die „Einheiten der Waffen-SS kämpften ritterlich“. Und der KFK bot Wolfram Schiedewitz zur Vorstellung seines Vereins Gedächtnisstätte e.V. ein Podium. Im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht von 2013 heißt es: „Ein weiteres Beispiel für revisionistische Organisationen ist der 1992 gegründete Verein Gedächtnisstätte e. V. Erste Vorsitzende war die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel, 2003 folgte

ihr Wolfram Schiedewitz aus Seevetal (Landkreis Harburg) ... Regelmäßig führt der Verein Vortragsveranstaltungen mit Zeitzeugen und Historikern, darunter bekennende Revisionisten und Holocaustleugner, durch.“ Dem braunen Debattierklub galt die AfD schon 2013 als großer Hoffnungsträger: „AfD in neuester Erhebung bereits bei 4 %!“, triumphtierte man Ende Juli 2013. Und man lud, gleich nach Backerra und Schiedewitz, eine „kleine Delegation“ der Parteihoffnung zur folgenden Veranstaltung in den Kreis ein: Kay Gottschalk und Julian Flak. Ersterer war damals Bundestagskandidat im Bezirk Mitte und gleichzeitig zweiter Landessprecher, der zweite damaliger Wahlkampf-Manager der AfD. Beide wurden gebeten, „die Partei und den Landesverband zu präsentieren und im Anschluss für alle Fragen Rede und Antwort“ zu stehen. Für die TeilnehmerInnen des KFK wurde dieses Treffen gepriesen als „Gelegenheit, sich mit den Hamburger AfD-Vertretern in derart ungezwungener und privater Atmosphäre“ auszutauschen. Es ist davon auszugehen, dass die beiden schon damals wussten, bei wem sie eingeladen worden waren, denn als Organisator des KFK fungierte ein Aktivist, der im Februar 2014 in den Hamburger Vorstand der *Jungen Alternative* (JA) gewählt wurde. Mittlerweile kandidieren Flak und Gottschalk zur Bürgerschaftswahl.

Wie viele Einzelfälle noch?

Verbandelt mit dem KFK war ein wesentlich älterer rechter Bildungsverein aus Hamburg namens Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V. (SWG). Er wurde schon 1962 von ehemaligen AktivistInnen des Dritten Reichs gegründet und macht bis heute regelmäßig Veranstaltungen für ein Spektrum vom rechten Rand der CDU bis hin zu Neonazis. Im Laufe der Vereinsgeschichte referierten und engagierten sich hier ehemalige Angehörige von NSDAP, SA und SS, VertriebenenpolitikerInnen, VordenkerInnen der „Neuen Rechten“ und Personen, die von den Inlandsgeheimdiensten als rechtsextremistisch eingeordnet werden, aber auch Personen aus dem konservativen Establishment. Thematische Schwerpunkte sind u. a. die Leugnung der deutschen Schuld am Zweiten Weltkrieg, die „Ehrenrettung“ von Wehrmacht und Waffen-SS und die Relativierung der NS-Verbrechen. Vorsitzender der SWG

welches vom Wortlaut her im Sinne des damaligen Verfassungs- oder humanitären Völkerrechts rechtswidrig war“. 2009 nannte er Adolf Hitler einen „Verkünder des Evangeliums vom Recht aller Nationen“ und schrieb später, „der Hitler-Putsch (bekannt als Marsch auf die Feldherrenhalle – F.K.) war der berechtigte Versuch, die bedrohte Reichseinheit zu retten“. Und ganz im NPD-Jargon relativierte Aden schon 2011, ausgerechnet zum Auschwitz-Gedenktag, die Zahl der im Holocaust ermordeten Jüdinnen und Juden: „... seriöse Historiker nennen heute ganz andere Zahlen, man traut sich nur nicht, sie entgegenzuhalten ... denn sie sind geradezu strafbar gering.“

Trotzdem konnte Aden schon 2013 der AfD beitreten und wurde Anfang 2014 „auf den 4. Platz der Empfehlungsliste für die Kandidatenaufstellung für das Europaparlament“ gesetzt. Dass der Geschichtsrevisionist nicht zu den letztlich gewählten Europa-Abgeordneten der AfD gehört, ist nicht den Selbstreinigungskräften der Partei geschuldet, sondern der Veröffentlichung des Skandals. Aden wurde dann als AfD-Kandidat in den Stadtrat von Essen gewählt, verließ die Partei jedoch bereits wieder im Sommer 2014 aus eigenem Antrieb. Bei Adens SWG sollte übrigens auch schon im August 2013 Kay Gottschalk zum Thema „Was ist die *Alternative für Deutschland*?“ referieren. Auf Nachfrage eines Journalisten leugnete Gottschalk erst die beabsichtigte Teilnahme, auf Vorhaltung der Einladung berief er sich auf Unwissenheit bezüglich der SWG und sagte dann doch lieber ab – schließlich war gerade Wahlkampf. Selbst Björn Neumann und Thorsten Uhrhammer, ehemalige AktivistInnen für die neofaschistischen Parteien NPD bzw. DVU, konnten bei der Hamburger AfD schon Mitglied werden, zumindest zeitweise. Trotz aller Beteuerungen von Lucke und Kruse, dass in der Partei sei kein Platz für derartige Personen sei. Beide waren schon Jahre zuvor einschlägig bekannt geworden, sowohl in der rechtspopulistischen Szene als auch durch die Medien und im Falle von Neumann sogar durch namentliche Erwähnung im Hamburger Verfassungsschutzbericht. Neumann und Uhrhammer waren früher als Funktionäre für die Schill-Partei aktiv, Uhrhammers noch frühere DVU-Mitgliedschaft führte nach der Aufdeckung zum Rauswurf aus der Schill-Partei. 2009 war Uhrhammer auch Regionalleiter von Menno Adens SWG. Neumann wurde 2010 ebenfalls für die DVU aktiv, kandidierte 2011 auf Platz zwei für die NPD zur Bürgerschaftswahl und griff 2013 einen Journalisten tätlich an, als dieser ihn bei dem Besuch einer neofaschistischen Burschenschaft fotografierte. Ein Klick bei Google oder, im Falle Neumanns, ein Blick in den Geheimdienstbericht hätte gereicht, um zu wissen, wer da an die Tür der AfD klopfte. Die AfD bestätigte kurz vor Weihnachten dem Hamburger Abendblatt, dass Neumann nach monatelangem Ausschlussverfahren, immer noch Mitglied der Partei sei. Uhrhammer wurde gegenüber der Zeitung wahlweise als „kein Vollmitglied“ oder als tolerierter „Förderer“ bezeichnet, was immer dies bedeuten soll. Landeschef Kruse ließ sich, nach den für die AfD erfolgreichen Wahlen zum Europäischen Parlament, jedenfalls gerne mit Uhrhammer im Abendblatt ablichten.

Die Schill-Seilschaften

Es verwundert wenig, dass sich auch ein einflussreicher Anteil von ehemaligen Mitgliedern und FunktionärInnen der Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO) um den ehemaligen „Richter Gnadenlos“ Ronald Schill bei der Hamburger AfD finden lassen. Schließlich war PRO mit fast 20 Prozent bei der Bürgerschaftswahl 2001 und der anschließenden Regierungsbeteiligung die bisher erfolgreichste Partei des deutschen Rechtspopulismus. Den tiefen Sturz von Ex-Innensenator Schill, seinen Erpressungsversuchs

beim damaligen Bürgermeister Ole von Beust (CDU), seine Kokainabhängigkeit und seine peinlichen Auftritte im Big-Brother-Bunker möchten seine ehemaligen Weggefährten ebenso gerne vergessen machen, wie die heillose Zersplitterung von PRO, die Unfähigkeit ihrer FunktionärInnen und das schnelle Versinken in der Bedeutungslosigkeit, kaum war der Führer abgetreten. Nun versuchen es dieselben HasadeurInnen, PopulistInnen und VersagerInnen bei der AfD ein zweites Mal. Auf der KandidatInnenliste zu den Bürgerschaftswahlen finden sich fünf ehemalige Schill-AktivistInnen, darunter mit Karina Weber auch eine Frau. Dies sei nur deshalb erwähnt, weil die AfD eine Männerpartei ist, auf der Liste macht der Frauenanteil gerade mal sieben Prozent aus. Die Kandidatur der ehemaligen SchillianerInnen führte im Zuge des Landesparteitags im Oktober 2014 zum Eklat.



AfD-Hooligan Claus Döring, Faksimile der Mopo

Der halbe Vorstand der Hamburger AfD trat zwei Tage später zurück, weil er einen zu großen Einfluss der ehemaligen PRO-AktivistInnen befürchtete. „Ex-Schill-Leute stürzen Hamburger AfD ins Chaos“, titelte das Handelsblatt. Die vier zurückgetretenen VorständlerInnen kritisierten den Einfluss früherer Pro-PolitikerInnen wie Dirk Nockemann und warfen Parteichef Jörn Kruse vor, mit Nockemann vorab Manipulationen bei der Aufstellung der Landesliste vorgenommen zu haben. „Vorbereitung und Ablauf des Landesparteitages

entsprachen nicht den selbst gesteckten Zielen zu innerparteilicher Demokratie und Transparenz“, hieß es in der Pressemitteilung der Vier. „Jörn Kruse war bestrebt, seine Position durch gezielte Platzierung bequemer Gefolgsleute auf der Liste der Bürgerschaftskandidaten zu untermauern.“ Die AfD dürfe keine Wiederauflage der Partei von Schill werden, sagte Ex-Pressesprecher Oliver Scholl, einer der Zurückgetretenen, gegenüber dem Abendblatt. Dass eine Wiederauflage oder gar noch rechtere Politik durch den Einfluss von früheren Schill-AnhängerInnen droht, lässt sich auch an Nockemann verdeutlichen, der auf einem prominenten dritten Platz zur Bürgerschaft kandidiert. Zuerst Büroleiter von Schill, dann sein Nachfolger als kurzzeitiger Innensenator, wurden er und seine Partei 2004 mit 0,4 Prozent politisch bedeutungslos. Kurzzeitig kam er bei der CDU unter, diskutierte jedoch Ende 2004 schon mit dem islamkritischen Rechtspopulisten Udo Ulfkotte die Gründung einer neuen Partei, um dann 2007 mit ehemaligen SchillianerInnen die Deutsche Zentrums Partei (DZP) zu gründen. Die floppte jedoch, und so war Nockemann wohl wieder auf der Suche nach einer neuen Partei, als er 2010 an einer Veranstaltung der Bürgerbewegung Pro Deutschland (Pro-D) teilnahm. Diese Partei wähnte sich damals im Aufwind, wollte ihre Aktivitäten auch in Hamburg ausbauen und plante die Teilnahme an der folgenden Bürgerschaftswahl. Pro D ging aus der Partei Pro Köln hervor, die schon 2004 im Geheimdienstbericht des Landes Nordrhein-Westfalen im Bereich Rechtsextremismus

erwähnt wurde. Der Hamburger Senat schrieb 2013: „Die ‚Bürgerbewegung Pro Deutschland‘ ist eine rechtsextremistische, vom Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtete Partei.“ Der Vorsitzende von Pro D, Manfred Rouhs, bei der Veranstaltung mit Nockemann Hauptredner, hat eine langjährige Vergangenheit im extrem rechten Lager, u.a. war er Mitglied der NPD und bis 1994 Abgeordneter der neofaschistischen Deutschen Liga für Volk und Heimat. Dass Nockemann sich ab 2010 nicht für Pro D engagierte, liegt wohl weniger an politischen Animositäten, als an der schon damals vorhersehbaren Erfolglosigkeit der Partei.

Sympathie für Hooligans

Zu massiven Streitigkeiten kam es in der Hamburger AfD, als gleich zwei AktivistInnen an den Hooligan-Aufmärschen teilnahmen, dafür warben und ihr Engagement in der Partei verteidigten. Tatjana Festerling, im Mai 2014 noch AfD-Bezirkskandidatin in Eimsbüttel und Claus Döring, Kandidat im Bezirk Nord. Beide gehören zu den Gründungsmitgliedern des Landesverbandes. Festerling war 2013 stellvertretende Verantwortliche für Marketing der Partei, Döring saß 2013 sogar in dem wohl wichtigsten Team der Partei mit der Aufgabe „Politische Inhalte und Strategie“. Hier engagierten sich weitere Parteirechte, wie Kay Gottschalk und Dirk Nockemann, aber auch Landeschef Jörn Kruse. Da Döring schon immer ein wüster Pöbler war, der auf Facebook-Seiten gegen Muslime, die Grünen und die EU hetzte, dürfte Kruse die Einstellung seines Parteikameraden hinlänglich bekannt gewesen sein. Doch selbst als er und Festerling im Herbst 2014 bundesweit wegen ihrer Hooligan-Kumpanei bekannt wurden und Döring es als „AfD-Hooligan“ auf die Titelseite der MoPo schaffte, wagte es die AfD-Führung nicht, einen Ausschluss durchzusetzen. Der Landesvorstand behauptet, dass es rechtliche Schwierigkeiten gäbe, und wird es wohl bei einer Maßregelung belassen. Dabei lassen die im Paragraphen 8 der Landes- und Bundessatzung festgehaltenen „Ordnungsmaßnahmen“ sehr wohl einen Rauswurf wegen parteischädigenden Verhaltens zu.

Die extreme Rechte wurde immer geduldet

Wenn die Teilnahme an einem Aufmarsch von Hooligans und Neonazis mit Hitlergrüßen, rassistischen RednerInnen und Sprechchören sowie massiven Angriffen auf Polizei und Andersdenkende und die anschließende Rechtfertigung dieses Tuns nicht für einen Ausschluss ausreichen, dann gibt es nur eine Erklärung: Man will es nicht. Entweder weil man Angst hat, weitere extrem rechte Mitglieder und WählerInnen zu verprellen, weil man eine Schlamm-schlacht mitten im Wahlkampf fürchtet oder weil die AfD-MitgründerInnen Döring und Festerling im Gegenzug Parteiinterna veröffentlichen könnten, die unangelegen kommen. So wird es wohl dabei bleiben, dass auch im Hamburger Landesverband weiterhin „relativ viele“ rechtsextremistische Einzelfälle, wie der Bundeschef Bernd Lucke es nannte, geduldet werden oder neu eintreten können. Jörn Kruse erklärte im September 2013 gegenüber dem Spiegel, man müsse dringend gegen rechte Gruppen in der Partei handeln. Das Gegenteil hat der Landeschef bisher gemacht.



Finde den Unterschied

war bis Anfang 2014 Prof. Menno Aden. Er selbst gehört zu den schlimmsten Geschichtsklitterern des braunen Vereins und argumentiert immer haarscharf entlang dessen, was gerade noch nicht juristisch als Volksverhetzung gilt. 2008 behauptete er, „dass es im Dritten Reich kein Gesetz gab,

Die neoliberale Politik der AfD

Über rechte Professoren, den „Hamburger Appell“ und die Position des AStAs der Uni Hamburg

Von Artur Brückmann

Wenn man das Phänomen AfD in seiner Gänze verstehen will, muss man die ideologische Funktion dieser Partei zur Absicherung der aktuellen Verhältnisse in den Blick nehmen. Aus dieser Analyse lassen sich dann wirkungsvolle Strategien entwickeln, den Positionen dieser Partei gesellschaftlich das Wasser abzugraben. Die AfD selbst stilisiert sich gerne als „unideologische Kraft“ im deutschen Parteienspektrum, die weder rechts noch links sei. Unterlegt werden soll dieser Eindruck durch die Stilisierung als Professoren-Partei, die lediglich ökonomischen Sachverstand aus dem Hörsaal in die Politik einbringe.



Bernd Lucke, Bundessprecher der AfD, Foto: attenzione photographers

Selbstverständlich ist diese „Anti-Ideologie“ die ideologischste aller Ideologien. Die Frage ist immer: Cui bono? Wem nützt diese Weltanschauung? Stützt sie die aktuellen Herrschaftsverhältnisse oder trägt sie zur Enttarnung solcher und damit auch zu Emanzipation bei? Die AfD ist ein Sammelbecken von Menschen, die unter dem Label der *Alternative für Deutschland* die Alternativlosigkeit des neoliberalen Kapitalismus propagieren. Um die Positionen der

AfD und insbesondere ihre ideologische Funktion besser verstehen zu können, lohnt ein Blick zurück ins Jahr 2005. Die neoliberalen „Reformen“ der Agenda 2010 entsichern und prekarisieren die Lebensverhältnisse von Millionen von Menschen. Als Reaktion auf eine daraufhin entstehende breite soziale Bewegung – am 30. August 2004 demonstrieren in über 200 Städten mindestens 200.000 Menschen gegen Hartz IV – werden aus der rot-grünen Regierung vereinzelt zaghafte Rufe nach Lohnerhöhungen laut. Dagegen veröffentlichte am 30. Juni 2005 der Hamburger VWL-Professor und spätere AfD-Gründer Bernd Lucke mit seinen Hamburger Kollegen Michael Funke und Thomas Straubhaar den *Hamburger Appell*¹. Dieses Papier ist inhaltlich und personell exemplarisch für den Kreis rund um die heutige AfD. Von den 16 VWL-Professoren auf der UnterstützerInnenliste² der AfD haben zehn auch den Hamburger Appell unterschrieben. Im Wissenschaftlichen Beirat der AfD beträgt der entsprechende Anteil sogar vier von fünf. Die Hamburger Spitze der AfD, Professor Jörn Kruse, ein weiterer Professor für Volkswirtschaftslehre, unterzeichnete ebenfalls. Der Appell richtete sich explizit gegen die Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch Lohnerhöhungen. Diese Forderungen seien „falsch und gefährlich“, statt dessen müssten „ungeschönte Antworten auf die drängenden ökonomischen Fragestellungen“ gegeben werden. In konsequent neoklassischer, arbeitgeberfreundlicher Argumentationslinie wird dafür die Senkung der „Arbeitskosten“ gefordert: „Die unangenehme Wahrheit besteht deshalb darin, dass eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage nur durch niedrigere Entlohnung der ohnehin schon Geringverdienenden, also durch eine verstärkte Lohnspreizung, möglich sein wird. Eine Abfederung dieser Entwicklung ist durch verlängerte Arbeitszeiten, verminderten Urlaubsanspruch oder höhere Leistungsbeurteilung möglich.“

¹ https://www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/wiso_vwl_iwk/paper/appell.pdf

² <http://www.alternativefuer.de/unterstuetzer/>

Hinter dieser Passage steckt die genauso menschenfeindliche wie vulgäre Aussage, dass Arbeitslosigkeit einzig und allein aus der überhöhten Lohnforderung der Lohnabhängigen resultiert. Daher sei die einzige Lösung – der Kapitalist treibt es Freudentränen in die Augen – der individuelle, durch möglichst niedrige Sozialleistungen beförderte Lohnverzicht. Wer diese unangenehmen Wahrheiten ignoriere, schade „den deutschen Interessen“ in der globalen Standortkonkurrenz. Weitere Wünsche sind „weitreichende Einschnitte in allen Bereichen der öffentlichen Ausgaben“. Im Bildungsbereich wird statt verbesserter Mittelausstattung ein vermehrter „Ansporn zu Fleiß, Wissbegier und strenger Leistungsorientierung“ präferiert.



Hans-Olaf Henkel, ehemaliger Arbeitgeberpräsident, Großspender und stellv. Sprecher der AfD, Foto: attenzione photographers

Die Umsetzung der Grundpfeiler dieses Papiers – Lohnsenkung und Entstaatlichung – hat zum Einbruch der volkswirtschaftlichen Nachfrage geführt, die durch eine Explosion der privaten Verschuldung ausgeglichen wurde, sich in der Finanzsphäre aufblähte und dann 2008 effektiv zusammenstürzte. Dies stürzte die Weltwirtschaft in den Abgrund und hinterließ soziale Verwüstung. So viel zum Thema „wirtschaftliche Sachkompetenz“ bei den AfD-Professoren. Seitdem ist das neoliberale Regime in einer tiefen Hegemoniekrise. Antonio Gramsci, italienischer Antifaschist und Kommunist, bezeichnete mit diesem Begriff eine Situation, in der „das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann“. Die AfD steht mit ihren wirtschaftspolitischen Forderungen (siehe Hamburger Appell) also für die neoliberale Politik, die in die größte Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs geführt hat. Sie ist der Brandstifter, der sich nun als Feuerwehr zur Lösung der Krise aufspielen möchte. Die Gründung der AfD stellt eine Reaktion auf die im Zuge der Krisenentwicklung lauter werdenden Stimmen nach einem Politikwechsel hin zu steuerlicher Umverteilung und emanzipatorischem Sozialstaat dar. Sie steht damit

in personeller wie inhaltlicher Kontinuität zu den Kräften, die sich bereits 2005 mit dem Hamburger Appell zu Wort meldeten.

Der Kampf gegen die AfD kann an den Hochschulen genauso wie gesamtgesellschaftlich also nur auf zwei Wegen gelingen: Aufklärung und revolutionäre Reformen. Wir müssen die AfD als das entlarven, was sie ist. Die autoritäre, anti-emanzipatorische Spitze einer neoliberalen Konterrevolution, die nichts verfolgt, als die Übel des Kapitalismus zu biologisieren, rassistisch umzudeuten und damit die austeritätsbedingte Krisenverschärfung weiter ideologisch zu befeuern. Dass die AfD trotzdem einiges an Zuspruch in der Bevölkerung abgreifen kann, ist ärgerlich, muss aber jenseits moralischer Empörung an der Wurzel gepackt werden. Die Perspektivlosigkeit und Abstiegsängste vieler Menschen sind ja real und deswegen nicht alleine durch die Entlarvung der AfD-Position als falsche Alternative behoben. Vielmehr müssen progressive Reformen hin zu einer Umwälzung der Verhältnisse konkret angegangen werden, um die soziale Lage und Perspektive der Menschen zu verbessern.

An den Hochschulen findet der Kampf gegen die AfD-Ideologie und für soziale und kulturelle Verbesserungen alltäglich, zum Beispiel in Vorlesungen und Gremien, statt. Die Überwindung des Neoliberalismus muss in Einheit von Inhalt und Struktur angegangen werden. Eine globale Bewegung kritischer Studierender macht sich unter dem Motto „Plurale Ökonomik“ gerade daran, die Inhalte der akademischen Volkswirtschaftslehre umzukrempeln. Dafür muss aber auch der strukturelle Neoliberalismus aus den Hochschulen verbannt werden.

An der Universität besteht dieser in den Umstrukturierungen zur „unternehmerischen Hochschule“. Studiengebühren, Bachelor-Master-Studium, Drittmittelabhängigkeit und „leistungsorientierte Mittelvergabe“ in der Forschung, hierarchische und kennzifferngesteuerte Organisationsstrukturen sollen alle Hochschulmitglieder zur Erfüllung von marktkonformen Anforderungen erziehen. Dem entgegen wird an der Uni Hamburg bereits vielfältig das Neue zur Welt gebracht. Studiengebühren sind (deutschlandweit) abgeschafft. Das Hamburgische Hochschulgesetz enthält erkämpfterweise (neben Verschlechterungen) auch einige demokratisierende Elemente. In der Studienreform wird nach einer weitgehenden Abschaffung von Restriktionen (wie Fristen und Anwesenheitspflicht) nun auf emanzipatorische „Bildung durch Wissenschaft“ hingearbeitet. Mit der (Wieder-)Einführung des Projektstudiums wird sich anhand von Schlüsselproblemen (Armut, Hunger, Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen etc.) mit der Beantwortung gesellschaftlicher Fragen befasst und damit die Bildung mündiger Menschen befördert.

„Mit dem Begriff der Bildung wird die Antithese zum Erziehungsprozeß entworfen; (...) Erziehung ist verhängt; (...) Bildung dagegen begreift sich als entbundene Selbsttätigkeit, als schon vollzogene Emanzipation. Mit ihr begreift sich der Mensch als sein eigener Urheber, versteht er, daß ihm die Ketten, die das Fleisch aufschneiden, von Menschen angelegt sind, daß es eine Aussicht gibt, sie zu zerreißen.“ (H. J. Heydorn, Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft, 1979)

Damit ist emanzipatorische Bildung auch das beste Mittel gegen die Unterwerfung unter die sogenannte Sachkompetenz sogenannter ExpertInnen. Die Gesellschaft – und damit auch die Wirtschaft – ist von Menschen gemacht und nichts Natürliches, daher ist sie auch veränderbar. Die Professoren von der AfD wollen genau das verschleiern und dadurch die Welt so lassen, wie sie ist. An den Hochschulen arbeiten wir unter Hochdruck dafür, dass ihnen das immer weniger gelingt und die Menschen die Dinge immer mehr selbst in die Hand nehmen.

Rückwärtsgewandt und stramm rechts

Die Junge Alternative Hamburg _____ Von Felix Krebs

„Fast unverhohlen rechtsradikal“, titelte der *Spiegel* im Oktober über die *Junge Alternative* (JA), die Jugendorganisation der AfD. Sie sei noch populistischer als ihre Mutterpartei, und einige ihrer SympathisantInnen kämen aus dem rechten Milieu, schrieb das Magazin. Eine Feststellung, die auch für den Jugendverband aus Hamburg gilt. Die *Junge Alternative Hamburg* (JA-HH) agierte seit ihrer Gründung meist am äußersten rechten Rand der AfD. Oftmals werden hier Positionen vertreten, welche im Landesverband der Partei nicht öffentlich geäußert, sondern von Bundeschef Bernd Lucke oder Landeschef Jörn Kruse kritisiert werden. Und es wird die Zusammenarbeit mit Spektren gesucht, die offiziell für die Partei tabu sind. Trotzdem wird der Rechtskurs der JA-HH nicht nur geduldet, sondern fand Ende August 2014 in der offiziellen Anerkennung als Landesverband der *Jungen Alternative*

oder andere tagesaktuelle Meldung thematisieren.“ Die jungen Alternativen aus Hamburg verstanden sich schon immer als „offizieller Bestandteil der Partei“ und schrieben im Juni 2014, man habe gut 60 Parteimitglieder und einen SympathisantInnenkreis von ähnlicher Größe. Mittlerweile erkennen laut dem JA-Bundesvorsitzenden Philipp Ritz mehrere AfD-Landesverbände (darunter Hamburg) die JA als offizielle Jugendorganisation an. 90 Prozent der JA-Mitglieder seien ohnehin auch in der AfD organisiert, so Ritz.

Gegen den offiziellen AfD-Kurs

In den Vorstand der JA-Hamburg wurden im Februar 2014 neben Julian Flak und Lukas David, die beide zur Bürgerschaftswahl kandidieren, auch Florian Irmeler, der zu den Bezirkswahlen im Mai 2014 kandidierte, sowie als Sprecher/Vorsitzender Andreas Gärtner gewählt. Letzterer initiierte 2013 einen neurechten Debattenzirkel unter dem Namen *Konservativ-Freiheitlicher Kreis* (KFK) in Hamburg, zu dem er auch einen Geschichtsrevisionisten einlud, der vom niedersächsischen Verfassungsschutz im Zusammenhang mit Holocaust-Leugnung namentlich erwähnt wird. Gärtner selbst machte immer wieder deutlich, dass er sich um den Kurs der Parteiführung einen Dreck schert. Die Abgrenzung gegenüber extrem rechten Parteien aus anderen europäischen Ländern „halte ich für boniert und dumm“. Unerträglich sei die „Mischung aus Arroganz und politkorrektem Duckmäusertum“ der AfD-Führung, schrieb er in der Zeit, als er Vorsitzender der JA-Hamburg war. Und im Kontext der Auseinandersetzung um rechtsradikale Auswüchse in der Partei bestätigte er ein „Rechtspopulist“ zu sein, der sich mit den extrem rechten Parteien *Die Republikaner*, dem belgischen *Flams Belang*, der *Front-National*-Chefin Marine Le Pen sowie der *Génération Identitaire*, beide aus Frankreich und den *Schwedendemokraten* identifiziere. Bei allen handelt es sich um Organisationen und Personen, zu denen die AfD-Führung offiziell auf Distanz geht. Mittlerweile ist Gärtner nicht mehr im Vorstand der JA-HH.

Diese Kumpanei mit extrem rechten, deutschen wie europäischen, Organisationen belegt auch heute noch die Facebook-Seite der JA-HH. Hier mag man die europafeindliche britische UKIP ebenso wie deren Chef Nigel Farage, die rassistische *Dänische Volkspartei* wird empfohlen und von der Jugend der *Schwedendemokraten* übernahm man sogar zeitweise ein Propaganda-Video. Aus Deutschland gefällt den jungen Alternativen aus Hamburg der rechte Hetz-Blog *PI-News*, auf dem AutorInnen und KommentatorInnen meist unter Pseudonym rassistische Stimmung gegen Muslime schüren. Der *Stern* nannte die Klientel von *PI-News* deshalb zu recht „feige Islam-Hasser“.

Gegen Menschen muslimischen Glaubens

Mehrmals wurden von der JA-HH Artikel von *PI-News* verlinkt und auch gleich die üble Sprache des Blogs übernommen. Von „widerrechtlich aufgebauten Zigeunerlagern“ berichteten da die HamburgerInnen mit Bezug auf *PI* an einer Stelle. An anderer Stelle hieß es, dass für die angebliche Terrorisierung an Schulen, Attacken auf die Staatsmacht und Gewaltkriminalität MigrantInnen vom Staat mit „Wohnungen, Geld, medizinischer Versorgung“ und juristischer Nachsicht bei Tötungsdelikten belohnt würden. Hier pöbelte die JA-HH im widerlichen Stil gegen die Hamburger Migrationsberatung. Es geht allerdings auch ohne die braunen Steilvorlagen von *PI-News*. „Multikulturell = Multikriminell?“, fragte man suggestiv auf der Hamburger Facebook-Seite der JA oder sprach von „selbsternannten Bürgerkriegsflüchtlingen“, bestritt also die Verfolgung durch Krieg und Terror in deren Heimat. Für den Islam, immerhin die zweitgrößte Religion im



Screenshot von JA-HH-Facebookseite, AfD-Wimpel und Junge Freiheit

Land, will man im bewussten „Gegensatz zu Prof. Lucke“ gar keine Moscheen in Deutschland. Stattdessen drohte man offen: „irgendwann wird das Pendel gegen diese linksversiffte Stadt zurückschlagen.“ Im Frühjahr 2014 phantasierte man auf der Propagandaseite der JA-Hamburg in vollkommener Verkennung der Realität und mit erwartungsvollem Unterton über ethnisch motivierte Bürgerkriegsszenarien. Nur „massive, tagelange Ausschreitungen von kulturfremden Zuwanderern und deren Nachkommen“ würden eine Änderung der „regionalen politischen Wetterlage“ ermöglichen, denn „der deutsche Michel war schon immer dumm und obrigkeitshörig.“ Solche Gewaltphantasien tauchen auch in anderen Bundesländern auf: So warb die JA in Brandenburg mit dem Bild einer jungen, bewaffneten Frau und dem Slogan „Selbstjustiz ist die neue Polizei.“ Der brandenburgische Justizminister ließ wegen Anfangsverdacht einer Straftat ermitteln. Derartige Tiraden hetzen bewusst Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion gegeneinander auf. Offensichtlich lehnt die JA-HH gleiche Rechte für alle Menschen ab. Stattdessen werden Menschen mit Migrationshintergrund diskriminiert und stigmatisiert. Die JA-HH sieht sich dabei in bewusster Konfrontation zu allen Parteien, auch zu den Konservativen. Sie schreibt von „Blockparteien in der Bürgerschaft“, von LINKE bis CDU, welche „unnötige Staatsverträge mit Moslem-Verfassungsfeinden“ schließen würden. Mit ihrem unverhohlenen Rassismus, der Selbststilisierung zum Opfer einer angeblichen *political correctness* und der Frontstellung gegen alle etablierten Parteien bedient die JA-HH nicht nur die klassischen Themenfelder

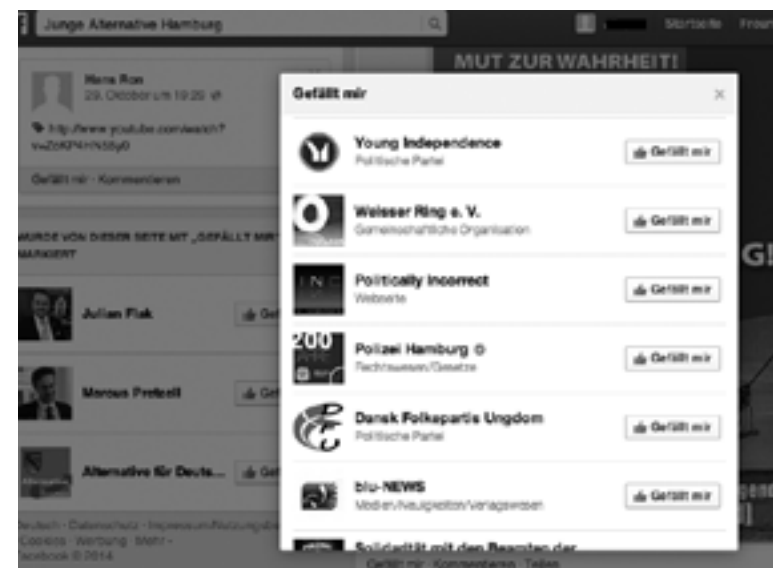
der extremen Rechten, sondern tut dieses zuweilen in einem Ton, der an Verlautbarungen der NPD erinnert.

Der Einfluss der Jugend

Nun ist die JA-HH kein unbedeutender Zirkel im Umfeld der Hamburger AfD, sondern prägt den Landesverband zu einem guten Teil. Im Wahlkampf wird der überalterte Landesverband auf die aktive Hilfe der Jungen angewiesen sein, so wie es bei vergangenen Wahlkämpfen der Fall war. Die jungen Rechten sind die Zukunft des Landesverbandes, ihr Einfluss wird eher zunehmen. Einige sitzen bereits als Abgeordnete in den Bezirksversammlungen oder in Bezirksvorständen der Hamburger AfD. Inzwischen wurde ein JA-Funktionär vom gesamten Landesverband besonders gewürdigt: Nach der jüngsten Führungskrise im Oktober 2014 – die massive Einflussnahme von alten Schill-Seilschaften führte zum Rücktritt des halben Vorstandes – wählte das Parteivolk Julian Flak zum stellvertretenden Chef der Hamburger AfD. Der gelernte Jurist hat als Schriftführer (bis August 2014) bzw. Vorsitzender (ab August 2014) im Vorstand der JA-HH alle rechte Propaganda auf Facebook politisch mitverantwortet. Um der Partei WählerInnenstimmen aus dem braunen Spektrum zu sichern, stellte Flak die AfD gar im Bundestagswahlkampf 2013 bei einer Veranstaltung seines Parteikameraden Gärtner vor. Flak wurde gebeten „die Partei und den Landesverband zu präsentieren und im Anschluss für alle Fragen Rede und Antwort“ zu stehen. Auf der vorhergehenden KFK-Veranstaltung sprach ein Aktivist aus der Szene der Holocaust-Leugner.

Julian Flak möchte nun gerne in die Hamburger Bürgerschaft einziehen. Seine radikale Jugendorganisation freute sich darüber, dass ihr Spitzenkandidat auf Listenplatz 8 der Landesliste gewählt wurde. Außer ihm kandidieren drei weitere Vorstandsmitglieder der JA-HH zu der Wahl, darunter Philipp Thein, ein Mitglied der schlagenden Verbindung *Slesvigia-Niedersachsen*, die Verbindungen zur berühmten *Hamburger Burschenschaft Germania* pflegt. Letztere wird wegen ihrer jahrelangen neofaschistischen Aktivitäten inzwischen vom Hamburger Verfassungsschutz beobachtet. Als Thein noch aktiver Verbindungsstudent war, schlug seine *Slesvigia* im so genannten *Hamburger Waffenring* (HWR) blutige Messuren, dort machten auch Germanen mit. Stimmen aus völkischen Verbindungskreisen dürften der Hamburger AfD bei der Bürgerschaftswahl sicher sein. Auch bundesweit wird die AfD und die JA von ExpertInnen immer wieder eine gewisse Nähe zu Burschenschaften und anderen schlagenden Verbindungen attestiert. Im Frühjahr 2014 musste der damalige stellvertretende JA-Vorsitzende Benjamin Nolte zurücktreten, als bekannt wurde, dass er Mitglied der extrem rechten Münchner *Burschenschaft Danubia* ist. Personelle und inhaltliche Schnittmengen der JA gibt es auch mit den neurechten Medien *Blaue Narzisse* und *Junge Freiheit* (JF). Beides sind publizistische Scharniere zwischen demokratischer und extremer Rechter. Letztes Jahr besuchte beispielsweise eine Delegation der JA-HH das traditionelle Sommerfest der *Jungen Freiheit*.

Das *Handelsblatt* charakterisierte die JA im letzten Jahr als „rückwärtsgewandt und stramm rechts“, für den Hamburger Jugendverband ist diese Einschätzung fast noch untertrieben. Was 2014 auf der Facebook-Seite beworben oder geschrieben wurde, ist extrem rechts positioniert. Rechts von dem Kurs, den der AfD-Landesvorsitzende Jörn Kruse gerne als konservativ und hanseatisch präsentiert. Konsequenzen hatte dieses aber bisher ebenso wenig, wie der Skandal um die Hooligan-SympathisantInnen bei der Erwachsenen-Organisation, der im Herbst bundesweit für Aufmerksamkeit sorgte.



Screenshot: „Gefällt mir“ Angaben der Jungen Alternative-HH auf Facebook

für Deutschland ausdrücklich Bestätigung. Zwar sind die meisten JA-Mitglieder schon immer zugleich auch Parteiangehörige der AfD gewesen, doch war die Anerkennung als Jugendverband umstritten. Zeitweise soll Bernd Lucke sogar versucht haben, neben den radikalen Auswüchsen einen alternativen Jugendverband aufzubauen – ein Versuch, der allerdings misslang. Öffentlich bekannt wurde die JA-HH über ihre Facebookseite Anfang Januar 2014: „Moin Moin! Die *Junge Alternative Hamburg* ist nun auch bei Facebook. Auf dieser Seite wollen wir Euch über unsere Arbeit und geplante Veranstaltungen auf dem Laufenden halten und die eine

Die AfD in den Hamburger Bezirksversammlungen

Von Christiane Schneider und Rachid Messaoudi

Die Schwierigkeit, mit der AfD in den Bezirksversammlungen umzugehen, ergibt sich daraus, dass die AfD, bisher jedenfalls, versucht, den anderen Fraktionen wenig Angriffsfläche zu bieten. Ihre Bezirksabgeordneten machen sich nahezu unscheinbar. Initiativen wie Anträge oder Anfragen gibt es kaum, und oft beteiligen sie sich nicht einmal an den Debatten in den Bezirksversammlungen. Das macht es nicht leicht, sie zu stellen und politisch zu isolieren.

Dabei sind sie, zieht man ihren politischen Werdegang in Betracht, keineswegs politisch so unbedarft, wie sie sich zu geben versuchen. Ihre Mitglieder in den Bezirksversammlungen kommen vielfach aus den rechtspopulistischen Parteien *Schill-Partei* (Partei Rechtsstaatliche Offensive PRO) und *Die Freiheit*. Auch einige Wirtschaftsliberale mit – oder wenige Naive ohne – ausgeprägt rechte Tendenzen sind vertreten. Diese gespielte oder tatsächliche Naivität zeigte sich beispielsweise, als DIE LINKE und auch Grüne in der Bezirksversammlung Wandsbek in einer Debatte zum Thema „*Gemeinsam gegen Rechts*“ sich ausdrücklich gegen die AfD wandten und die AfD-Mitglieder beleidigt reagierten, weil man bisher doch angeblich so gut zusammenarbeite. Gerade solche naiven Mitglieder treten nach und nach wieder aus, wie den Medien entnommen werden kann.

Ein politischer Werdegang in der AfD sticht besonders hervor. Dirk Nockemann war bei *Jusos* und *SPD*, *Statt-Partei*, *Schill-Partei* (hier vorübergehend Innensenator), *CDU*, *Deutscher Zentrumspartei*, *Freien Wählern*, und nun ist er bei der AfD. Auffällig ist, dass er die Partei wechselte, sobald klar wurde, dass ein politisches Mandat für ihn nicht erreichbar war. Er ist nach rechts völlig offen. So hatte er bei einer Veranstaltung in Farmsen sog. ReichsideologInnen als ZuhörerInnen, die mehrmals verkündeten, dass Deutschland ein Besatzer-Staat ohne eigene Souveränität sei. Dieses wies Nockemann zwar aus formalen Gründen zurück, aber nicht ohne süffisant hinzuzufügen, dass jeder selbst entscheiden müsse, ob er die Formalien für faktisch stimmig halte.

Die AfD hat eine starke christlich-fundamentalistische Strömung (Christen in der AfD). Wie der nationalistische Flügel auch, ist er islamophob, homophob und antifeministisch. In Harburg ist mit Harald Feineis ein Pastor der evangelischen *Freikirche Christus-Centrum Harburg* (CCHa) in die Bezirksversammlung eingezogen. Im CCHa wird u.a. ein „*Prophetie-Treff*“ angeboten, wo die „*Gabe der Weissagung*“ ausgelebt werden kann. Damit wird deutlich, was für verblendete Eiferer in der AfD ihr Unwesen treiben. Die AfD bemüht sich, in den Bezirksversammlungen als bürgernahe und scheinbar anschlussfähige Partei zu erscheinen. Ihre Bezirksabgeordneten versuchen sich bei Verwaltung und Bürgerinitiativen anzubiedern. Sie geben sich als die zu Unrecht verschriene Partei und stilisieren ihre eigene Opferrolle. Dabei sind sie in den Bezirksversammlungen sehr unauffällig. Aber zumindest einer der beiden AfD-Vertreter in Hamburg-Nord ist sehr bemüht aufzufallen: Herr Bodo Adolphi, Abgeordneter im Bezirk Nord, tritt aggressiv auf und verfängt sich in Widersprüchen: Einerseits stimmt er den BürgerInnen zu, die sich mit ihren Anliegen an die Bezirksversammlung oder deren

Unterausschüsse wenden, andererseits positioniert er sich auf der Seite der Verwaltung, die das vertritt, wogegen sich die BürgerInnen aussprechen.

In den Bezirksversammlungen verfolgen die AfDler unterschiedliche Strategien. In den meisten Bezirksversammlungen verhalten sie sich unauffällig und enthalten sich häufig. In anderen stimmen sie fast allen Anträgen zu, sogar denen der LINKEN. Dadurch versuchen sie, Abgrenzungsversuche anderer Fraktionen zu unterlaufen. Oft suchen sie aktiv den Anschluss an andere Fraktionen, den sie, abgesehen von gelegentlichen Ausnahmen, nicht finden. Bisher lassen nur wenige Anfragen oder Anträge erkennen, welch Geistes Kind sie sind. In Bergedorf beispielsweise benutzte Herr Nockemann in einer kleinen Anfrage an den Bezirksamtsleiter Begriffe wie „Bedenken“, die der Bezirksamtsleiter gegen die Unterbringung weiterer Flüchtlinge haben könnte, oder „Belastung“ im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen. Viel deutlicher sind sie bisher selten geworden. In Hamburg-Nord hatte die AfD mit einem Antrag ein Kunstprojekt auf Kampnagel zu torpedieren versucht: Im Rahmen dieses Projekts mit Effizienzhäusern sollten sieben Lampedusa-Flüchtlinge den Winter über untergebracht werden. Das wollte die AfD mit Formalien bezüglich des Aufenthaltsstatus und der Genehmigungsfähigkeit der Unterkunft als Wohnunterkunft verhindern. (Inzwischen hat die AfD bekanntlich Anzeige gegen die Kampnagel-Intendantin gestellt.) Anfragen und Anträge solcher Art werden vereinzelt gestellt in dem Irrglauben, damit anschlussfähig an die Mehrheit der Bevölkerung zu sein. Ansonsten geht es um Belanglosigkeiten, wenn überhaupt etwas von ihnen kommt.

Auch Bürgerinitiativen oder soziokulturellen Einrichtungen – bis hin zu NS-Zwangsarbeiterbaracken – suchen Mitglieder der AfD auf, um sich z.B. mithilfe von Spenden anzubiedern. Das geht sogar so weit, dass mal eben einer Bürgerinitiative 100 Euro gespendet wurden.

Im Großen und Ganzen scheint die AfD die Bezirksversammlungen nutzen zu wollen, um sich in der Bevölkerung und der politischen Landschaft zu verankern. Es wird gezielt versucht, sich moderat zu geben, was nicht allen gleichermaßen gelingt. Trotz einiger Naiver bzw. wirrer Spinner blitzen rassistische und chauvinistische Tendenzen hin und wieder in Diskussionen, Anträgen und Anfragen auf. Auch die Verquickung mit der extremen Rechten und den *Hooligans gegen Salafisten* (HogeSa) macht deutlich, dass die AfD alles andere als moderat ist. Inhalte des Bundes- oder Landeswahlprogramms werden zunächst politisch nicht angegangen, ja es wird sogar gegenteilig abgestimmt. Das ist sicherlich der augenblicklichen Strategie geschuldet, möglichst nicht mit eigenen Inhalten aufzufallen, gekoppelt mit den gebetsmühlenartigen Bekundungen des Bundesvorstands, die AfD sei nicht rechtspopulistisch. Es ist fraglich, wie lange das noch aufrechterhalten werden kann und ob bis zur Bürgerschaftswahl damit zu rechnen ist, dass deutlicher und offener ihre Ideologie der Ungleichheit, Homophobie, Rassismus, Antifeminismus etc. zu Tage tritt. In ihren Programmen ist es mehr oder weniger klar enthalten, aber so richtig nationalistisch sind sie auf eigenen Veranstaltungen und in Internetforen.

Von „Kreuzzügen“, Liebe und der Angst vor Homosexualität...

Gender- und familienpolitische Positionen der AfD _____ Von Carina Book

Sie erscheinen wie eine Bewegung aus längst vergangenen Tagen: Mit 1000 weißen Holzkreuzen und Parolen wie „Deutschland treibt sich ab“ oder „Frauen werden zur Abtreibung von Familie und Gesellschaft genötigt“ ziehen mehrere tausend DemonstrantInnen im September 2014 bei ihrem jährlichen Kreuzzug gegen Schwangerschaftsabbrüche, Pränatalmedizin und Stammzellforschung durch die Straßen Berlins. Abgesehen von AnhängerInnen der antisemitischen und höchst homophoben *Piusbruderschaft*, der *Partei Bibeltreuer Christen* oder dem christlich-fundamentalistischen *Bundesverband Lebensrecht* finden sich in erster Reihe auch andere bekannte Gesichter wieder: So zum Beispiel das der Beatrix von Storch, ihres Zeichens Europaabgeordnete der *Alternative für Deutschland*.



Die heterosexuelle Kleinfamilie als einzige Form des familiären Zusammenlebens?
Foto 2: flickr user "blu-news.org", CC-BY-SA-2.0 (siehe Bildverzeichnis S.43)

Von Storch gilt parteiintern als Kopf des erzkonservativen christlichen Flügels der AfD, der neben dem marktradikalen und dem nationalkonservativen Flügeln einen der tragenden Pfeiler der Partei darstellt. Beatrix von Storch will auch

auf europäischer Ebene dafür sorgen, dass „Lebensschutz“ zu einem Thema wird und steht in ihrer Partei mit diesem Ansinnen nicht alleine da. Auch ihre Parteikollegin Frauke Petry engagiert sich gegen Schwangerschaftsabbrüche und für traditionelle Familienentwürfe als Keimzelle der Nation. „Die deutsche Politik hat eine Eigenverantwortung, das Überleben des eigenen Volkes, der eigenen Nation sicherzustellen“, stellt die Vorsitzende des AfD-Landesverbandes in Sachsen klar und fordert, jede deutsche Familie solle drei Kinder haben. Darüber hinaus setzt sie sich zur Mehrung des „deutschen Kindersegens“ und Lösung der „demographischen Krise“ für eine Volksabstimmung zur Verschärfung des Abtreibungsparagrafen 218 ein. Die AfD trauert dem Monopol der Traditionsfamilie nach und ignoriert gleichzeitig, dass andere Formen von Lebensgemeinschaften wie Patchworkfamilien, Alleinerziehung und homosexuelle PartnerInnenschaften, längst gesellschaftliche Normalität sind, denn diese haben in ihrem konservativen Wertebild keinen Platz.

„Die Familien brauchen in unserer Gesellschaft einen starken Anwalt, denn die Leistung, die die Familien für die Gesellschaft erbringen, die sind ja mit Geld gar nicht zu bezahlen. Der stärkste Motor, das ist Liebe! Und das ist nun mal die Liebe der Eltern zu ihren Kindern. Das ist einfach unschlagbar!“, propagiert Beatrix von Storch und bezieht sich dabei ausschließlich auf ein heterosexuelles Verständnis von Ehe und Familie zu der ein Vater, eine Mutter und Kinder gehören. Sogar die rechtliche Gleichstellung nicht-heterosexueller Ehen lehnt die AfD ab: „Wir sind die Einzigen, die offen aussprechen, dass man Ungleiches nicht gleich behandeln sollte“, bekennt AfD-Bundesvorstand Konrad Adam. Kristallisationspunkt dieser rückwärtsgewandten und homophoben Strömung in der AfD ist der *Arbeitskreis Christen in der Alternative für Deutschland*, den u. a. Martina Kempf in Baden-Württemberg gründete und der nun auch bundesweit ausgebaut werden soll. Kempf und ihre MitstreiterInnen lehnen Abtreibungen entschieden ab: „Die AfD bietet als einzige relevante Partei Menschen eine Zuflucht, die an einer Berechtigung der Homo-Ehe und einem schrankenlosen Abtreibungsrecht zweifeln“, sagte Kempf und stößt damit gerade in Baden-Württemberg auf offene Ohren. In Stuttgart, aber auch in Hannover und Leipzig formiert sich unter



Die „Demo für Alle“ in Hannover, Foto: monitorex

dem Banner „Demo für alle – Ehe und Familie vor – Stoppt Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder!“ eine Allianz gegen Schulbildungspläne nach denen Kindern beigebracht werden soll, dass zu unserer Gesellschaft nicht nur heterosexuelle Menschen gehören. Organisiert werden diese Demonstrationen vom sogenannten *Familienschutz*, einer Initiative der *Zivilen Koalition*, der Beatrix von Storch vorsitzt. Doch die Bildungspläne lösen nicht nur hier Stürme der Entrüstung aus. Der AfD-Landesverband Baden-Württemberg begreift die Vorhaben zur Sensibilisierung der Kinder- und Jugendlichen gegenüber der Vielfaltigkeit sexueller Identitäten als „eklatante Missachtung der Elternrechte bei der Erziehung und die Relativierung und Diskreditierung traditioneller Geschlechterrollen unter der Flagge des Gender-Mainstreaming“. Auch die Reaktion des AfD-Parteichefs Bernd Lucke auf das mutige Outing des ehemaligen Fußballnationalspielers Thomas Hitzlsperger gibt Aufschluss über die reaktionäre Haltung der AfD zu Familie und Sexualität: „Ich hätte es gut gefunden, wenn Herr Hitzlsperger sein Bekenntnis zu seiner Homosexualität verbunden hätte mit einem Bekenntnis dazu, dass Ehe und Familie für unsere Gesellschaft konstitutiv sind“, sagte Lucke. Diskriminierungen von Menschen, die sich nicht in das zweigeschlechtliche Schema einordnen (lassen) oder keine heterosexuellen Lebens- und Liebensvorstellungen haben, sind für Betroffene oft an der Tagesordnung. Gerade Sexualpädagogik in der Schule kann eine gute Basis bilden, um Diskriminierungen entgegenzuwirken, Solidarität herzustellen und eine Unterstützung für homo-, trans-, intersexuelle



Beatrix von Storch, AfD-Abgeordnete im Europäischen Parlament, Foto 5: flickr user "blu-news.org" CC-BY-SA-2.0 (Siehe Bildverzeichnis S.43)

und/oder queere Jugendliche und Erwachsene zu erzeugen. Hierin aber sieht die AfD keinen emanzipatorischen Fortschritt, sondern im Gegenteil einen Angriff auf Familie und Ehe und eine Gefährdung der Kinder, vermittelt durch eine „ideologische Gender-Umerziehung“. Als zentrales Feindbild wird das Gender-Mainstreaming benannt, welches als staatlich verordnete Maßnahme zur Auflösung von Geschlechteridentitäten, Verleumdung der natürlichen Zweigeschlechtlichkeit und Gefahr für den Fortbestand der Gesellschaft verstanden wird.¹ Der Vorsitzende des thüringischen AfD-Landesverbandes Björn Höcke bringt es so auf den Punkt: „Dem Konzept des sogenannten Gender Mainstreaming, einem Sonntagskind der Dekadenz, das auf die Auflösung der natürlichen Geschlechterordnung abzielt, haben wir den Kampf angesagt.“

Quoten, Po's und „Genderwahn“...

Dies alles eingedenk verwundert es kaum, dass auch die Einstellung von Gender-Forschung an wissenschaftlichen Einrichtungen gefordert wird; schließlich stellt diese das Konzept der natürlichen Zweigeschlechtlichkeit in Frage. Einen regelrechten Shitstorm löste Lann Hornscheidt mit dem Wunsch geschlechtsneutral angesprochen zu werden, nämlich als „Profx“ aus, da sich Hornscheidt keinem Geschlecht zuordnen könne bzw. will. Die Bürgerschaftskandidatin der Hamburger AfD Karina Weber hat hierfür nur Häme und Spott über: „Völlig absurder Artikel von einer verblendeten Schreibsuse...“, lästert Weber auf ihrer Facebook-Seite. Karina Weber, deren Facebook-Seite vor allem von islamophoben Posts, Forderungen nach Burka-Verboten und Hundebildern dominiert ist, spottet weiter: „Genderwahn erinnert mich an Rinderwahn...“. Auch bei der *Jungen Alternative Hamburg* gibt es nur alten Wein in

¹ Im Konzept des Gender Mainstreaming der Bundeszentrale für politische Bildung geht es weiterhin darum zweigeschlechtliche Konzepte aufrechtzuerhalten und lediglich den gelebten Verkörperungen Variationen zu erlauben. Vgl. u. a.: <http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/gender-mainstreaming/147997/warum-macht-gender-mainstreaming-sinn-beispiele>

neuen Schläuchen. Sie hält Gendermainstreaming für eine „gefährliche, latent totalitäre Anmaßung“. Die Förderung von Gleichstellungseinrichtungen durch öffentliche Mittel bezeichnet sie als Verschwendung und propagiert, dies stelle „einen Schlag ins Gesicht jedes normalen Bürgers dar“, da das Geld in den Erhalt öffentlicher Einrichtungen fließen müsse.

Die konsequente Ablehnung der staatlichen Förderung von Gleichstellung schlägt sich auch in der Position zur Frauenquote nieder: „Wir haben null Bock auf Quote, denn wir halten lediglich die Erfahrung und die Kompetenz für die Besetzung von Stellen für relevant. Auch vermeintlich positive Diskriminierung bleibt Diskriminierung. Wir sind die Speerspitze einer neuen Form der Frauenrechtsbewegung. Wir vertreten die selbstbewussten und kompetenten Frauen, die es ohne Quotendoping schaffen wollen (und auch schaffen)!“ Auch von aus feministischer Perspektive kann berechnete Kritik an der Frauenquote formuliert werden, denn sie greift weder bei Lohnungleichheiten zwischen Männern und Frauen an, noch bei ungleicher Aufteilung unbezahlter Arbeit oder der besonders dramatischen Prekarisierung in sogenannten „frauentypischen“ Berufen.



Auch die AfD war bei der „Demo für Alle“ stark vertreten, Foto: monitorex

Sie schafft auch nicht die gesellschaftlichen Bedingungen in denen sexualisierte Übergriffe mit vermeintlich aufreizendem Verhalten oder Kleidung des Opfers gerechtfertigt werden ab oder verhindert, dass weibliche Körper zum Beispiel auf Werbeplakaten zu Objekten gemacht werden, kurz: die Frauenquote ändert nichts am sexistischen Normalzustand und nützt nur einigen wenigen, ohnehin privilegierten Frauen. Dennoch gibt es hartnäckige Realitätsverweigerer, wie Tim Wiemer, Vorsitzender der hessischen *Jungen Alternative*, der sagt: „Der Zustand der Gleichberechtigung ist erreicht.“ Darüber hinaus liefen „wir Gefahr, dass es zu einer Benachteiligung des Mannes kommt.“ Dass die *Junge Alternative* sich als „Speerspitze einer neuen Form der Frauenrechtsbewegung“ versteht, grenzt angesichts ihrer Kampagne „Gleichberechtigung statt Gleichmacherei“ an blanken Hohn, denn zur Illustration eben dieses Wahlspruches werden die Rückansichten fünf Frauen mit nicht mehr als einem Tanga bekleidet präsentiert. Das Bild löste einen Hagel der Kritik aus, auf den die *Junge Alternative* prompt eine nicht mindersexistische Antwort lieferte. Diesmal einen einzelnen Frauenpo mit der Aufschrift: „Gegen Political Correctness“. Wenn auch die *Junge Alternative* hiermit zunächst den Eindruck einer spätpubertären Jungengruppe macht, stößt Antifeminismus offenbar auch bei den weiblichen Mitgliedern der *Jungen Alternative* auf Zuspruch. So beteiligten sich dutzende Frauen an der Kampagne „Ich bin keine Feministin, weil...“ und bekannten sich mit selbst geschriebenen



Reaktionäres Selbstverständnis, Foto: monitorex

Schildern zu Thesen wie: „Ich bin keine Feministin, weil ich als Frau auch selbst in der Lage bin über mich zu bestimmen“ oder „Ich bin keine Feministin, weil Hausfrau sein auch ein Beruf ist.“ Interessant ist diesbezüglich, dass die vertretenen Positionen ihren Ursprung in den Forderungen feministischen Frauenbewegungen haben. Sowohl die Forderung nach der Anerkennung und Bezahlung von häuslicher- und Reproduktionsarbeit, als auch das klare Bekenntnis zur Selbstbestimmung sind urfeministische Positionen. Dass ebendiese von den Kampagnenteilnehmenden als antifeministisch dargestellt werden, lässt auf einen unaufgeklärten Feminismusbegriff schließen. Den Positionen der *Alternative für Deutschland* liegen reaktionäre und zutiefst antiemanzipatorische Annahmen zugrunde, die den Errungenschaften jahrzehntelanger feministischer und queerer Kämpfe gegen patriarchale Herrschaftsstrukturen, Geschlechterrollen und für die Anerkennung aller Geschlechter und sexuellen Orientierungen entgegenstehen. Für die Weiterentwicklung hin zu einer diskriminierungsfreien Gesellschaft ist es notwendig, dass wir solches Gedankengut entschieden zurückweisen, Unterdrückungsmechanismen angreifen und solidarisch dagegen handeln.



Wir ist das Volk, Foto: monitorex

Elitär und anti-demokratisch

Die AfD propagiert eine marktradikale Wirtschaftspolitik

Von Gabriel Riesner

Kritik an der AfD bleibt im öffentlichen Diskurs meist auf rechtspopulistische Tendenzen innerhalb der AfD beschränkt. Wie David Bebnowski und Lisa Julika Förster vom Göttinger Institut für Demokratieforschung erklären, sollte man jedoch nicht beim „Verweis auf die dunklen und mitunter chauvinistischen Seiten der AfD (...) verharren.“ Es ist zwar notwendig, eindeutig rassistische Positionen und Verbindungen zur extremen Rechten immer wieder aufzudecken und darüber ein Problembewusstsein in Bezug auf diese Partei zu fördern, eine fundierte Kritik kann sich jedoch nicht darauf beschränken. Vielmehr muss auch die ökonomische Logik im Innern der AfD analysiert und kritisiert werden. Der Arbeitskreis *Arbeitnehmer in der AfD* (AidA) stellt dazu fest, dass es zwischen den Zielen der AfD und den Zielen der Arbeitnehmervertretungen „keinen Gegensatz, noch nicht einmal die kleinste Divergenz“ gäbe. Mit Blick auf die Entstehungsgeschichte der AfD, ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen und ihre elitären Vorschläge zu einer Reform der Demokratie, wird jedoch rasch deutlich, dass die Politik der AfD im Gegensatz zum Interesse der arbeitenden Bevölkerung steht.

Marktradikale Initiativen rechts der CDU/CSU

Die Entstehung der AfD reiht sich in seit längerem zu beobachtende Bemühungen ein, eine Partei rechts neben der CDU/CSU zu etablieren. Ein rechtskonservatives und marktradikales Milieu versucht seit Jahrzehnten, auf verschiedenem Wege an Einfluss zu gewinnen. Die AfD ist einer dieser Wege – ein recht erfolgreicher, wobei sich starke Kontinuitäten zu vorangegangenen Initiativen aufzeigen lassen. Wie Dieter Plehwe, Mitarbeiter des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, erklärt, ist als „Vorläuferpartei der AfD (...) der *Bund freier Bürger* von besonderem Interesse. (...) Mit Joachim Starbatty, Karl Albrecht Schachtschneider und Bruno Bandulet finden sich drei Mitstreiter (...) aus den Tagen des Bundes freier Bürger bei der AfD.“

Der *Bund freier Bürger* (BfB) hat sich 1994 als politische Reaktion auf die verstärkte europäische Integration durch den Vertrag von Maastricht gegründet. Der Maastricht-Vertrag schrieb unter anderem die Einführung einer gemeinsamen Währung fest. Das ehemalige FDP-Mitglied Manfred Brunner initiierte den BfB und machte ihn zur ersten Partei in Deutschland, die sich der Euro-Thematik maßgeblich angenommen hat. Die Euro-Kritik ist die wohl offensichtlichste Gemeinsamkeit zwischen BfB und AfD, interessanter ist aber der gemeinsame marktradikale Kern, welcher sich gegen errungene Standards der ArbeitnehmerInnen und

gegen das allgemeine Feindbild der Sozialdemokratisierung stellt. Oder wie es Hans-Olaf Henkel formuliert: „Die politische Landschaft ist nach links gerückt, deswegen stehen wir rechts. Aber wir stehen richtig.“ Der BfB wollte sich nicht lediglich mit einem Lippenbekenntnis zur Marktwirtschaft begnügen, sondern folgte konsequent der Maxime, dass das private Eigentum der Grundpfeiler einer freien Gesellschaft sei. Das Tarif- und Sozialversicherungssystem stand diesem Grundpfeiler natürlich im Wege. Wie die AfD versuchte sich auch der BfB mit seinem Namen als Volkspartei zu generieren – und scheiterte damit ebenso wie die AfD. Der von der AfD beanspruchte Status, eine „Volkspartei der Mitte“ in vermeintlicher Abgrenzung gegenüber rechts und links zu sein, kann getrost als altbekannter Versuch gesehen werden, den eigenen Positionen einen Volkswillen unterzuschieben. Faktisch ist die Gründung der AfD das Projekt eines dezidiert ökonomisch geprägten Spektrums. Laut Alexander Häusler, Sozialwissenschaftler an der Fachhochschule Düsseldorf, sind es primär zwei Gruppen, die am Kristallisationspunkt der Euro-Rettungsmaßnahmen einen gemeinsamen Moment des Anstoßes fanden und sich verbündeten. Zum einen die klassischen „Wirtschafts-Professoren mit einer neoliberalen Ausrichtung“, die Rettungsgelder für Banken als eine unzulässige Marktintervention empfanden, welche ihrem neoliberalen, marktradikalen Verständnis vom freien Markt widersprach. Zum anderen mittelständische Unternehmen, die den Rettungsmaßnahmen ablehnend gegenüberstanden und ihre Ängste vor Inflation und Währungsinstabilität innerhalb der CDU und FDP nicht mehr ausreichend berücksichtigt sahen. Anhand dieser Zusammensetzung und den Entstehungsmomenten von BfB und AfD – bei beiden die Kritik an der Euro-Politik – wird deutlich, dass besagtes Spektrum kein grundsätzliches Interesse an einer eigenen Partei hatte, sondern es die eigenen Positionen nicht mehr ausreichend in den etablierten Parteien vertreten sah. Damals wie heute ist die Parteigründung immer nur eins von vielen Instrumenten zur Durchsetzung der eigenen Interessen gewesen.

Organisatorisch konnte das rechtskonservative Milieu auf weitläufige Elitennetzwerke, zu denen auch „marktliberale (...) und marktradikale (...) Think Tanks und Lobbygruppen“ zählen, zurückgreifen. Der Journalist Jens Berger erklärt daher treffend, die Selbstcharakterisierung der AfD als Graswurzelbewegung verzerre die Realität. Das von Bernd Lucke ins Leben gerufene Plenum der Ökonomen und die WirtschaftsprofessorInnen, die den Hamburger Appell initiierten, können hier als prägnante Beispiele genannt werden. Wichtiges Umfeld sind auch die *Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft*, die *Mont Pelerin Society*

und Publikationen wie die marktradikale Zeitschrift *eigentlich frei*. Für öffentliche Sichtbarkeit und Unterstützung der Forderungen der AfD waren solche und weitere Netzwerke von hoher Bedeutung.

Wirtschaft im Geiste der AfD – hin zum totalen Markt

Als junge Partei hat die AfD noch keine ausgereiften Partei- oder Wahlprogramme und auch eine belastbare Arbeit in den Parlamenten fehlt. Bei der Herausstellung eines wirtschaftspolitischen Profils stößt man daher an seine Grenzen. Einzelne Forderungen geben aber durchaus Aufschluss darüber, in welche Richtung die Partei denkt: Mehrheitlich ist die Basis der AfD gegen den Mindestlohn. Als Steuermodell wird das sogenannte Kirchhof'sche favorisiert, welches den aktuell bestehenden progressiven Verlauf zu Gunsten reicher Bevölkerungsschichten ablösen würde. Soziale Unterstützungsleistungen des Staates



Die AfD geriert sich gerne als Partei der kleinen Leute

sollen beschnitten werden. Das macht deutlich, dass die AfD dem Sozialstaat gegenüber feindlich gesonnen ist. Eine halbwegs gerechte Umverteilung durch Steuern und Mindeststandards für die Mehrheit der Bevölkerung hat bei ihr keinen Platz.

Die AfD hat sich als Reaktion auf die Euro-Rettungsmaßnahmen gegründet, die für sie nach wie vor ein zentrales Politikfeld darstellen. Plehwe stellt einen direkten Zusammenhang zwischen den europapolitischen Forderungen der AfD und der Finanz- und Wirtschaftskrise her. Die Situation bei Ausbruch der Krise war ein umstrittener Scheideweg. Ernsthaft zur Diskussion stand auch eine Vertiefung der

europäischen Integration, was „die Befürchtung [schürte], dass am Ende der Entwicklung eine gemeinsame europäische Haftung (Eurobonds), ein europäischer Steuerstaat oder gar ein fiskal-föderales Solidarsystem stehen könnte.“ Die AfD propagiert demgegenüber eine partielle Rückentwicklung der Integration, womit sie auch exzellent in die Fraktion der *Europäischen Konservativen und Reformisten* unter Führung der britischen *Tories* passt. Abgelehnt wird dabei vor allem die gemeinsame Regelung sozial- und gesellschaftspolitischer Bereiche, während ökonomische Freiheiten befürwortet werden.

Mindeststandards bei sozialen Fragen haben im Europa der AfD keinen Platz, freie Produkt- und Finanzmärkte sind dagegen willkommen. Wirtschaftspolitik mit AfD-Prägung steht für die „Revolte der Besitzstandswahrer“, wie es ein AfD-Funktionär selbst formulierte. Der Staat mit seiner Umverteilungsfunktion und sozialer Unterstützung ist in diesem Weltbild ein Akteur, der diesen Besitz bedroht. Der Vorrang einer ökonomischen Logik ist das gemeinsame Dach der verschiedenen Forderungen. Besonders deutlich wird dieses Primat des Wirtschaftlichen an der AfD-Position zur Zuwanderung. Qualifizierte ImmigrantInnen, die nützlich für die deutsche Wirtschaft sind, sind willkommen. Der ökonomische Wettbewerb des freien Marktes überwindet in diesem Sinne Grenzen – allein zum Wohle der nationalen Wirtschaft. Die Inhalte der AfD bauen auf diesem Prinzip auf, ihr politischer Erfolg erklärt sich mit der gesellschaftlichen Verinnerlichung dieser Wettbewerbslogik. Der Titel eines Aufsatzes des Sozialwissenschaftlers Horst Kahrs, „Leistung ist ihr Lieblingswort“, trifft vielleicht den Kern des Ganzen. Der ideelle Wettbewerb kennt nur Gewinnen und Verlieren – das macht ihn aus –, die individuelle Leistung entscheidet über das Ergebnis. Diese Leistungsideologie ermöglicht eine Abwertung innerhalb wie außerhalb der deutschen Gesellschaft. Nach innen wird gegen berechnete Ansprüche von TransferempfängerInnen polemisiert, nach außen ist die kalte Ignoranz gegenüber den krisengebeutelten Ländern ihre Folge. Mit dieser Polemisierung bedient sie das Leistungsgefühl der Mittelschicht und nutzt deren Abstiegsängste in einer zunehmend prekarierten Welt. Der Populismus entfaltet genau hier seine Wirkung, denn es gelingt ihm, mit dem Marktradikalismus ein politisches Rezept zu verkaufen, welches eigentlich verantwortlich für die aktuellen prekären Verhältnisse ist.

In einer Analyse für die Otto-Brenner-Stiftung charakterisieren Bebnowski und Förster den Politikstil der AfD als Wettbewerbspopulismus. Auf verschiedenen Ebenen wird deutlich, dass das Ökonomische im weitesten Sinne zentraler Faktor bei der AfD ist. Der Erfolg der AfD ist eng gekoppelt an die ökonomischen Krisenumbrüche der letzten Jahre. Die Öffentlichkeit war mit gleich drei eng getakteten Krisen konfrontiert; erst die Bankenkrise, dann die Staatsschuldenkrise und nun auch noch die Krise der Realökonomie – und wie immer neue Meldungen andeuten, ist keine davon wirklich behoben. Die durch diese Krisen verursachten vielfältigen Erschütterungen erzeugen einen „unsicheren Erwartungshorizont“, der ein Bedürfnis nach politischer Herstellung von Ordnung weckt. Die populistische Agitation findet hier mit ihren ordnungsverheißenden Angeboten einen Nährboden. Deutschland steht in dieser Krisenperiode deutlich besser da als andere Länder in Europa. Im klassischen Verständnis der Mechanismen populistischer Agitation erscheint dies erst mal paradox, denn das vorherrschende Bild – der Populismus findet seinen Zuspruch bei den VerliererInnen – trifft nicht zu. Wenn also Bebnowski und Förster schreiben, der „Wettbewerbspopulismus der AfD ist dementsprechend die spezifische deutsche Gestalt, mit der sich die Emotionen der rechten Mitte bündeln lassen“, dann meinen sie damit, dass die populistische Agitation über die Wettbewerbslogik

nur im „Gewinnerland“ funktionieren kann. Der Eindruck, als Teil der nationalen Gemeinschaft zu den GewinnerInnen zu gehören, macht den Einzelnen erst empfänglich für die Propagierung des verschärften Wettbewerbs. Eine weitere Ebene des Ökonomischen, die ein Erfolgsfaktor der AfD ist, sind die zahlreichen ÖkonomInnen und WirtschaftsprofessorInnen in der Parteiführung. Der Wettbewerbspopulismus der AfD bewegt sich innerhalb der ökonomischen Logik und gestaltet auch das Programm

durch ExpertInnen. Indem die AfD alles in ökonomische Fragestellungen transferiert, bereitet sie vermeintlichem Expertenwissen den Weg und untergräbt dabei demokratische Grundprinzipien. Kahrs bringt es auf den Punkt, wenn er schreibt: „Statt ‚Parteiengozänke‘ soll der Expertensachverständigenrat regieren, der professorale, der wirtschaftliche, der technokratische. Das ist weit entfernt vom demokratischen Ideal politischer Gleichheit.“

Verschiedene Beispiele belegen diese undemokratische Haltung. Jörn Kruse, der Spitzenkandidat für die Wahl 2015 in Hamburg, verfolgt eine Umgestaltung des demokratischen Systems mit dem Ziel, UnternehmerInnen und ManagerInnen mehr Einfluss auf politische Entscheidungen zukommen zu lassen. Über parlamentarische Fachräte und Bürgersenate werden Strukturen geschaffen, die es VertreterInnen der Wirtschaft noch weiter erleichtern, Entscheidungen zu beeinflussen. Andreas Kemper hat sich in seinem Buch „Rechte Euro-Rebellion“ ausführlich mit den verschiedenen undemokratischen Reformvorschlägen von zentralen Mitgliedern der Partei beschäftigt. Einheitlich sind sie nicht, aber laut Kemper haben sie alle zum Ziel, „eine Einschränkung der demokratischen Interessenvertretung der beherrschten Klasse“ herbeizuführen. Direktwahlen, der Entzug des aktiven und/oder passiven Wahlrechts von Arbeitslosen, Einschränkung oder Abschaffung der Parlamente bis zur Befürwortung der Monarchie sind Beispiele dieser angestrebten Einschränkung.

Auf zwei Ebenen kann die AfD nun als elitär bezeichnet werden. Erstens ist sie ein elitäres Projekt; ihre Ursprünge liegen in den Aktivitäten

verschiedener Angehöriger der wirtschaftlichen Elite dieses Landes. Zweitens strebt ihr Programm, aber viel mehr noch die verkörperte Ideologie, eine Gesellschaftsstruktur an, in der die Ökonomie ein Primat auf Entscheidungen hat. Konkret bedeutet dies einen Machtzuwachs für die Vermögenden zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung.

Solidarität ist eine Waffe

Eingangs wurde die Frage nach Gemeinsamkeit oder Gegensatz von AfD und Gewerkschaften aufgeworfen. Auch wenn es schwer ist, die Gewerkschaften in einer einheitlichen Position zusammen zu fassen, so ist doch deutlich geworden, dass die Politik der AfD einen Gegensatz zum Interesse der arbeitenden Bevölkerung darstellt. Die dem Kapitalismus innewohnende Konkurrenz wird durch die marktradikale Ausprägung der AfD radikalisiert. Mit ihrer populistischen Agitation verschärft sie das Konkurrenzgefühl und befördert eine chauvinistische Abgrenzung nach außen und innen. In einer kürzlich veröffentlichten Studie bestätigt sich dieses Bild. Das Bedrohungsgefühl durch prekäre Existenzbedingungen ist in der Mitte dieser Gesellschaft angekommen und befördert einen extremen Marktradikalismus; alles wird einem unternehmerischen Universalismus unterworfen. Die Folge ist das Aufkündigen der Solidarität gegenüber denen, die sie am meisten verdient haben. Betroffene von rassistischer Ausgrenzung, von kapitalistischer Ausbeutung, oder Langzeitarbeitslose werden zu Feinden der eigenen Sicherheit. Dagegen braucht es Aufklärung. Aufklärung darüber, dass die eigene Sicherheit in Konkurrenz zur angestrebten Profitmaximierung des Kapitalismus steht. Gegen die Konkurrenz helfen nur Solidarität und ein gemeinsames Agieren über Grenzen hinweg.

Antimuslimischer Rassismus und Migrationspolitik der AfD

Von Kim Uhrig



Gewerkschaftliche Solidarität statt rassistische Ausgrenzung, Foto: HBgR

danach, was der Agitation der ÖkonomInnen erst die nötige Authentizität verleiht, die den Erfolg erst ermöglicht. Der AfD ist es gelungen, politische Fragen in wirtschaftswissenschaftliche umzudeklariert und sich darüber als Alternative zu allen anderen Parteien darzustellen. Gemeinhin spricht man hierbei von Antipolitik: Es wird ein Moment geschaffen, der die Abgrenzung zum Rest des politischen Systems ermöglicht. Mit dieser Antipolitik lässt sich ein antiparlamentarisches Ressentiments und Politikverdrossenheit anknüpfen.

Experten an die Macht

Die durch die AfD vertretene ökonomische Logik steht für eine Intensivierung der neoliberalen Agenda und reiht sich ein in Gesellschaftsvorstellungen, wie der von Margaret Thatcher und ihrem Ausspruch „there is no such thing as society“. Das marktradikale Verständnis der AfD ordnet in letzter Konsequenz alle gesellschaftlichen Bereiche einer ökonomischen Wettbewerbslogik unter. Damit ist sie ein Beispiel für die Gefahren, die von einem Primat des Ökonomischen ausgehen.

Der Philosoph Robert Pfaller beschreibt die AfD als ein Paradebeispiel für das Phänomen, welches er negative Hegemonie nennt. Laut Bebnowski entsteht „(n)egative Hegemonie (...), wenn es politischen Kräften gelingt, den Eindruck zu erwecken, ihr politischer Gegner ist im Besitz der Macht und handelt den Interessen der Bevölkerung bewusst zuwider.“ Mit diesem Bild werden Ressentiments mobilisiert, die weitere Zumutungen ermöglichen. Die AfD polemisiert gegen technokratische PolitikerInnen, die am Volk vorbei regieren, und befördert aber gleichzeitig mit ihrem Anspruch, unideologisch zu sein und lediglich den ökonomischen Sachverstand zu vertreten, eine Tendenz hin zu Technokratismus und politischer Willensbildung

Im Jahr 2014 wurden doppelt so viele Anschläge auf AsylbewerberInnenheime registriert, wie in 2012 und 2013 zusammen. In Dresden gingen im Herbst/Winter 2014 unter dem antimuslimischen Slogan „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) wöchentlich bis zu 17500 bürgerliche RassistInnen auf die Straße. Anlass dieser Montagsdemos waren die neuen Unterkünfte für Flüchtlinge in Sachsen und eine hierbei halluzinierte „Islamisierung“. Politisch unterstützt wurde dies von der Dresdner Fraktion der *Alternative für Deutschland* (AfD). Waren zunächst die Europa- und Währungspolitik Kernthemen der AfD, konkretisierte die Partei ihre Positionen zu anderen Politikfeldern im Vorfeld der Wahlen 2014. Unter dem Titel „Zuwanderung braucht klare Regeln!“ veröffentlichte sie ihre Position zur Integrations- und Einwanderungspolitik und schloss damit an die seit 2013 neu aufgekommene Debatte um Flüchtlinge und Einwanderung in Deutschland von rechts an. Im Folgenden wird anhand der Einwanderungspolitik ein näherer Blick auf die AfD und ihre rechten Tendenzen geworfen. Zunächst werden die gesellschaftspolitischen Entwicklungen der vergangenen Jahren dargestellt: einerseits die steigenden Zahlen an Flüchtlingen in Deutschland und andererseits eine deutliche Zunahme antimuslimischer rassistischer Tendenzen. Daran anschließend wird auf die Funktionsweise des Rechtspopulismus eingegangen und wie dieser von der AfD genutzt wird. Die bundesdeutsche Debatte um sogenannte „Armutsmigration“ aus 2014 ist ein aktuelles Beispiel für den gesellschaftlichen Resonanzraum für rassistische und chauvinistische Politik. Diese bietet Bezugspunkte für die AfD, um die in der Gesellschaft vorhandenen rassistischen Einstellungen politisch aufzugreifen und zu organisieren.

Ursachen steigender Flüchtlingszahlen in Deutschland

Der Diskurs um Einwanderung in Deutschland ist seit spätestens 2013 wieder wahrnehmbar. Im Zuge des Arabischen Frühlings 2011 sowie den damit einhergehenden gesellschaftspolitischen Umbrüchen und Bürgerkriege im Nahen Osten und Nordafrika sind – zusätzlich zu den anderen flüchtenden Menschen – jährlich mehrere hundert-



Die restriktive Einwanderungspolitik - der AfD nicht scharf genug

tausend Menschen auf der Flucht und machen sich auf den lebensgefährlichen Weg nach Europa. Gleichzeitig wirken sich die Folgen der Finanzkrise und der europäischen Krisenpolitik vor allem auf die südeuropäischen Länder wie Griechenland, Italien, Portugal und Spanien aus. Deutschland nimmt in Relation zu anderen EU-Staaten deutlich weniger Flüchtlinge auf, dennoch sind die absoluten Zahlen in den vergangenen Jahren gestiegen. Dies wurde u.a. dadurch sichtbar, dass in den vergangenen Jahrzehnten nach der fast gänzlichen Abschaffung des deutschen Asylrechts und den Dublin-Verordnungen einerseits die Anzahl der nach Deutschland flüchtenden Menschen kleiner geworden ist und andererseits die Kapazitäten, Menschen Unterstützung bieten zu können, deutlich abgebaut wurden. Der Staat ist nicht adäquat auf die steigenden Zahlen vorbereitet gewesen, obwohl die prekären finanziellen Mittel für Unterbringungen seit Langem von Flüchtlingsinitiativen kritisiert wurden. Um diesen selbstgemachten Problemen Herr zu werden, müssen nun Kommunen und Länder zahlreiche neue Unterbringungen einrichten, was für diese zu erheblichen finanziellen wie

auch politischen Schwierigkeiten führt. Vermehrt protestieren AnwohnerInnen und BürgerInnen im Schulterchluss mit Personen aus Spektren von der Neuen Rechten bis zu eindeutigen Neonazis gegen neue Heime. Der Umgang der etablierten Politik reicht von der Unterstützung von Willkommens-Initiativen bis hin zur Aufnahme rassistischer Argumentationen. Vor diesem Hintergrund – von lokalen Kristallisationspunkten über bundespolitische Verantwortungsllosigkeit hinsichtlich der Unterbringungen – sind die Diskussionen um Einwanderung und Geflüchtete zu bewerten. Die aktuellen Zahlen flüchtender Menschen und Asylsuchender sind allerdings trotz der letzten Entwicklungen keine Überraschung und in ihrer Entwicklung bereits seit geraumer Zeit absehbar gewesen.

Ein Rückblick: Integration und Antimuslimischer Rassismus

Die Diskussion um Einwanderung in Deutschland wurde in den vergangenen Jahrzehnten stark unter dem Fokus geforderter Integration geführt. Seit den Anschlägen des 11. September 2001 luden sich die Debatten um eine solche Integration diskursiv mit antimuslimischem Rassismus (AMR) auf. Als eine Form des Rassismus, die sich gegen Muslime bzw. Menschen richtet, die von außen als Muslime markiert werden, wird der AMR wissenschaftlich verstanden. Dabei ist es nicht von Bedeutung, ob die Person gläubig ist oder überhaupt muslimisch, noch welche Form des Glaubens sie praktiziert. So wird an äußerliche Merkmale wie Haut- und Haarfarbe oder Kleidung wie Kopftücher angeknüpft. Die kollektive Zuschreibung von Eigenschaften einer bestimmten kulturellen, nationalen oder religiösen Fremdgruppe in Abgrenzung zur eigenen Gruppe bildet hierbei die rassistische Konstruktion. Diese Zuschreibungen gelten oftmals als unveränderbar und sind negativ konnotiert.



Hamburger Muslime auf antifaschistischer Demonstration, Hamburg 2012, Foto: HBgR

Hinzu kommt die hierarchische Struktur der rassistischen Konstruktion: die Mehrheitsgesellschaft schreibt zu, und Minderheiten werden markiert. Problematisch ist ebenfalls die Verknüpfung von religiösen und nationalen Identitäten. TürkInnen und AraberInnen werden in Deutschland oftmals synonym zu MuslimInnen verwendet. Durch die Verwendung des Begriffs „antimuslimischer Rassismus“ soll auf den Prozess der Ausgrenzung und Abwertung verwiesen werden. Eine alleinige Begründung durch die Religion, wie dies die Begriffe der Islamfeindlichkeit sowie Islamphobie andeuten, ist nicht ausreichend und beschreibt nicht die

tatsächliche rassistische Konstruktion zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheit mit Ausgrenzung als deren Konsequenz. Vielmehr suggerieren diese Begriffe, dass es eine zu verstehende legitime Ursache dafür gebe und verbinden die Frage von Rassismus mit Religion. Festzustellen bleibt jedoch, dass es im Islam wie in allen anderen Religionen verschiedene Lesarten und Ausformungen gibt. Eine Kritik der reaktionären und fundamentalistischen Kräfte ist aus emanzipatorischer Perspektive sicher – wie auch in christlichen Religionen – dringend notwendig. Eine Ausweitung auf die Religion an sich ist jedoch falsch. Mit der Veröffentlichung des Buches „Deutschland schafft sich ab“ von SPD-Mitglied Thilo Sarrazin 2010 und der weitgehend unkritischen medialen Rezeption wurde antimuslimischer Rassismus in Deutschland breiter etabliert. Dies verdeutlicht, dass Rassismus nicht allein in der extremen Rechten zu finden ist, sondern auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Dies wird seit Jahren durch die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung und den Studien „Deutsche Zustände“ von Wilhelm Heitmeyer dargestellt, die der Frage nachgehen, wie weit rassistische, antisemitische und (extrem) rechte Einstellungen in der deutschen Gesellschaft verbreitet sind. Seit 2003 wird dort Islamfeindlichkeit als eine Ideologie der Ungleichwertigkeit erfasst. So sprechen sich in der 2014 erschienenen Gemeinschaftsstudie „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“ 18 Prozent der Befragten für ein Verbot der Zuwanderung von Muslimen nach Deutschland aus. Eine gewisse „Rückständigkeit“ unterstellen „dem Islam“ 2012 über 50 Prozent. Ein eklatanter Auf- bzw. Abwärtstrend von islamfeindlichen Einstellungen ist im Verlauf der Studien nicht zu erkennen, jedoch die Konstanz, mit der Ideologien der Ungleichwertigkeit in der gesamten Gesellschaft verbreitet sind.

Funktionsweise des Rechtspopulismus

Der Tatsache, dass rassistische Einstellungen in der Gesellschaft weit verbreitet sind, ist sich auch die (extreme) Rechte bewusst. Seit Jahren wird unter dem Deckmantel der Islam-Kritik versucht, den gesellschaftlichen Resonanzboden für antimuslimischen Rassismus zu bereiten. In anderen europäischen Ländern ist dieser seit über zehn Jahren bereits Kernthema von rechten Parteien und bietet in Kombination mit einem rechtspopulistischen Politikstil gute Aussichten auf Wahlerfolge. Erfolgsbeispiele dafür sind das Referendum gegen den Bau von Minaretten der Schweizerischen Volkspartei und die Wahlergebnisse der niederländischen *Partei für die Freiheit* um Geert Wilders. Anlässe sind neben dem Bau von Moscheen auch die Diskussion um Verschleierung in der Öffentlichkeit, die genutzt werden, um unter dem Tenor „Gegen die Islamisierung des Abendlandes“ rassistische Ressentiments politisch zu nutzen.

Rechtspopulismus kann dabei in erster Linie als Inszenierungsstrategie verstanden werden und findet sich sowohl bei extrem rechten als auch rechtskonservativen Parteien. Ein Nebeneinander von „Rechtsextremismus“ und „Rechtspopulismus“ als zwei verschieden von einander abzugrenzende politische Kategorien ist dagegen wenig hilfreich. Die gemeinsamen inhaltlichen und strategischen Bezugspunkte lässt eine solche Trennung außer Acht. Vielmehr kann „die Hinwendung zu den inhaltlichen Maßgaben rechter Ideologie und deren Parameter, Spannbreite und öffentliche Artikulationsformen hilfreich sein“, so Rechtspopulismusforscher Alexander Häusler. Rechtspopulismus könne folglich als rhetorisches Instrument innerhalb des rechten Spektrums gelten. Diese spezifische Politikform beinhalte Identifikationsangebote als „Anwalt des Volkes“ bzw. „des kleinen Mannes“, geknüpft an einen Außenseiter- und



Die AfD bedient gerne Vorurteile, Foto: Lucius Teidelbaum

der Selbst- und Feindkonstruktion verändert. Anstelle von „Rasse“ und „Nation“ wird sich nun auf „Tradition“, „Kultur“ und „Religion“ bezogen, was einhergeht mit der Umwandlung klassischer aus dem Spektrum der Neuen Rechten als auch mit eindeutigen Neonazis gegen neue Heime. von „Ausländer“, „Zigeuner“ und „EU“ zu „Muslime“, „Multikulturalismus“ und „EU-Bürokratisierung“. Der völkische Rassismus wird durch einen kulturalistischen Rassismus abgelöst. Diese Modernisierung hat zum Ziel, die in der gesellschaftlichen Mitte vorhandenen Ressentiments und Rassismen anzusprechen ohne sich direkt dem Verdacht auszusetzen offen rassistisch oder anti-demokratisch zu handeln. Entsprechend finden sich rechtspopulistische Inszenierungsformen sowohl bei traditionell extrem rechten Parteien, als auch im Spektrum national- und wirtschaftsliberal-konservativer Rechtsparteien.

Rechtspopulistische Inszenierung bei der AfD

Die AfD verwendet seit ihrer Gründung rechtspopulistische Inszenierungsformen und wird dafür sowie für die rassistischen Äußerungen und extrem rechten Verbindungen ihrer Mitglieder von verschiedenen Medien immer wieder als rechtspopulistische Partei gelabelt. ParteifunktionärInnen widersprechen dem und versuchen sich hiervon zu distanzieren. Anstelle dessen sei sie die „Partei der kleinen Leute“. Die AfD geriert sich gleichzeitig als Außenseiterin und Opfer der etablierten Politik und Medien. Sie inszeniert den vermeintlichen Tabubruch, indem sie meint die „Wahrheit“ über bestimmte Themen zu vertreten. So würden grundlegende Probleme durch eine „Politikerkaste“ verschwiegen, welches ebenso für die Medien gelte, die sich dieser angenähert hätten, und mittels „political correctness“ sogar durch die „Tabuisierung ganzer Themenfelder Denkverbote“ schaffe. Die etablierte Politik und Medien werden als Feindbild konstruiert, anstatt komplexe wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Zusammenhänge zu erklären. Mit dem Einnehmen dieser AußenseiterInnenrolle als „Anwältin der kleinen Leute“ werden klassische Identifikationsfiguren des Rechtspopulismus genutzt, mit dem Ziel eine Identifizierung von potentiellen WählerInnen und SympathisantInnen mit der Partei zu erreichen. Dies gilt ebenfalls für den Tabubruch entgegen der „political

correctness“, frei nach einer „das wird man ja wohl noch sagen dürfen“- Attitüde. Konkret bedeutet dies, sexistische, rassistische und sozialdarwinistische Stammtischparolen politisch zu rehabilitieren, um damit gesellschaftliche Ressentiments zu kanalisieren und anzusprechen. Die einfachen Erklärungs- bzw. Schuldzuweisungen finden sich nicht nur im Dualismus „Volk versus Elite“, sondern setzen sich ebenso fort in den Unterscheidungen „Fleißige versus Faule“ und „Heimische versus Fremde“.

Wie rechts steht die AfD?

Angesichts der politischen Einstellungen der AfD-Mitglieder verwundert die Verwendung rechtspopulistischer Agitation kaum. In der neusten sog. Mitte-Studie der *Friedrich-Ebert-Stiftung* „weisen die politischen Einstellungen der AfD-Sympathisanten im Vergleich zur Gesamtstichprobe einen erhöhten Chauvinismus und eine stärkere Verharmlosung der NS-Zeit auf: Nach jenen, die die NPD präferieren, zeigen sich in der AfD-Anhängerschaft die zweihöchsten Zustimmungswerte zu Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Auch die Abwertung von Homosexuellen und die generelle Kritik an Politikern ist überdurchschnittlich, ebenso die Befürwortung von Etabliertenvorrechten. Eine Anti-Europa-Haltung ist deutlicher ausgeprägt als bei anderen.“ Vor diesem Hintergrund sind die zahlreichen rassistischen Äußerungen und extrem rechten Verbindungen sicher nicht als Einzelfälle zu deuten, sondern Ausdruck einer sich konstituierenden (noch) heterogenen Rechtsaußenpartei. Das beschriebene Wetter gegen „das Establishment“ aus Politik und Medien und die „Political Correctness“ scheint gemeinsamer Nenner der Mitglieder zu sein und ermöglicht auch die Integration extrem rechter Positionen.

Im Hinblick auf Agitationsversuche, die auf einen antimuslimischen Rassismus abzielen, ist das bekannteste Beispiel die sächsische AfD. Diese will dem Vorbild der Schweizer Volkspartei folgend „Volksabstimmungen über Moscheebauten mit Minaretten“ einführen. Ein weiteres Beispiel ist die Teilnahme der Hamburger AfD-Mitglieder Claus Döring und Tatjana Festerling an den antimuslimischen Demonstrationen der sogenannten *Hooligans gegen Salafisten* in Köln und Hannover. Döring selbst bringt auf Punkt, dass es hierbei nicht allein um die Ablehnung des Salafismus geht: „Das war das Interesse, was seit Jahren im Endeffekt bei den meisten Leuten irgendwo im Unterbewusstsein vorhanden ist, was geweckt wurde durch die Sarrazin-Diskussionen (...), dass man jetzt endlich was unternehmen muss; nicht nur gegen Salafisten, sondern gegen die Islamisierung Deutschlands und Europas.“ Sowohl der Vorstoß der sächsischen AfD als auch der der Hamburger Mitglieder wurde seitens der Medien als weiterer Beleg für die Offenheit der Partei nach rechts verstanden. Es bleibt jedoch festzustellen, dass die AfD auf bundespolitischer Ebene (noch) keine Politik mit antimuslimischem Rassismus betreibt. Eine eindeutige Positionierung im Sinne „gegen die Islamisierung Deutschlands“ ins Parteiprogramm zu schreiben, vermeidet die AfD. Ursachen sind einerseits sicherlich die Erfahrungen der Partei *Die Freiheit* und der *Pro-Bewegungen*, (zu recht) in die rechte Ecke gestellt zu werden. Andererseits kann angenommen werden, dass dies auf den doppelten NSU-Effekt zurück geht. So kommen die AutorInnen der Mitte-Studie zu dem Schluss, dass durch die Aufdeckung und den Prozess um den NSU extrem rechte Positionen weniger offen geäußert werden, da die gesellschaftliche Aufmerksamkeit und (zumindest oberflächliche) Ächtung dafür relativ hoch scheint. Auf der anderen Seite führe dies zu subtilen Formen der Artikulation und Agitation rassistischer,

sozialchauvinistischer und antisemitischer Einstellungen. Die AfD vermeidet es einerseits, einen offenen antimuslimischen Rassismus zu artikulieren, gleichzeitig setzt sie seit Beginn des Jahres 2014 auf das Thema der Einwanderung, was mitunter als eine subtilere Form des antimuslimischen Rassismus verstanden werden kann. Bevor auf die AfD-Positionen zu Einwanderung eingegangen wird, soll zunächst fragmentarisch der bundespolitische Diskurs nachgezeichnet werden.

Die Debatte um „Armutsmigration“ 2014

Auf Bundesebene bekam die Debatte Anfang 2014 durch die CSU-Kampagne „Wer betrügt, der fliegt“ neuen Aufwind. Es gelte eine sogenannte „Armutszuwanderung“ in die deutschen Sozialsysteme zu verhindern. CSU-Chef Horst Seehofer nahm die ab 1. Januar geltende EU-Freizügigkeit für Rumänien und Bulgarien zum Anlass, um sich populistisch zu behaupten und gegen Flüchtlinge zu wettern. Obschon eine Studie des *Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung* zu dem Ergebnis kommt, dass Deutschland durch Zuwanderung vielmehr wirtschaftlich profitiere. Medial fanden diese Fakten kaum Berücksichtigung. Stattdessen wurden antiziganistische Bilder von kriminellen Roma-Familien gezeichnet, die den deutschen Sozialstaat ausnehmen würden. Dem Gutachten von Markus End zu Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit zufolge fand in der Diskussion um „Armutsmigration“ eine Ethnisierung des sozialen Prozesses der Migration statt. Dies verdeutlicht die synonyme Verwendung der Begriffe „Roma“ und „Armutszuwanderer“ in der deutschen Berichterstattung. Die breite gesellschaftliche Verankerung des Antiziganismus spiegelt sich ebenfalls in einer Studie von Wilhelm Heitmeyer wieder und lässt sich in journalistischer Berichterstattung ebenso wie im schwarz-roten Koalitionsvertrag ausmachen. Den realen Bedingungen zum Trotz ging die Bundesregierung inklusive der SPD auf die antiziganistische Hetze und deren mediales Echo ein. Eine Arbeitsgruppe aus StaatssekretärInnen empfahl in einem Zwischenbericht hierzu, bei Rechtsverstößen EU-ZuwandererInnen u.a. die Aufenthaltsdauer zu beschränken oder sie mit einem temporären Wiedereinreiseverbot zu belegen. Über den Sommer 2014 bekam dieser Vorschlag in der Politik und Medien wenig Aufmerksamkeit. Im Winter kündigte jedoch das Bundeskabinett an, die Kriterien für Abschiebehaft auf sechs neue Haftgründe zu erweitern. In Sachsen äußerte CDU-Innenminister Markus Ulbig, er plane eine polizeiliche Sonderreinheit für straffällige AsylbewerberInnen zu gründen. Für Menschen, die während ihres Asylverfahrens straffällig geworden seien, gebe es folglich kein Recht auf Asyl mehr. Ein Linken-Abgeordneter brachte die Realitätsferne Ulbigs auf den Punkt: „Es ziehen keine zugereisten marodierenden Banden durchs Land, sondern es müssen Asylbewerberheime rund um die Uhr vor befürchteten Übergriffen ‚einheimischer‘ Täter geschützt werden.“ Dies belegen die Zahlen von Pro Asyl, die einen enormen Anstieg der Übergriffe auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte im ersten Halbjahr 2014 feststellen.

Einwanderungs- und Asylpolitik der AfD

Fest zu stellen bleibt, dass die Entwicklung der Diskurse um Einwanderung und „Armutsmigration“ ganz im Sinne des AfD-Parteiprogramms sind. So spricht sich die Partei zwar für „ein offenes und ausländerfreundliches Deutschland“ aus und will die „Hilfe für Kriegsflüchtlinge“ stärken. Sie knüpft dies allerdings an zahlreiche Bedingungen und die Prämisse, dass Deutschland dadurch keinen

wirtschaftlichen Schaden nehmen dürfe. Folglich wird unterschieden in Kriegsgeflüchtete und MigrantInnen, die aufgrund von wirtschaftlichen Gründen kommen würden. Entsprechend war ihr EU-Wahlkampfslogan: „Wir sind nicht das Weltsozialamt“. Lediglich MigrantInnen die sich als wirtschaftlich nützlich erweisen, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen, soll der Aufenthalt genehmigt werden. Diejenigen, die diese Bedingungen nicht erfüllen, gehörten zeitnah abgeschoben. Ebenso gelte es die bisherige europäische Grenzpolitik, die seit Jahren politisch höchst umstritten ist, auszuweiten mit dem Ziel, nur die wirtschaftlich gewinnbringenden MigrantInnen in Deutschland aufzunehmen. Damit vertritt die AfD einerseits die „Sozialschmarotzer“-These und andererseits eine Einwanderungs- und Asylpolitik, die nach ökonomischer Verwertung von MigrantInnen selektiert. Die Annahme, ein Großteil der Menschen würde nach Deutschland flüchten, um von Sozialleistungen zu leben, wird den komplexen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen für Flucht nicht gerecht. Gleichzeitig impliziert diese Rhetorik der „ArmutsmigrantInnen“ antiziganistische und rassistische Zuschreibungen.

Gesellschaftsverträglich rechts

Das gesellschaftliche Potential für Ideologien der Ungleichwertigkeit ist groß. Durch die aktuellen Thematisierungen in den Diskursen um Einwanderung ist es möglich, dieses Potential politisch zu nutzen. An sich bedarf es dafür nicht einmal einer rechtspopulistischen Partei – dies machen auch andere. Die Unterschiede in der Position und Agitation hinsichtlich Einwanderung scheinen zwischen ChristdemokratInnen und AfD gering. Wesentlicher Unterschied ist dennoch, dass die AfD nicht nur rechtspopulistische Vorurteile taktisch aufgreift, sondern diese Positionen politisch kanalisieren und organisieren will. Dafür nutzt sie rechtspopulistische Strategien, um zum einem ein breites Spektrum anzusprechen und zum anderen sich als Tabubrecherin gegenüber den „Altparteien“ zu inszenieren. Die Affinität zu rassistischen und sozialchauvinistischen Positionen spiegelt sich in ihrer AnhängerInnenenschaft wider. Offen antimuslimischen Rassismus zu propagieren, wie andere europäische rechte Parteien es tun, vermeidet sie aufgrund parteiinterner Heterogenität und zu erwartender gesellschaftlichen Ächtung. Stattdessen wird auf einen Verwertungsrassismus gesetzt, der ohne eindeutige rassistische Zuschreibungen der „Anderen“ auskommt und es schwieriger macht, ihn als solchen zu erkennen. Dementsprechend besteht eine hohe Anschlussfähigkeit an gesellschaftlich akzeptierte, auf ökonomische Verwertung abzielende Argumentationen, die im Kern nicht weniger rassistisch sind, nur weil sie aus der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft geäußert werden. Eine Kritik an der AfD kann also nicht geleistet werden, ohne auf die gesellschaftliche Verankerung von Ideologien der Ungleichwertigkeit zu verweisen. Die politische Organisation rassistischer Einstellungen und die Rehabilitation von Stammtischparolen als Sagbares können einen gesellschaftlichen Rechtsruck bewirken. In der Konsequenz würden Ausgrenzungen und Übergriffe gegenüber denjenigen zunehmen, die nicht in das Deutschland der AfD passen.

Von guten deutschen Steuerzahlern und bösen Zombie-Staaten

Von Nikolai Huke

Während die AfD auf nationaler Ebene vor allem durch populistische Stammtischparolen und personelle Kontinuitäten zur rechten Szene auffällt, bemüht sie sich europapolitisch um ein stärker rationales und soziales Image. Beispielhaft für diese Ausrichtung sind die Äußerungen von AfD Sprecher Bernd Lucke in Bezug auf die Lage der griechischen Volkswirtschaft. Vordergründig könnte man den Eindruck haben, dass es der AfD auch um die schwierige Lebenssituation der vom EU-Spardiktat gebeutelten griechischen Bevölkerung ginge. So erklärt Lucke, dass es „nicht nur ökonomisch vernünftig, sondern angesichts des Leids der griechischen Bevölkerung ein Gebot der

Menschlichkeit [sei], den Hellenen wieder eine Zukunftsperspektive zu geben und sie aus dem Euro zu entlassen.“ Im Zentrum der Kritik stehen bei der AfD eine vermeintliche „Harmonisierung und Zentralisierung“ der EU auf der einen Seite sowie die Ineffizienz des europäischen Krisenmanagements und dessen ökonomische und soziale Auswirkungen auf der anderen. Die soziale Dimension der Kritik am Euro sowie die vorgeblich demokratiepolitisch motivierte Kritik an ‚Harmonisierung‘ und ‚Zentralisierung‘ erinnern dabei oberflächlich durchaus an linke Kritik am europäischen Krisenmanagement. Wenig überraschend offenbaren sich auf den zweiten Blick jedoch fundamentale Unterschiede: EU- und Eurokritik sind bei der AfD in erster Linie nationalistisch und chauvinistisch motiviert. Als Ziel wird offen die Verteidigung der „deutschen Steuerzahler“ gegenüber den „ausgabefreudigen Politikern“ der „Zombie-Staat[en]“ „aus dem Süden Europas einschließlich Frankreichs“ propagiert.

Die autoritäre Spar- und Sozialkürzungspolitik der EU in der Krise

Um die Positionen der AfD nachvollziehen und kritisieren zu können, lohnt es sich, zunächst einen Rückblick auf die bisherige Bearbeitung der Eurokrise durch die EU zu werfen. Erklärtes Ziel der krisenpolitischen Eingriffe der EU war es, die Wettbewerbsfähigkeit der hoch verschuldeten Staaten der europäischen Peripherie wieder herzustellen. Die europäischen Institutionen setzten dafür auf eine autoritäre Verordnung von Spar- und Sozialkürzungspolitik, mit der die Finanzen der Staatshaushalte saniert, die Löhne gesenkt und die Gewinne der Unternehmen stabilisiert werden sollten. Erstens wurde – vor allem auf Bestreben Deutschlands – Sparpolitik europaweit durch Obergrenzen für die Kreditaufnahme von Staaten (so genannte ‚Schuldenbremsen‘) auf europäischer, nationaler und subnationaler (Bundesländer, Kommunen, etc.) Ebene verankert. Die staatliche Handlungs- und Interventionsfähigkeit im Zuge der Krise wurde dadurch eingeschränkt. Unmittelbar betroffen sind dadurch zunächst vor allem die Staaten der europäischen Peripherie. Perspektivisch wird dadurch jedoch auch der



Die Europäische Union als Müllcontainer, Foto: monitorex

Spielraum nationaler und regionaler Sozialpolitik im Zentrum der EU – etwa in Deutschland – eingeschränkt. Zweitens fanden unter dem Banner der Wettbewerbsfähigkeit grundlegende Eingriffe in Sozialstaaten und industrielle Beziehungen statt. Gewerkschaftsrechte wurden systematisch abgebaut, Arbeitnehmerrechte beschnitten. Der öffentliche Dienst – etwa das Bildungs- oder Gesundheitssystem – wurde teilweise privatisiert. Drittens werden auf europäischer Ebene Strukturen etabliert – etwa die *Europäische Finanzstabilisierungsfazilität* (EFSF) oder der *Europäische Stabilitätsmechanismus* (ESM) – die Mittel zur Refinanzierung verschuldeter Staaten zur Verfügung stellen, deren Vergabe jedoch mit der strikten Einhaltung europäischer Sparvorgaben verknüpfen. Die EZB bemühte sich gleichzeitig darum, die Zinsen für Staatsanleihen innerhalb der Eurozone durch Interventionsprogramme (bzw. deren Ankündigung) zu stabilisieren. Viertens wurden die Kompetenzen der europäischen Agenturen und Apparate ausgeweitet. Insbesondere die extrem neoliberal ausgerichtete Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission wurde deutlich gestärkt und kann nun etwa Strafzahlungen gegen Staaten veranlassen, die gegen europäische Schuldenkriterien verstoßen. Sie kann aber auch für Staaten, die europäische Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen, verbindliche Empfehlungen formulieren sowie die Haushaltsentwürfe der nationalen Staaten begutachten und bewerten. Die Ergebnisse dieses europäischen Krisenmanagements sind desolat. In der europäischen Peripherie haben sich die alltäglichen Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerungen drastisch verschlechtert. Statt zu einer Lösung der



Mit der „Eurowehr“ will sich die AfD angeblichen europäischen Zumutungen erwehren, Foto: monitorex

bestehenden ökonomische Krisen beizutragen, führte die Spar- und Sozialkürzungspolitik und die mit ihr einhergehenden Verarmungstendenzen – so zeigen vor allem (post) keynesianische WissenschaftlerInnen – zu einem Rückgang des Binnenkonsums, der sich wiederum negativ auf die Wirtschaftsentwicklung auswirkte.

Die chauvinistischen und nationalistischen Krisenstrategien der AfD

Anders als die EU zielt die Krisenbearbeitungsstrategie der AfD darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der südeuropäischen Staaten nicht durch Verordnungen und finanzielle Unterstützungsleistungen mit scharfen Auflagen durchzusetzen, sondern über marktbasierende Disziplinierungsmechanismen wiederherzustellen.

Die verschuldeten Staaten müssten, so die AfD, sukzessive aus dem Euro ausgeschlossen werden. Die ohnehin schwach entwickelten europäischen Strukturen finanzieller Unterstützung für krisenbetroffene Staaten kritisierte Marc Jongen, AfD-Europakandidat aus Baden-Württemberg, als „Ermächtigungsgesetze“, mit denen in Deutschland und Europa „putschartig das Volksvermögen enteignet worden“ sei. Motiviert wird die europapolitische Strategie der AfD vor allem durch die Entlastung der „deutschen Steuerzahler“, die nach einem Ausschluss krisenbetroffener Staaten nicht mehr für deren Unterstützung aufzukommen hätten. Darüber, so die AfD weiter, würde es dann gelingen, die Position der „wettbewerbs- und reformfähigen Mitgliedsstaaten“ – sprich vor allem: Deutschlands – im „globalen Wettbewerb“ zu stärken. Gegenüber der Ausweitung der Kompetenzen europäischer Apparate im Kontext des Krisenmanagements fordert sie „ein wirksames Vetorecht der nationalen Parlamente gegen Entwürfe von Gesetzgebungsakten der EU-Organe“, wobei darunter in AfD-Lesart vor allem ein „Vetorecht für Deutschland in der EU, damit es von anderen Staaten in der EU nicht überstimmt werden kann“, verstanden wird. Begründet wird die Forderung mit einer angeblichen „Dominanz der überschuldeten Südländer in der EU“, die die freie Marktwirtschaft gefährde. Darüber hinaus setzt sich die AfD für ein Verbot von Unterstützungszahlungen für verschuldete Staaten innerhalb der Eurozone ein. Auch die wirtschaftspolitischen Folgen der europäischen Spar- und Sozialkürzungspolitik unterzieht die AfD einer oberflächlich scharfen Kritik. Exemplarisch argumentiert der AfD-Politiker und Wirtschaftswissenschaftler Joachim Starbatty: „Griechenland kann nicht aus seinem Teufelskreis aus Überschuldung und mangelnder Wettbewerbsfähigkeit ausbrechen. Konsequenzen sind steigende und sich verfestigende Arbeitslosigkeit, wegbrechende Steuereinnahmen und immer wieder neue Euro-Hilfsprogramme“.

Die angebliche Sorge der AfD um die Situation in krisenbetroffenen Staaten ist jedoch in erster Linie ein Propagandaargument, um die nationalistische und chauvinistische Sorge um den Standort Deutschland und die deutschen SteuerzahlerInnen zu kaschieren. So gibt die AfD selbst zu, dass ein Ausschluss der krisenbetroffenen Staaten aus der Eurozone voraussichtlich einen weiteren Kaufkraftverlust ihrer Bevölkerungen – d.h. eine fortgesetzte und intensivierte Verarmung – zur Folge hätte. Potentielle Mechanismen eines sozialen Ausgleichs innerhalb der EU lehnt die AfD als „inakzeptabel“ ab und verknüpft sie mit Vorstellungen einer niedrigen „Arbeitsmoral“ (Lucke) in Südeuropa: „Wenn die Menschen in diesen Ländern weniger und entspannter arbeiten wollen und dafür weniger Wohlstand in Kauf nehmen, bitte schön“. Damit wird, so kritisiert Lukas Oberndorfer von der Arbeiterkammer Wien treffend, der „hart-arbeitende ‚deutsche Michel‘ dem ‚faulen Griechen‘ gegenübergestellt, obwohl letzterer mitnichten weniger arbeitet als ersterer und weder griechische noch deutsche /... [Beschäftigte] vom Produktivitätsfortschritt in Form von Grundeinkommen für Reproduktionsarbeit und Lohnarbeitszeitsverkürzungen etwas erhalten.“ Darüber hinaus übt die AfD zwar eine sehr explizite Kritik an den Konsequenzen der bisherigen europäischen Politik für die Wirtschaft der krisenbetroffenen Staaten, suggeriert jedoch gleichzeitig, dass ein Ausschluss aus dem Euro automatisch eine wirtschaftliche Erholung dieser Staaten zur Folge hätte. Exemplarisch argumentiert etwa Lucke, das Ausscheiden „aus dem Euro hilft der Privatwirtschaft, die ihre Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen kann.“ Wie Studien von Wirtschaftswissenschaftlern jenseits des orthodoxen Mainstreams zeigen, sind die Konsequenzen eines Euroaustritts jedoch kaum kalkulierbar. Wahrscheinlich

erscheint angesichts des weitgehenden Fehlens einer wettbewerbsfähigen Industrie in den entsprechenden Staaten ein Szenario der intensivierten Abhängigkeit von globalen Finanz- und Kapitalmärkten, fortgesetzter Schuldenkrise und einer dauerhaften Spar- und Sozialkürzungspolitik.



AfD-Plakat im Wahlkampf zur Europawahl

Die AfD steht damit faktisch weniger für einen Gegenentwurf zum bisherigen europäischen Krisenmanagement als für dessen Radikalisierung, und damit für ein Programm, das eine weitere Verschlechterung der sozialen Situation der Bevölkerungen in der europäischen Peripherie billigend akzeptiert. Von Seiten von Kapitalverbänden und Unternehmen erhält die AfD für diese Strategie bisher nur sporadische Unterstützung, auch wenn mit Hans-Olaf Henkel und Heinrich Weiss bereits zwei ehemalige Präsidenten des *Bundesverbands der deutschen Industrie* (BDI) ihre Übereinstimmung mit den Zielen der AfD erklärten. Politische Sympathien genießt die AfD darüber hinaus bei Unternehmen des Verbands der Familienunternehmer, der bereits zuvor durch nationalistische Positionen gegenüber der europäischen Krisenpolitik auffiel.

Der Kampf der AfD gegen Gleichberechtigung in der EU

Grundlegendere Unterschiede bestehen zwischen EU-Politik und AfD jenseits des Krisenmanagements. In den europäischen Institutionen konnten in den 1990er Jahren – unter anderem durch jahrelange Kämpfe feministischer Aktivistinnen – relativ erfolgreich Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsmechanismen verankert werden, die – wenn auch unter neoliberalen Vorzeichen, d.h. primär vom Ziel einer optimalen Ressourcennutzung motiviert – deutlich über nationale Regelungen hinauswiesen und damit zu einer Sichtbarmachung und Verbesserung der Situation von Frauen und diskriminierten Minderheiten beitrugen. Im Zuge des autoritären Krisenmanagements lässt sich jedoch auch in diesem Bereich ein gewisser gleichstellungspolitischer Roll-Back feststellen.

Die AfD – hier schließt sich der Kreis zur nationalen Ebene – wendet sich demgegenüber auch auf europäischer Ebene mit kulturalistischen, rassistischen und sexistischen Stammtischparolen gegen Gleichberechtigung. Exemplarisch wird dies immer wieder in Äußerungen von Einzelpersonen sichtbar, die die bemüht bürgerliche Fassade der AfD durchbrechen. So argumentiert etwa der Thüringer AfD-Landessprecher Matthias Wohlfarth im März 2014 in verschwörungstheoretischer Manier: „Von wegen Frieden durch den Euro – das Gegenteil ist der Fall! Wir gehen auf bürgerkriegsähnliche Zustände zu! Wir sehen die fehlgeleitete Integrations- und Einwanderungspolitik, die Früchte, Parallelgesellschaften mit Paralleljustizen, mit Blut, was da fließt, was wir schon gar nicht mehr veröffentlichen in Zeitungen – die Fakten würden uns zu sehr erschrecken.“ Auf offiziellen Internetseiten der AfD finden sich ebenfalls entsprechende Diskursfragmente. So sei etwa Gender Mainstreaming eine „vor allem durch ‚Rot-Grün‘ ideologisch gesteuerte Verzerrung der Geschlechterrollen“ und dürfe nicht Ziel staatlicher Politik sein. Die finanzielle Förderung und Durchsetzung von Gender Mainstreaming auf europäischer Ebene sei „einzustellen“. Auch zum EU-Beitritt der Türkei vertritt die AfD eine klar an der rechten Vorstellung eines christlichen Abendlandes ausgerichtete Position: „Nach Auffassung der AfD endet Europa am Bosphorus.“ Bei den Europawahlen im Mai 2014 zog die AfD mit 7 Prozent der Stimmen in das europäische Parlament ein und wurde in die Fraktion der *Europäischen Konservativen und Reformisten* (EKR) aufgenommen, an der neben den britischen *Tories* auch die polnische *Partei Recht und Gerechtigkeit* (PiS), die Dänische Volkspartei und die belgische Neu-Flämische Allianz beteiligt sind.

Fazit

Trotz Versuchen der AfD-Parteiführung, sich europapolitisch als seriös, rational und sozial zu inszenieren, offenbart der Blick auf die Veröffentlichungen und Stellungnahmen der Partei schnell deren offen rechte Ausrichtung. Ökonomisch steht die Partei für die Verteidigung der Interessen „deutscher Steuerzahler“ bzw. „Deutschlands“ gegenüber südeuropäischen „Zombie-Staaten“ und deren Bevölkerungen. Jenseits davon dominieren kulturalistische, rassistische und sexistische Positionen ihre europapolitischen Diskurse. Die Alternativen, die die Partei zu den katastrophalen sozialen Konsequenzen des gegenwärtigen europäischen Krisenmanagements anbietet, bestehen in erster Linie aus Nationalismus und Chauvinismus. Das „Leid der griechischen Bevölkerung“ tatsächlich ernst zu nehmen, hieße demgegenüber eine den Positionen der AfD diametral entgegengesetzte soziale Alternative zur gegenwärtigen Austeritätspolitik nicht nur zu formulieren, sondern auch gesellschaftlich wahrnehmbar und – zumindest perspektivisch – durchsetzbar zu machen. Die linken Bewegungen im Kontext der Eurokrise – von der Bewegung des 15. Mai über die Empörten des Athener Syntagma-Platzes bis hin zu Blockupy – sind hierzu ebenso ein erster Schritt wie neue linke Parteien (u.a. Syriza in Griechenland, Podemos in Spanien). Gegenüber der AfD bedarf es gleichzeitig einer Strategie der zivilgesellschaftlichen Konfrontation, die ideologische und personelle Kontinuitäten der Partei zur rechten Szene aufzeigt, dabei jedoch nicht vergisst, der Partei und den durch sie beförderten Diskursen offensiv Perspektiven der Gleichberechtigung, der Solidarität über Ländergrenzen hinweg und der radikalen Demokratie gegenüberzustellen.

Die Mitglieder- und WählerInnen-Milieus der AfD

Von Alexander Häusler

Die AfD kann als eine Partei rechts der CDU/CSU eingeordnet werden, die von drei politischen Milieus getragen wird: einem wirtschafts- und nationalliberalen Milieu, einem deutlich nationalkonservativ geprägtem Milieu sowie einem neurechten und rechtspopulistisch affinen Milieu.¹ Ihren politischen Ursprung hat die neue Partei in neoliberalen Initiativen wie dem u.a. von Bernd Lucke initiierten „Hamburger Appell“ sowie in einem politisch rechts grundierten Anti-Euro-Protestmilieu. Dieses Milieu wird getragen von marktradikalen, verschwörungstheoretischen und protestbewegten AktivistInnen aus nationalkonservativ und neoliberal orientierten politischen Strömungen. Es setzt sich zusammen aus Gruppierungen wie dem *Bürgerkonvent*, den *Familienunternehmern*, dem *Konvent für Deutschland*, dem *Bündnis Bürgerwille*, der *Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft*, der *Mont Pelerin Society*, dem *Liberalen Aufbruch*, dem *Aktionsbündnis Direkte Demokratie*, Wahlgruppierungen wie der *Partei der Vernunft*, aber auch der *Bundesvereinigung Freie Wähler*.² Dazu prägte seit der Entstehung der *Wahlalternative 2013* als Vorläuferpartei der AfD ein nationalkonservativer Mitgliederkreis das Milieu der Partei, darunter viele ehemalige CDU-AnhängerInnen, die den Merkel-Kurs als eine Form von „schleichender Sozialdemokratisierung“ wahrnehmen. Das rechtspopulistische Milieu innerhalb der AfD wird u.a. durch frühere AktivistInnen aus Rechtsaußenparteien wie etwa der Freiheit und den Republikanern repräsentiert, die zur AfD gewechselt sind. Publizistisch wird dieses Milieu sowie die gesamte Partei durch die neurechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF) gestärkt, welche sich mittlerweile zu einer Art informellem Parteiorgan der AfD entwickelt hat. Bei der Bundestagswahl 2013 erreichte die AfD 4,7 Prozent der Stimmen und verfehlte die 5-Prozent-Hürde nur knapp. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bislang noch keiner Partei gelungen ist, innerhalb weniger Monate

nach der Parteigründung bei einer Bundestagswahl einen solchen Achtungserfolg zu erzielen. Die meisten WählerInnen gewann die AfD von der FDP – laut Infratest dimap rund 430.000 Stimmen. 340.000 kamen demnach von der Partei Die Linke, 290.000 von CDU und CSU, 180.000 von der FDP und 90.000 von den Grünen. 210.000 WählerInnen hatten zuvor nicht gewählt. Zwischen diesen rund 1,54 Millionen WählerInnen und den knapp 2,06 Millionen Zweitstimmen, die die AfD auf sich vereinigen konnte, klafft eine Lücke von rund einer halben Million. Sie kamen laut Infratest dimap vor allem aus dem Bereich der ErstwählerInnen (100.000) und von früheren WählerInnen von Kleinparteien (410.000). Bei den 430.000 früheren FDP-WählerInnen, die für die AfD votierten, dürfte es sich laut Vorwahlumfragen vor allem um solche gehandelt haben, die sich am rechten Flügel der FDP orientiert hatten. „Überproportional viele“ AfD-AnhängerInnen „kommen vom rechten Flügel der FDP“, wurde der Leiter des Meinungsforschungsinstituts Forsa, Manfred Güllner zitiert. Güllner konstatierte darüber hinaus signifikante Übereinstimmungen zwischen der AfD-Anhängerschaft und dem Milieu der „Schönhuber-Republikaner in den 90er Jahren“. Über das soziologische Profil der AfD-WählerInnen bei der Bundestagswahl gibt es kein einheitliches Urteil in der Wahl- und Sozialforschung. Nach Peter Matuschek, Forsa-Bereichsleiter für Politik- und Sozialforschung, sei der „typische“ AfD-Wähler „selbstständig, männlich, mit eher überdurchschnittlichem sozialen Status und Einkommen“ ausgestattet: ein „Vertreter der gehobenen Mittelschicht“, der sich „zwischen unten und oben zerrieben fühlt“. Zu einem anderen Resultat kommt Richard Hilmer, Geschäftsführer von Infratest dimap, dem zufolge die AfD-WählerInnen „aus allen Richtungen“ kämen; die stärkste Zustimmung erhalte die „Professorenpartei“ tatsächlich unter Arbeiterinnen und Arbeitern. Gesichert scheint hingegen zu sein, dass die AfD vorwiegend von jüngeren Menschen gewählt wurde; bei SeniorInnen brachte sie es nur auf drei Prozent. Männer votierten zu einem größeren Anteil für sie als Frauen. Entsprechend hatte die AfD ihre stärkste Wählergruppe bei Männern bis zu 45 Jahren. Einer von der Forschungsgruppe Wahlen zur Europawahl 2014 vorgelegten Analyse zufolge unterschieden sich AfD-WählerInnen vor allem in zwei politischen Themenbereichen vom Rest der Wählenden: Von den AfD-WählerInnen würden 47 Prozent (alle: 15 Prozent) die EU-Mitgliedschaft negativ sehen sowie 57 Prozent (alle: 35 Prozent) im Euro Nachteile erkennen; „weit überproportional viele“ sähen zudem im Bereich AusländerInnen und Zuwanderung ein

großes Problem. 60 Prozent hätten die AfD vor allem wegen der Inhalte gewählt, 39 Prozent sprachen der Analyse der Forschungsgruppe Wahlen zufolge von einem „Denkzettel“. Wie bei der Bundestagswahl schnitt die AfD bei Männern stärker als bei Frauen ab (neun bzw. fünf Prozent). Zwischen Berufstätigen und Arbeitslosen (acht bzw. neun Prozent) gab es kaum, zwischen den Altersgruppen nur geringe Unterschiede. Verglichen mit der Bundestagswahl gewann die AfD von der Union unterm Strich 510.000 Stimmen hinzu, von der SPD 180.000, von Die Linke 110.000, von der FDP 60.000 und den Grünen 30.000. Etwa in der gleichen Größenordnung gab die AfD aber auch Stimmen ab, offenbar vor allem ins Lager der NichtwählerInnen. Bei den Ansichten über die von ihnen präferierte Partei dominierten laut Infratest dimap bei den WählerInnen der AfD zwei Aussagen: 97 Prozent der Befragten erklärten, die AfD „löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen“. 91 Prozent unterstützten die Aussage, die AfD „achtet darauf, dass deutsche Interessen nicht zu kurz kommen“. 60 Prozent sagten, sie hätten die AfD „aus Enttäuschung über andere Parteien“ gewählt. Ihre persönliche wirtschaftliche Situation schätzten 82 Prozent der AfD-WählerInnen als gut ein. Das waren fast so viele wie bei denen von FDP und Union (jeweils 87 %), Grünen (86 %) und SPD (85 %) und deutlich mehr als bei jenen von Die Linke (69 %). Bei der Frage, was bei ihrem Votum die größte Rolle gespielt habe entschieden sich jeweils 41 Prozent für die Antworten „Stabile Währungen“ und „Soziale Sicherheit“, gefolgt von „Zuwanderung“ mit 40 Prozent. Deutlich weniger AfD-WählerInnen hielten „Friedenssicherung“ (23 %), „Wirtschaftswachstum“ (22 %) oder „Umweltschutz“ (17 %) für die wichtigsten Themen. Unter den WählerInnen aller Parteien spielten die Währungsstabilität nur für 29 Prozent und das Thema Zuwanderung nur für 13 Prozent die größte Rolle. Auffällig sind auch die Unterschiede in der Frage, ob die Länder der EU mehr oder weniger gemeinsam handeln sollten: Unter den WählerInnen aller Parteien entschieden sich 70 Prozent für mehr und 26 Prozent für weniger Gemeinsamkeit. Bei denen der AfD war es fast genau umgekehrt: 31 Prozent für mehr und 67 Prozent für weniger Gemeinsamkeit. 52 Prozent aller Befragten erklärten, Deutschland solle „andere EU-Länder in der Krise unterstützen“. Unter den AfD-WählerInnen entschieden sich lediglich 18 Prozent für diese Aussage. Während die WählerInnen von Grünen, Union, SPD und Linken in der EU-Mitgliedschaft Deutschlands in weit überwiegender Zahl eher Vorteile erkennen, meinen 44 Prozent der AfD-WählerInnen die Mitgliedschaft bringe eher Nachteile. Nur 21 Prozent erkennen eher Vorteile. Auch in der Frage der Zuwanderung unterscheiden sich die BürgerInnen, die pro AfD votierten, deutlich von denen die andere Parteien wählten: 52 Prozent der AfD-AnhängerInnen unterstützten die Aussage: „Die offenen Grenzen in Europa bedrohen unseren Wohlstand.“ Bei den AnhängerInnen von Die Linke (34 %), SPD (30 %), Union (27 %) und Grünen (12 %) waren es deutlich weniger. Laut Infratest dimap wählten neun Prozent der Männer, aber nur fünf Prozent der Frauen AfD, bei den Arbeitslosen waren es fünf Prozent, bei Arbeitern zehn Prozent. Das Berliner Forsa-Institut verortet die AfD-Anhängerschaft in ihrer bisherigen Zusammensetzung in Ober- und Mittelschicht (26 und 53 %). 55 Prozent hätten Abitur und/oder würden studieren und die Wirtschaftserwartungen pessimistisch beurteilen. 44 Prozent verfügen Forsa zufolge über ein Haushaltsnettoeinkommen von 3.000 Euro oder mehr. Vor allem Angestellte (62 %) und RentnerInnen (34 %) fänden Gefallen am eurokritischen Kurs der Partei, Selbstständige (20 %), Beamte (10 %) und ArbeiterInnen (8 %) eher nicht. Männer stellen demnach über zwei Drittel

(69 %) der AfD-Anhängerschaft, Frauen nur 31 Prozent. 24 Prozent seien KatholikInnen, 29 Prozent ProtestantInnen und 47 Prozent konfessionslos. Meist sind sie verheiratet (57 %) und leben in Orten mit einer Einwohnerzahl von unter 20.000 (42 %). Unterschiede machte Forsa in den Anhängerschaften rechtsextremer Parteien einerseits und der AfD andererseits aus. Die SympathisantInnen von rechtsextremen Gruppierungen wie der NPD fänden sich überdurchschnittlich häufig in Ostdeutschland, während sich die AfD-AnhängerInnen im Verhältnis der Gesamtbevölkerung auf Ost und West verteilen würden. „Anhänger der rechtsextremen Parteien sind jünger, eher Geringverdiener, überwiegend Hauptschulabsolventen oder haben mittleren Schulabschluss und gehören in überdurchschnittlichem Maß den unteren sozialen Schichten an“, erklärte Forsa-Leiter Manfred Güllner. ArbeiterInnen und Arbeitslose seien im rechtsextremen Lager häufiger vertreten als unter den AfD-AnhängerInnen. Die „Radikalen“ würden sich zudem, anders als bei der AfD (28 %), mit großer Mehrheit (61 %) dazu bekennen, politisch rechts zu stehen. Gemeinsam sei beiden Gruppen die pessimistische Wirtschaftserwartung, der überdurchschnittliche Anteil der Konfessionslosen und die überproportionale Vertretung von Männern. Bei den einen wie bei den anderen werde den Parteien im Bundestag kaum politische Kompetenz zugetraut. Güllner macht die Trennungslinie zwischen beiden Lagern in der sozialen Schichtzugehörigkeit aus: „Anhänger der AfD stammen eher aus der Ober- und Mittelschicht mit relativ hohem Einkommen und entsprechend hoher Schulbildung, während Sympathisanten der rechtsextremen Parteien dagegen überwiegend aus den unteren sozialen Schichten mit geringem Einkommen und geringer Schulbildung kommen.“ Allerdings erwartet Forsa, dass nach der Europawahl und der öffentlichen Debatte über das gute Abschneiden der AfD die Partei nun offenbar auch Zulauf von Angehörigen der unteren Schichten bekomme, die bislang eher zur Wahlenthaltung tendiert hätten.

Neu bei VSA:



Alexander Häusler / Rainer Roeser
Die rechten »Mut«-Bürger
Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der »Alternative für Deutschland«
160 Seiten | EUR 12,80
ISBN 978-3-89965-640-4

Was und wer verbirgt sich hinter der AfD? Die Autoren stellen die Entwicklung dieser neuen rechten Partei dar, analysieren deren Positionen und ihr Wählerpotenzial. Zudem werden die politischen Kontextbedingungen des AfD-Erfolgs sowie die Reaktionen des rechten Randes beschrieben – einschließlich der neurechten Medien.

Die Autoren:

Alexander Häusler ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der FH Düsseldorf. Rainer Roeser ist freiberuflicher Journalist und arbeitet für das Internetportal »Blick nach rechts«.

Im Buchhandel oder direkt bei: www.vsa-verlag.de

¹ Die vorliegenden Ausführungen basieren auf Texten, die von Rainer Roeser und mir erstellt worden sind und die im Januar 2015 in modifizierter Form beim VSA-Verlag unter dem Titel „Die rechten »Mut«-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der »Alternative für Deutschland«“ erscheinen werden.

² Vgl. Bebnowski, David/Kumkar, Nils (2013): „Jeder hat Angst, seinen Besitzstatus zu verlieren“. Die Anti-Euro-Proteste, in: Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen?, Hamburg, S. 231.

Diskurs- verschiebung nach rechts

Von Alexander Häusler

Mit marktradikalen und neurechten Parolen drängt die AfD in die rechtspopulistische Lücke im Parteiensystem. Spätestens seit der Sarrazin-Debatte wird hierzulande ausführlich die Frage nach den Chancen einer neuen Rechtsaußenpartei diskutiert: Rund 18 Prozent der WählerInnen stimmen prognostizierte im September des Jahres 2010 eine Emnid-Umfrage einer fiktiven Sarrazin-Partei. Vieles deutet darauf hin, dass die AfD diese Lücke parteipolitisch mehr und mehr ausfüllt.

Einher mit ihrem ursprünglich zentralen Anti-Euro-Thema geht ihre rechtspolitische Positionierung, durch die sie sich als kompatible Partei zu den Thesen des Buchautors Thilo Sarrazin in Szene setzt. Dessen erfolgreich betriebene Strategie, rechte Thesen als Ausdruck eines Kampfes um Meinungsfreiheit gegen einen angeblich vorherrschenden

ab' sprechen, weil das ja so klingt, als ob wir die Selbstabschaffung aktiv betreiben. Tatsächlich ist Deutschland einfach schwach und nachgiebig gegenüber schleichenden Veränderungen, die langfristig die Substanz unserer Gesellschaft bedrohen. Diese Schwäche Deutschlands, dieser Mangel an Selbstbewusstsein und der fehlende Mut, offen zu sagen, was für uns gut und wichtig ist, ist freilich nicht minder alarmierend, als wenn irgendwo aktiv selbstzerstörerische Kräfte am Werk wären.“

Ebenfalls positiv auf die Sarrazin-Thesen bezieht sich Hans-Olaf Henkel, der für die AfD im Europaparlament sitzt. Als Sarrazin für eine Buchpublikation gegen den Euro am 6. November 2012 der Deutsche Mittelstandspreis verliehen wurde, hielt Henkel die Laudatio. In seiner Rede titulierte er den Preisträger als „deutschen Widerstandskämpfer im besten Sinne des Wortes“. Laut Meldung der *Jungen Freiheit* bekundete Henkel zudem, es sei „nichts falsch daran“, rechts zu sein: „Der Kampf gegen Rechts ist eine Unverschämtheit.“ Rechts dürfe nicht mit rechts-extrem verwechselt werden. „Die politische Landschaft ist nach links gerückt, deswegen stehen wir rechts. Aber wir stehen richtig.“

Der Slogan „Mut zur Wahrheit“ offenbart sich bei der AfD als Chiffre zur Rechtfertigung der offenen Artikulation herabsetzender Äußerungen: Unter dem Diktum „Das wird man doch wohl noch sagen dürfen“ wird wiederkehrend das Recht zur Äußerung von rechten Stammtischparolen sowie zur Diskriminierung anderer artikuliert.¹ Dabei offenbart sich die Forderung nach „freier Meinungsäußerung“ als eingeforderter Freibrief zum rechtsgerichteten Ressentiment. Bezeichnend ist dabei der Umgang mit Kritik an ihrem Rechtskurs: Aus den Reihen der AfD ist von der „Sprachpolizei“ oder der „politischen Korrektheit“ die Rede. Besonders Letztere wird im AfD-Jargon zum zentralen Feindbild hochstilisiert. Ein kurzer Blick in einen Kommentar von AfD-Parteisprecher Konrad Adam in der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* offenbart diese Stoßrichtung. Adam spricht sich darin gegen die „politisch korrekt verlogene Sprache, wie sie in Deutschland in Mode gekommen ist“, aus. Hintergrund dieser Zuschreibung ist die mediale Thematisierung der Aussagen von Bernd Lucke über die „Entartungen“ der Demokratie. Adam sieht in diesem Zusammenhang „moderne Pharisäer“ in Form einer „allgegenwärtige(n) Antifa“ am Werk, die sich durch die Kritik an rechten Tendenzen „Macht“ verleihen würde: „Die Antifa lebt vom Dritten Reich wie die Fliege vom Kot; ohne diese Nahrung müssten ihre Mitglieder verhungern.“

linken „Tugendterror“ zu verkaufen, lässt sich in zunehmendem Maße auch bei der AfD feststellen. So äußerte sich AfD-Sprecher Bernd Lucke zu den Thesen von Sarrazin in einem Interview im rechten Querfrontmagazin Compact. Dort antwortete er auf die Frage nach seiner Einschätzung zu Sarrazins Prognose „Deutschland schafft sich ab“: „Sarrazin gebührt das große Verdienst, mit seinem Buch auf wichtige Missstände in Deutschland hingewiesen zu haben: Unsere Bildungsmisere, Integrationsprobleme von Zuwanderern, unser enormes demographisches Problem. Das alles wird von der Politik gerne totgeschwiegen, weil sie die erforderlichen unbequemen Antworten nicht geben will. Dennoch würde ich nicht von ‚Deutschland schafft sich

Damit einher geht ein nationalistisch grundierter Alarmismus, der den Verlust „nationaler Identität“ und das Schwinden „nationaler Interessen“ durch eine angeblich volksfeindliche Politik der „Altparteien“ beschwört. Es ist ein nationalistisches Verständnis von Demokratie, das über führende VertreterInnen der AfD hoffähig gemacht wird. So verkündigte die Adlige Beatrix von Storch in ihrer Bewerbungsrede zur Europawahl: „Demokratie geht nur national. Sie geht nicht international.“ Deutliche Anzeichen für eine Übernahme rechtspopulistischer Initiativen finden sich zudem im sächsischen Wahlprogramm der Partei, in welches unter anderem die Forderung nach Volksabstimmungen über den Bau von Moscheen mit Minaretten aufgenommen worden ist. Ebenso fand die Forderung nach einer Quote für deutschsprachige Musiktitel in Hörfunk und Fernsehen Eingang in das Programm. Angereichert wurden solche Forderungen mit fragwürdigen Vorstellungen von elterlicher Stimmenverdoppelung bei Wahlen: Für Frauke Petry aus dem AfD-Landesvorstand sollten laut Presseberichten „Eltern in Zukunft auch ein Stimmrecht für ihre minderjährigen Kinder bekommen“.

Die über 13.000 Stimmen von vormaligen WählerInnen der NPD bei der Sachsen-Wahl zeigen, dass dieser Erfolg zudem durch einen stramm rechten Kurs erkaufte worden ist. Ähnliches wiederholte sich bei den Landtagswahlen in Thüringen und Brandenburg: Mit typisch rechtspopulistischen Anti-Kriminalitäts- und Anti-Asyl-Parolen wies der AfD-Wahlkampf frappierende Ähnlichkeiten mit NPD-Forderungen auf. Ein weiteres Anzeichen für einen deutlicheren Rechtsruck zeigt sich in der von Mitgliedern der AfD im Januar 2014 gegründeten Patriotischen Plattform. In ihrem Gründungsauftritt wendet sich die Patriotische Plattform u.a. „gegen die Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft auf seinem [Deutschlands] Boden“. Aus diesem Umkreis erfolgte beispielsweise im Vorfeld der sächsischen Landtagswahl die Einladung des Strategen der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) Andreas Mölzer zu einer Diskussionsveranstaltung, die aufgrund öffentlicher Skandalisierung nicht zustande kam.

Die Forderung nach „nationaler Identität“ scheint sich zum zentralen Themenfeld für die AfD zu entwickeln: So gab der Spitzenkandidat der AfD Thüringen, Björn Höcke, der neurechten Zeitschrift *Blaue Narzisse* unter der Überschrift „Die AfD als identitäre Kraft“ ein langes Interview, in dem er die „Frage nach der Identität für die zentrale Frage der Menschheit im 21. Jahrhundert“ erhob, da diese „der Schlüssel zu ökonomischen und ökologischen Homöostasen, also ausgleichenden Selbstregulierungen einer Gesellschaft“ sei. Und weiter: „Die Deutschen und die Europäer haben die Aufgabe, den Wert ihrer Hochkultur wiederzuentdecken.“ Zudem verlieh er seiner Sympathie für den muslimfeindlichen Populismus von Sarrazin mit folgenden Sätzen Ausdruck: „Thilo Sarrazin sagte einmal, daß er, wenn er den Muezzin rufen hören möchte, ins Morgenland fahren würde. Dem ist nichts hinzuzufügen.“

Obwohl die AfD bislang vom Bonus einer neuen parteipolitischen „Alternative“ profitiert hat, stellt sie unter inhaltlichen Gesichtspunkten das genaue Gegenteil dar. Denn trotz ihrer populistischen Polemik gegen die „Altparteien“ handelt es sich bei der AfD um eine im sprichwörtlichen Sinne reaktionäre Kraft gegenüber einer pluralistisch und multikulturell geformten Einwanderungsgesellschaft. Ihre propagandistischen und programmatischen Verlautbarungen sind nationalliberale und nationalkonservative Rückgriffe auf die Zeiten einer „geistig-moralischen Wende“ und ihren Anrufungen an nationale Identität, Antifeminismus und gesellschaftliche Emanzipationsfeindlichkeit, die angereichert werden mit neurechten Parolen gegen Doppelpass, homosexuelle Gleichstellung, Gender-Mainstreaming, Pazifismus, Antirassismus, Antinationalismus



Die AfD geriert sich gerne als wahre Vertreterin des Volkes jenseits der „Systemparteien“, dabei gibt es innerparteilich wenig Demokratie

und der Anerkennung Deutschlands als multikulturell verfasster Einwanderungsgesellschaft. Damit rückt die AfD den politischen Diskurs weiter nach rechts, indem sie jene Positionen aus dem nationalkonservativen und neurechten Spektrum parteipolitisch bündelt und unter der Parole „Mut zur Wahrheit“ populistisch als Kampf um „freie Meinungsäußerung“ zu verkaufen versucht.

Neurechte Positionen rücken so mehr und mehr in die Mitte des öffentlichen Diskurses: Sie erfahren über die AfD und durch sie breitere Aufmerksamkeit und auch breitere Resonanz. Daher schrieb der Chefredakteur der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit*, Dieter Stein, der AfD die Funktion zu „die sonst übliche Schweigespirale zu durchbrechen“. Für ihn hat die AfD das Potenzial dazu, „das vorhandene Parteiensystem zu öffnen und die Marktgesetze auch in der Politik wieder zum Wirken zu bringen, wo sich die Bürger in entscheidenden Fragen wie in der DDR nur noch einer Nationalen Front von CDUCSUFDPSPDGrüne gegenüberübersahen“. Schon auf ihrem Gründungsparteitag am 14. April 2013 verdeutlichte AfD-Sprecher Konrad Adam die Funktion seiner Partei als Dammbrecher für rechten Populismus: „Wenn unsere Volksvertreter ihre Aufgabe darin sehen, das Volk zu entmündigen, sollten wir selbstbewusst genug sein, den Vorwurf des Populismus als Auszeichnung zu betrachten“, erklärte er unter großem Applaus seiner Zuhörerschaft.

Aktuell lassen sich in Deutschland ausgrenzende, diskriminierende Mobilisierungen zu folgenden Themenfeldern feststellen: dem Umgang mit Zuwanderung und Flüchtlingen, mit dem Islam und MuslimInnen sowie mit der Sicherheits- und der Familien- und Geschlechterpolitik. Es wird ersichtlich, dass die AfD all diesen rechten Bewegungen einen parteipolitischen Ort anbietet und sich zugleich als Sprachrohr und Diskursverstärker eines solchen rechtsgerichteten Wutbürgertums entpuppt.

¹ Vgl. Alexander Häusler/Rainer Roeser: Die rechten »Mut«-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der »Alternative für Deutschland«, Hamburg: VSA-Verlag (i.E.)

Was tun gegen die Alternative für Deutschland?

Vom Hamburger Bündnis gegen Rechts

Mit dem Aufstieg der AfD droht erstmals die dauerhafte Etablierung einer Partei in Deutschland, die rechts der CDU angesiedelt ist. In das Europäische Parlament und in die Landtage von Brandenburg, Sachsen und Thüringen ist sie im letzten Jahr schon eingezogen. Nun droht in Hamburg mit der Wahl zur Bürgerschaft der Einzug in das erste westdeutsche Parlament. Der Ausgang der Wahl wird auch eine Signalwirkung für die kommenden Wahlen haben. Es ist höchste Zeit Gegenstrategien gegen die marktradikale, nationalistische und rechtspopulistische Politik der AfD zu entwickeln. Dies ist weder alleinige Aufgabe der antifaschistischen Bewegung, noch ausschließliche Aufgabe der anderen Parteien, auch wenn sich die AfD als Anti-Partei geriert und Frontstellung gegen alle „Systemparteien“ bezieht. Die Entlarvung und Zurückdrängung des parteiförmigen Rechtspopulismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, denn die AfD droht die gesamte Gesellschaft zu spalten. Insofern braucht es ein breites Bündnis aus

zeigte dies deutlich. Hans-Olaf Henkel machte sich öffentlich Sorgen um rechte Tendenzen in der Partei, woraufhin Alexander Gauland ihm den Austritt nahe legte. Auch zwischen dem smarten auftretenden Bernd Lucke und Gauland knallte es. Letzterer nannte Lucke einen Kontrollfreak, woraufhin Lucke mit dem Rückzug aus der Parteiführung drohte, wohl wissend, dass er das mediale Aushängeschild der AfD ist. Aber auch auf regionaler und kommunaler Ebene ist die Partei häufig zerstritten – kaum ein Landesvorstand der nicht zumindest in Teilen zurücktrat, kaum ein Landesverband, welcher nicht durch Selbstdarsteller oder Querulanten in die Schlagzeilen geriet. Diese Parteikultur ist auch ein Ausdruck dessen, was die AfD als Gesellschaftsmodell immer wieder propagiert: Statt Solidarität will die Partei, dass sich der Stärkere bzw. Leistungsfähigere in der Gesellschaft durchsetzt. Ein Kampf Aller gegen Alle ist die zwangsläufige Entwicklung, und wohin dieses führt, demonstrieren gerade zahlreiche AfD-FunktionärInnen an ihrer Partei. KritikerInnen sollten diese Prozesse aufzeigen und für sich nutzen. Alleine darauf zu vertrauen, dass sich die AfD selbst demontiert, reicht nicht aus.

Schnittmengen mit der extremen Rechten nachweisen

Aufgabe der antifaschistischen Bewegung wird es vor allem sein, die bestehenden personellen und ideologischen Schnittmengen der AfD mit der extremen Rechten aufzuzeigen. Diese Broschüre versucht dies auf lokaler bzw. regionaler Ebene zu leisten. Für zahlreiche Neonazis und RassistInnen ist die AfD der parteipolitische Hoffnungsträger, nachdem viele frühere Projekte wie die *Republikaner*, die *Pro-Parteien*, *Die Freiheit* oder die *Schillpartei* scheiterten und die NPD sich momentan in einer schweren Krise befindet. Die AfD-Spitze versucht zwar allzu laute Rechte mundtot zu machen und kann auf der Führungsebene oft „repräsentables“ Personal vorweisen. Der Umgang mit diversen „Einzelfall“-Skandalen zeigt jedoch, dass die Führung meist nicht bereit ist extreme Rechte auszuschließen – entweder weil der innerparteiliche Widerstand zu groß ist oder weil es Stimmen bei Wahlen kosten würde. Auf der kommunalen Ebene muss die Partei zukünftig hunderte von Positionen besetzen. Hier und erst recht an der Basis lohnt es sich, genau hinzusehen, ob sich dort belastete AktivistInnen tummeln, auch wenn dies eine mühsame Recherche erfordert. Die braunen Umtriebe in der AfD schaden schon jetzt denjenigen FunktionärInnen, welche ihre Absicherung im konservativen Establishment, in der

Wirtschaft oder akademischen Jobs haben. So bemerkte der Kolumnist Volker Zastrow in der FAZ besorgt „Wer also jetzt noch in der AfD mitmacht, riskiert den bürgerlichen Ehrverlust.“ Auch ideologische Schnittmengen zwischen AfD und bestehenden oder früheren Organisationen wie NPD, REP usw. müssen analysiert werden. Die Wahlprogramme der

Auch in der Geschlechterfrage bietet die AfD gute Angriffspunkte, denn sie ist eine reaktionäre Partei, die hauptsächlich von Männern geführt und gewählt wird. In Hamburg ist der weibliche Anteil auf Führungsebene äußerst klein, im Landesvorstand gibt es keine einzige Frau, zur Bürgerschaftswahl kandidieren gerade mal zwei Frauen unter 28 Männern. Dass die AfD ein frauenfeindliches Weltbild vertritt, äußert sich auch in der Ablehnung einer Quotierung in Partei, Wirtschaft und Gesellschaft. Hier stellt sie sich gegen gesellschaftliche Entwicklungen und arbeitet stattdessen an einer dezidiert antifeministischen Kampagne. Die Partei steht also nicht für eine moderne „Alternative“ zu den bestehenden Parteien, sondern für eine Rückkehr zum spießigen Geschlechter- und Familienkonzept der 50er Jahre.

Auch auf dem Feld der Flüchtlings- und Migrationspolitik hat die AfD keine Antwort auf die real bestehenden Probleme, außer der Propagierung von im Kern rassistischen und menschenfeindlichen Forderungen. Wenn die AfD Ernst mit ihrer Politik machen könnte, dann würde sie den völkerrechtlich und grundgesetzlich verbürgten Schutz von Flüchtlingen aufkündigen, die Freizügigkeit in der EU abschaffen und die



Bleiberecht für Alle statt Suche nach Sündenböcken, Foto: HBgR

AFD sind meist entschärft, weil auf eine akzeptable Sprache und medienkompatible Inhalte bei der Formulierung geachtet wird. Bei Reden von FunktionärInnen, gerade im aufgeheizten Wahlkampf, wird hingegen schon eher Tacheles geredet um ein rechtspopulistisches WählerInnenpotential zu erschließen. Dies zeigte sich deutlich, als in den Wahlkämpfen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen hauptsächlich chauvinistische und antimuslimische Ressentiments bedient wurden. Äußerungen der NPD sind gesellschaftlich geächtet. Spricht die AfD den gleichen Inhalt mit anderen Worten aus, so ist dies (noch) nicht der Fall. Hier sind die Parallelen immer wieder aufzuzeigen. Der Aufwand, der hierfür nötig ist, ist jedoch lohnend, denn auf vielen Blogs und Webseiten in den Sozialen Netzwerken, welche von AfD-AktivistInnen betrieben werden, wird man auf der Suche nach rassistischen oder nationalistischen Äußerungen fündig.

Inhaltliche Kritik ist die Aufgabe aller

Die Entwicklung einer grundlegenden Kritik an den Inhalten der AfD ist sicher die wichtigste und größte Herausforderung. Sie darf nicht nur Aufgabe der antifaschistischen Bewegung sein und kann schon gar nicht auf die Bevölkerungsgruppen abgewälzt werden, welche von der AfD diskriminiert werden. Inhaltliche Kritik ist die Aufgabe der gesamten Gesellschaft, sofern sie an einer solidarischen Zukunft interessiert ist. So wird es z.B. primäre Aufgabe der Gewerkschaften sein, die marktradikalen Positionen der AfD zu kritisieren. Die AfD fordert eine weitere Deregulierung der Wirtschaft, ist gegen den Mindestlohn und für den Abbau der Rechte von Werktätigen. Sie ist nicht die „Partei der kleinen Leute“, als die sie sich gerne präsentiert. Sie vertritt die Interessen einer gesellschaftlichen Elite, welche ihre Privilegien gegen die Interessen, auch der werktätigen Bevölkerung, verteidigen und ausbauen will. Diese Verstetigung der Ungleichheit wird auch im Hamburger Wahlprogramm, als „Leistungsprinzip“ verklärt, gefordert. Hier hat die AfD eine offene Flanke, denn einfache Mitglieder und WählerInnen kommen selbst oft aus sozial benachteiligten Schichten und wären von einer sozialdarwinistischen Politik persönlich betroffen.

Religionsfreiheit beschneiden. Sie würde elementare Prinzipien der Aufklärung und der Menschenrechte demontieren. Eine aufgeklärte Gesellschaft, welche die Verwirklichung der Gleichheit aller Menschen zum Ziel hat, kann keine Sondergesetze für Zugewanderte, Flüchtlinge oder bestimmte Religionen wollen. Kulturelle, ethnische, religiöse und soziale Vielfalt, sowie ein solidarischer Umgang miteinander sind die Voraussetzungen einer freiheitlichen Gesellschaft. Eine Flüchtlings- und Migrationspolitik, „welche die Menschen nach ihrer Nützlichkeit für die Wirtschaft beurteilt und ihnen die Gleichberechtigung vorenthält“, lehnen wir ab, schrieb das Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) schon in seiner Grundsatzerklärung vor knapp zehn Jahren.

Gemeinsam gegen die AfD

Das HBgR hat sich in den letzten Jahren vor allem erfolgreich gegen den Aufstieg des organisierten Neofaschismus in Form von NPD und Freien Kameradschaften engagiert. Und wir haben auch schon früh vor anderen Erscheinungsformen der extremen Rechten gewarnt, seien es völkische Burschenschaften, rassistische Aufmärsche gegen Flüchtlinge und Muslime, oder auch der AfD-Vorläufer *Die Freiheit*. Nun rufen wir alle fortschrittlichen Menschen auf, sich gegen die reaktionäre AfD zu positionieren. Wir werden ihr nicht mit den gleichen Aktionsformen entgegen treten können, wie der NPD, denn es handelt sich bei der AfD nicht um eine neonazistische Partei, welche mit allen Mitteln bekämpft und verboten werden muss. Aktionen gegen die AfD müssen inhaltlich gut begründet sein und dürfen ihr keine Gelegenheit bieten, sich erfolgreich in der Opferrolle zu inszenieren. Doch die AfD hat personelle und ideologische Schnittmengen mit der extremen Rechten, sie lehnt eine Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion und sexueller Orientierung ab. Die AfD darf von keiner Partei als Bündnispartner akzeptiert werden, weder in der Bürgerschaft, noch in den Bezirken. Ihren Positionen muss energisch widersprochen, ihre populistische Strategie muss entlarvt werden, ihr öffentliches Auftreten darf nicht unkommentiert bleiben. Sie bietet keine lebenswerte „Alternative“ zum Bestehenden, sondern ist eine Gefahr für eine offene und solidarische Gesellschaft.



Foto: HBgR

fortschrittlichen Kräften, aus Parteien, aus den Religionsgemeinschaften, Sozialverbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen, antirassistischen und antifaschistischen Gruppierungen, um den Aufstieg der Demagogen im bürgerlichen Gewand zu stoppen.

Innere Widersprüche aufzeigen

Im Herbst war die AfD in Hamburg und auch bundesweit in einer schweren Krise. Sie war dabei, sich durch Flügelkämpfe und egoistische Interessen einzelner FunktionärInnen selbst zu demontieren. Der Streit in der Führungsriege

Weiterführende Literatur

Abrufdatum aller aufgeführten Links: 19.12.2014

Ahlheim, Klaus (2011):

*Sarrazin und der Extremismus der Mitte.
Empirische Analysen und pädagogische Reflexionen.*
Hannover

**Amadeu-Antonio-Stiftung/Diakonie Hessen/
Initiativausschuss für Migrationspolitik/Interkultureller Rat/Pro Asyl (2014):**

Rechtspopulismus ist KEINE Alternative für Deutschland.
Online abrufbar unter: http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/afd_keine_alternative-1.pdf

apabiz e.V./mbr (2010):

*Antimuslimischer Rassismus und rechtspopulistische Organisationen.
Eine Handreichung über Struktur, Programmatik und mögliche Gegenstrategien.*
Online abrufbar unter: http://www.apabiz.de/publikation/broschueren/Rechtspop_2te_final.pdf

Avanti Projekt undogmatische Linke (2014):

Keine Stimme für Rechtspopulismus und Rassismus!
Online abrufbar unter: www.avanti-projekt.de/news/keine-stimme-für-rechtspopulismus-und-rassismus

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (2014):

Handreichung #4. 5 Fragen zum Antimuslimischen Rassismus.
Online abrufbar unter: http://www.bagkr.de/wp-content/uploads/BAGKR_Handreichung4_web.pdf

DGB (2014):

*„Mut zur Wahrheit?“. Entstehungskontext, Entwicklung und gesellschaftliche
Positionen der „Alternative für Deutschland“.*
Erstellt vom Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus /Neonazismus der FH Düsseldorf

DGB-Jugend (2013):

blickpunkt. Antimuslimischer Rassismus.
Online abrufbar unter: http://jugend.dgb.de/dgb_jugend/material/broschueren/++co++76d173e2-9c68-11e2-b5dd-525400808b5c

DGB-Jugend Thüringen (2014):

Stell Dir vor die Alternative für Deutschland hätte die Macht!
Online abrufbar unter: <http://hessen-thueringen.dgb.de/themen>

End, Markus (2014):

*Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit.
Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation.*
Online abrufbar unter: <http://www.sintiundroma.de/fileadmin/dokumente/publikationen/extern/2014StudieMarkusEndAntiziganismus.pdf>

Fahimi, Yasmin (2014):

Breites Bündnis gegen die AfD.
Online abrufbar unter: http://www.spd.de/aktuelles/124414/20141018_fahimi_buendnis_gegen_afd.html

Hamburger Bündnis gegen Rechts (2006):

Hamburger Erklärung gegen Rassismus und Faschismus.
Online abrufbar unter: <http://www.keine-stimme-den-nazis.org/images/hamburger%20erkl%E4rung%20gegen%20rassismus%20und%20faschismus.pdf>

Hansen, Felix/Jentsch, Ulli/Sanders, Eike (2014):

*Deutschland treibt sich ab - Organisierter ›Lebensschutz‹, christlicher
Fundamentalismus und Antifeminismus.*
Münster.

Häusler, Alexander (Hrsg.) (2008):

*Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“.
Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien.*
Wiesbaden.

Häusler, Alexander (2011):

*Rechtspopulismus als Bürgerbewegung.
Zur Politik der modernisierten extremen Rechten.*
In: Forum Wissenschaft 2/2011. Marburg.

Häusler, Alexander (2013):

Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei?
Herausgegeben von Heinrich Böll Stiftung NRW. Düsseldorf
Online abrufbar unter: http://www.boell-nrw.de/sites/default/files/afd_studie_forena_hbs_nrw.pdf

Kemper, Andreas (2013):

Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V.
Münster

Kemper, Andreas (2014):

*Keimzelle der Nation?
Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD - eine Expertise.*
Online abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10641-20140414.pdf>

Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2012):

*Genderdimensionen der neuen EU Economic Governance. Maskuline
Steuerungsmechanismen und feminisierte Kosten- und Risikoabwälzung.*
In: Kurswechsel 27. Wien. S. 23-35.

Korsch, Felix (2013):

*National-Konservativ und marktradikal.
Eine politische Einordnung der „Alternative für Deutschland“.*
Reihe Analysen, Rosa Luxemburg Stiftung.
Online abrufbar unter: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_National-konservativ.pdf

Oberndorfer, Lukas (2012):

*Hegemoniekrise in Europa –
Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus?*
In: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.): *Die EU in der Krise: Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling.* Münster. S. 50–72.

Plehwe, Dieter (2014):

Durchmarsch der nationalen Liberalen? Die AfD und die neue europäische Rechte.
Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2014.
Online abrufbar unter: <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2014/februar/durchmarsch-der-nationalen-neoliberalen>

Reinfeld, Sebastian (2013):

„Wir für Euch“. Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise.
Münster

Stöss, Richard (2010):

Rechtsextremismus im Wandel.
Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin

Willms, Thomas (2014):

Drei Mittel gegen die AfD.
Online abrufbar unter: <http://antifa.vvn-bda.de/2014/11/13/drei-mittel-gegen-die-afd/>

Zick, Andreas/Klein, Anna (2014):

*Fragile Mitte - Feindselige Zustände.
Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014.*
Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.

AutorInnen

Frank Behrmann

schreibt regelmäßig über die AfD sowie zu unterschiedlichen Themen rund um die EU in verschiedenen linken und antifaschistischen Zeitungen und Blogs

Carina Book

ist Politikwissenschaftlerin (B.A.) und arbeitet schwerpunktmäßig zu Neonazismus und Rassismus im AStA der Uni Hamburg

Artur Brückmann

studiert Sozialökonomie an der Uni Hamburg. Er ist Mitglied des SDS* und arbeitet als Referent für Soziales im AStA der Uni Hamburg

Alexander Häusler

ist Sozialwissenschaftler und beruflich tätig als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf

Nikolai Huke

ist aktiv im Arbeitskreis kritische Europaforschung

Felix Krebs

publiziert seit 20 Jahren in antifaschistischen Zeitschriften und Blogs zur extremen Rechten in Hamburg, Buchbeiträge zur Neuen Rechten, Burschenschaften und zur NPD

Rachid Messaoudi

ist Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Nord

Gabriel Riesner

ist aktiv in der Gewerkschaft ver.di Hamburg

Christiane Schneider

ist parlamentarische Geschäftsführerin und Sprecherin für Innen-, Flüchtlings- und Rechtspolitik der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft

Kim Uhrig

studiert Soziologie und Politikwissenschaften an der Uni Hamburg und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Rassismus und Neonazismus. Darüber hinaus ist er in der antirassistischen Bildungsarbeit tätig

Thomas Willms

ist Politologe und Bundesgeschäftsführer der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten)

Impressum

HerausgeberInnen:

Hamburger Bündnis gegen Rechts
dgb-jugend Nord, ver.di-jugend Hamburg
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
mit Unterstützung durch den AStA der Universität Hamburg

V.i.S.d.P.:

C. Kerth
VVN-BdA Hamburg
Hein-Hoyer-Straße 41
20359 Hamburg

Kontakt:

kontakt@keine-stimme-den-nazis.org

Gestaltung:

Janos Szezymies und Michael Schmid

Druck:

Druckerei Zollenspieker Kollektiv GmbH
www.zollenspieker.de

Lizenz:

Sofern nicht anders angegeben: CC-BY-SA-3.0 DE



Bildverzeichnis:

(S.10) Foto1: "Konrad Adam, Frauke Petry und Bernd Lucke bei der Verkündung des Wahlergebnisses der Sprecherwahl beim Gründungsparteitag der Alternative für Deutschland (AfD) am 14. April 2013 in Berlin", http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/7/78/Konrad_Adam%2CFrauke_Petry_und_Bernd_Lucke_2013.jpg, von Mathesar. Lizenziert unter: CC BY-SA 3.0 DE (<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de>)

(S.21) Foto 2: "AfD Demonstration 30 August 2013 Marienplatz München (7)" <https://www.flickr.com/photos/95213174@N08/9643211831/> von blu-news.org. Lizenziert unter: CC BY-SA 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>)

(S. 22) Foto 3: "Beatrix von Storch (2014)" <http://www.flickr.com/photos/95213174@N08/12168958073/> von blu-news.org. Lizenziert unter: CC BY-SA 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>)

(S.36) Foto 4: "Alexander Gauland (AfD) - AfD Parteitag 25.1.2014" <https://flickr.com/photos/95213174@N08/12137480156/>, von blu-news.org. Lizenziert unter: CC BY-SA 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>)



Ironischer Protest gegen die AfD in Frankfurt am Main, Foto: attenzione photographers